

**Außerordentlicher Landesparteitag der NRW-SPD  
am 23./24. Mai 1998 in der Stadthalle Düsseldorf,  
Congress Center CCD**

## **B e s c h l u s s p r o t o k o l l**

**Impressum:  
SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestr.16,  
40213 Düsseldorf**

23. Mai 1998  
10.00 Uhr

**TOP 1.: Eröffnung und Begrüßung**

Die stellvertretende Landesvorsitzende der NRW-SPD Gabriele Behler eröffnete den Außerordentlichen Landesparteitag und begrüßte die Anwesenden, darunter zahlreiche Ehrengäste.

**TOP 2.: Konstituierung**

Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

**a) Präsidium (einstimmig)**

Anke Brunn	Bezirk Mittelrhein
Bärbel Dieckmann	Landesvorstand
Reinhard Grätz	Bezirk Niederrhein
Heinz Hunger	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Bernhard Kasperek	Bezirk Westliches Westfalen
Brigitte Speth	Unterbezirk Düsseldorf

**b) Mandatsprüfungskommission (einstimmig)**

Norbert Geidies	Bezirk Westliches Westfalen
Sascha Hillgeris	Bezirk Westliches Westfalen
Frank Mederleit	Bezirk Mittelrhein
Ute Schneider	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Ulrike Sonntag	Bezirk Niederrhein
Peter Stolpe-Göttges	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Achim Tüttenberg	Bezirk Mittelrhein
Martin Volkenrath	Bezirk Niederrhein

**c) Wahlkommission (einstimmig)**

Ferdi Franke	Landeskontrollkommission
Norbert Geidies	Bezirk Westliches Westfalen
Sascha Hillgeris	Bezirk Westliches Westfalen
Volkmar Kretkowski	Landeskontrollkommission
Gitta Martin	Landeskontrollkommission
Frank Mederleit	Bezirk Mittelrhein
Herbert Nilges	Landeskontrollkommission
Brigitte Reckmann	Landeskontrollkommission
Ute Schneider	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Ulrike Sonntag	Bezirk Niederrhein
Peter Stolpe-Göttges	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Achim Tüttenberg	Bezirk Mittelrhein
Martin Volkenrath	Bezirk Niederrhein.

**TOP 3.:        **Beschlussfassung über  
Tagesordnung und Geschäftsordnung****

Die mit der Einladung zum Außerordentlichen Landesparteitag vorgeschlagene vorläufige Tagesordnung und die vorläufige Geschäftsordnung wurden einstimmig gebilligt.

**T a g e s o r d n u n g**

1.    Eröffnung und Begrüßung  
      Gabriele Behler, stellv. Landesvorsitzende
2.    Konstituierung des Außerordentlichen Landesparteitages
  - a) Wahl des Präsidiums
  - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - c) Wahl der Wahlkommission
3.    Beschlussfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung
4.    Grußwort  
      Marlies Smeets, Oberbürgermeisterin der Stadt Düsseldorf
5.    Rede des SPD-Parteivorsitzenden  
      Ministerpräsident Oskar Lafontaine
6.    Rede des Botschafters von Israel Avi Primor  
      in Vertretung von Shimon Peres
7.    Rede des Bundeskanzlers a. D. Österreichs  
      Franz Vranitzky
8.    Rede des Landesvorsitzenden der NRW-SPD  
      Ministerpräsident Johannes Rau
9.    Dank der NRW-SPD  
      Gabriele Behler, stellv. Landesvorsitzende

Unterbrechung des Außerordentlichen Landesparteitages zum Empfang für Johannes Rau in den Rheinterrassen;

24. Mai 1998, 10.00 Uhr

10.   Wiedereröffnung des Außerordentlichen Landesparteitages
11.   Rede des Kandidaten für den Landesvorsitz der NRW-SPD
12.   Bericht der Mandatsprüfungskommission

13. Wahl des Landesvorsitzenden der NRW-SPD
14. Rede des Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in NRW
15. Wahl des Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in NRW
16. Verabschiedung der Erklärung „NRW – Motor für Innovation und Gerechtigkeit in Deutschland“
17. Rede des Kanzlerkandidaten der SPD Ministerpräsident Gerhard Schröder
18. Schlusswort des Landesvorsitzenden der NRW-SPD.

#### G e s c h ä f t s o r d n u n g

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes NRW.
2. Der Außerordentliche Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Außerordentlichen Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
4. Die Wahlen erfolgen gemäß Satzung des SPD-Landesverbandes NRW durch den Außerordentlichen Landesparteitag mittels Stimmzetteln in getrennten Wahlgängen.

Nacheinander werden gewählt:  
der Landesvorsitzende  
der Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten.

Wahlen zum Landesvorstand sind geheim. Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei.

5. Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt maximal fünf Minuten. Die Diskussionsredner/innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichtersteller/innen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller/innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen das Wort.

Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt maximal fünf Minuten. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin die Gelegenheit hatte, für oder gegen den Antrag zu sprechen.

8. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

**TOP 4.: Grußwort**

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Düsseldorf Marlies Smeets richtete für die gastgebende Stadt, den SPD-Unterbezirk und den SPD-Bezirk Niederrhein ein Grußwort an die Anwesenden.

**TOP 5.: Rede des SPD-Parteivorsitzenden**

Der Parteivorsitzende und Ministerpräsident des Saarlands Oskar Lafontaine bilanzierte in seiner Rede die außerordentlichen Verdienste von Johannes Rau, wünschte seinen Nachfolgern im Amte des Landesvorsitzenden und des Ministerpräsidenten Glück und skizzierte bundesrepublikanische und europäische Aspekte sozialdemokratischer Politik (Redemanuskript siehe Fußnote).

**TOP 6.: Rede des Botschafters von Israel Avi Primor**

Avi Primor überbrachte die Grüße der israelischen Freunde, im Besonderen des ehemaligen Premierministers Shimon Peres an Johannes Rau, und unterstrich den bisherigen und für die Zukunft wichtigen Kontakt beider Völker.

**TOP 7.: Rede des Bundeskanzlers a. D. Österreichs Franz Vranitzky**

In seinen Ausführungen wies Franz Vranitzky auf die seit vielen Jahren bestehenden sprichwörtlich guten Beziehungen der SPÖ zur nordrhein-westfälischen SPD und den Anteil von Johannes Rau am Zustandekommen und der Pflege dieser freundschaftlichen Kontakte hin.

**TOP 8.: Rede des Landesvorsitzenden der NRW-SPD  
Ministerpräsident Johannes Rau**

Johannes Rau dankte für die Ausführungen und Bekenntnisse herzlicher Verbundenheit und zog ein Resümee seiner Tätigkeit. Er wünschte seinen Nachfolgern, die kommenden Herausforderungen zu meistern und die Vertrauensarbeit zu Gunsten der NRW-SPD fortzusetzen (Redemanuskript siehe Fußnote).

**TOP 9.: Dank der NRW-SPD  
Gabriele Behler, stellv. Landesvorsitzende**

Unter lang anhaltendem Beifall aller Anwesenden dankte Gabriele Behler Johannes Rau für seine Leistungen als Landesvorsitzender und Ministerpräsident und überbrachte ein von den Organisationsgliederungen gestaltetes Buch mit Streifzügen aus seiner Tätigkeit und ein Präsent des Schreibe-künstlers Seibold zum § 1 des Grundgesetzes.

**24. Mai 1998  
10.00 Uhr**

**TOP 10.: Wiedereröffnung des Außerordentlichen Landesparteitages**

Das Präsidium begrüßte zur Wiedereröffnung weitere Ehrengäste.

**TOP 11.: Rede des Kandidaten für den Landesvorsitz der NRW-SPD**

Franz Müntefering skizzierte in seiner Vorstellungsrede zur Kandidatur für den Landesvorsitz esentliche Züge politischen Handelns der NRW-SPD in den kommenden Jahren (Redemanuskript siehe Fußnote).

**TOP 12.: Bericht der Mandatsprüfungskommission**

Norbert Geidies erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es entfielen auf die Bezirke

Ostwestfalen-Lippe	31	Delegierte, davon anwesend	30
Westliches Westfalen	138	Delegierte, davon anwesend	138
Niederrhein	72	Delegierte, davon anwesend	72
Mittelrhein	59	Delegierte, davon anwesend	59
Landesvorstand	19	Stimmberechtigte, davon anwesend	18.

**TOP 13.: Wahl des Landesvorsitzenden der NRW-SPD**

Auf den Kandidaten Franz Müntefering entfielen bei 313 abgegebenen gültigen Stimmen

309	Ja-Stimmen
3	Nein-Stimmen
1	Enthaltung.

Er nahm die Wahl an.

**TOP 14.: Rede des Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in NRW**

Wolfgang Clement bewarb sich in seiner Rede um das Amt des Ministerpräsidenten in NRW (Redemanuskript siehe Fußnote).

**TOP 15.: Wahl des Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in NRW**

Auf den Kandidaten Wolfgang Clement entfielen bei 312 abgegebenen gültigen Stimmen

280	Ja-Stimmen	89,74%
20	Nein-Stimmen	
12	Enthaltungen.	

Er nahm die Wahl an.

**TOP 16.: Verabschiedung der Erklärung „NRW - Motor für Innovation und Gerechtigkeit in Deutschland“**

Nach Diskussion wurde die sogenannte „Düsseldorfer Erklärung“ bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen (Wortlaut siehe Fußnote).

**TOP 17.: Rede des Kanzlerkandidaten der SPD Ministerpräsident Gerhard Schröder**

Der Kanzlerkandidat der SPD und Ministerpräsident von Niedersachsen Gerhard Schröder hielt eine auf die Zukunft der Bundesrepublik und Europas abzielende Rede (Redemanuskript siehe Fußnote).

**TOP 18.: Schlusswort des Landesvorsitzenden der NRW-SPD**

Franz Müntefering dankte für das erwiesene Vertrauen und bat um Geschlossenheit bei der Durchsetzung der formulierten Ziele.

Erika Oppel  
Protokollführung

Fußnote: Alle genannten Redemanuskripte und die „Düsseldorfer Erklärung“ sind als Einzelexemplare beim SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf, abrufbar.

# Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD 23./24. Mai 1998 in der Stadthalle, Düsseldorf

---

## NRW

### Motor für Innovation und Gerechtigkeit in Deutschland

„Gemeinsam mit ihnen wollen wir dafür arbeiten, daß unser Land sozial und liberal bleibt, tolerant und welt-offen, klar und unmißverständlich in der Ächtung von Gewalt, beständig und deshalb fähig zur ständigen Erneuerung, ohne die nichts Gutes gelingt.“  
Regierungserklärung von MP Johannes Rau am  
13. September 1995

### Modernes NRW in einem erneuerten Deutschland

---

Nordrhein-Westfalen ist das stärkste Land Deutschlands. In seiner Vielfalt und seiner Offenheit, in seiner unverwechselbaren Identität ist dieses Land maßgeblich von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geprägt worden.

Wirtschaftliche Modernisierung, sozialer Ausgleich, ökologische Erneuerung und finanzielle Solidität waren und sind die tragenden Säulen des Modells Nordrhein-Westfalen. Politik für die Menschen zu machen, war und ist der wichtigste Grundsatz sozialdemokratischer Politik in unserem Land. Dies ist maßgeblich die Leistung von Johannes Rau. Wir danken ihm für diese beispiellose Integrationsleistung, die die SPD zu der führenden politischen Kraft in unserem Land gemacht hat. Den Wandel zu gestalten und die Menschen auf diesem Weg der Veränderung mitzunehmen, wird zur großen Herausforderung der kommenden Jahre.

Von Nordrhein-Westfalen aus wollen wir einen Beitrag zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland leisten. NRW muß Schrittmacher des notwendigen Erneuerungsprozesses in Deutschland unter sozialdemokratischer Führung sein. Die Zukunft Deutschlands ist unauflöslich mit den Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen verbunden.

Wirtschaftliche Modernität, sozialer Ausgleich, ökologische Erneuerung und finanzielle Solidität bleiben die Wegweiser sozialdemokratischer Politik für Nordrhein-Westfalen auch in einer Zeit, die von einem immer engeren Zusammenwachsen der Staaten, von grundlegendem Wandel im Arbeitsleben und von raschen, tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft charakterisiert werden. Das Tempo des Wandels wird sich eher noch beschleunigen. Das wirft grundsätzliche Fragen nach Werten und Orientierungen und solche nach der Gestaltung des gesellschaftlichen

Zusammenhalts auf. **Wir antworten darauf mit Kontinuität in den Zielen, mit innovativen Ideen und Impulsen und mit der Konzentration auf das Wesentliche.**

Mit seinen 18 Millionen Einwohnern spiegelt NRW die Stärken und wichtigen Herausforderungen der ganzen Bundesrepublik wieder. Gerade in schwierigen Zeiten des ökonomischen Umbruchs war Nordrhein-Westfalen schon mehrfach Vorbild und Schrittmacher einer Modernisierung mit Bodenhaftung.

Gerade in unseren traditionellen Industrieregionen ist es gelungen, in einem erheblichen Umfang neue Beschäftigungsfelder zu eröffnen und gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften den Strukturwandel zu gestalten. Aber wir brauchen immer wieder neue Impulse. Innovation und Gerechtigkeit bleiben Leitlinie unserer Politik. Wir wollen die ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Modernisierung fortsetzen.

Unsere absolut wichtige Aufgabe ist es, wieder einen hohen Beschäftigungsstand in Nordrhein-Westfalen zu erreichen und die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren deutlich abbauen zu helfen. Das ist der Kern des in Bonn notwendigen Politikwechsels. Wir brauchen auf lange Sicht ein höheres wirtschaftliches Wachstum und eine größere Beschäftigungswirkung des Wachstums.

Mit attraktiven Rahmenbedingungen werden wir dafür sorgen, daß NRW auch im 21. Jahrhundert ein führender Industriestandort in Europa bleibt.

Wir setzen auf flexible, gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf die konstruktive Kraft der Betriebsräte und Gewerkschaften. Wir setzen auf tüchtige Unternehmer, auf die innovative Kraft von Existenzgründungen, auf einen weiteren Arbeitsplatzgewinn im Dienstleistungssektor.

Und wir werden neue Wege gehen, um die am Arbeitsmarkt Benachteiligten vor sozialer und ökonomischer Ausgrenzung zu schützen. Es wird eine der Hauptaufgaben der nächsten Jahre sein, gemeinsam mit der neuen Bundesregierung neue Beschäftigungsfelder zu erschließen, traditionelle zu stabilisieren und vor allem die Qualifikationen der Menschen zu stärken.

Durch die Gründungsoffensive ist es in NRW gelungen, gerade im Bereich der jungen Existenzgründerinnen und -gründer zählbare Erfolge zu erzielen. Mit der Meistergründungsprämie, mit Wagniskapitalfonds, mit einer breit angelegten Kampagne zur Mobilisierung einer Gründungswelle haben wir Maßstäbe für eine aktive Mittelstandspolitik gesetzt. Die Stärke unserer Politik ist die erfolgreiche Verbindung von Innovation und Gerechtigkeit.

Hohe Priorität hat für uns die Sicherung eines breiten und modernen Ausbildungsplatzangebotes für die Jugend. Mit dem Ausbildungskonsens NRW wurden in den vergangenen Jahren wichtige Erfolge erzielt. Im Rahmen des Ausbildungskonsens konnten 1997 4,3 % mehr Ausbildungsverträge als im Vorjahr abgeschlossen werden, in Westdeutschland waren es nur 2,8 % plus. Den Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Die Modernisierung des Dualen Systems ist hier von strategischer

Bedeutung. Die Schaffung neuer Ausbildungsbereiche ist ebenso unerlässlich wie die bessere Abstimmung der Belange der Berufsschulen und der ausbildenden Unternehmen. Wir unterstreichen das Versprechen: Jeder junge Mann, jede junge Frau, die einen Ausbildungsplatz wollen, werden auch einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen.

Niemand in unserem Land soll ohne berufliche Ausbildung bleiben. Das ist unser Ziel und das beste Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit.

NRW ist das Land mit der größten Hochschulichte in Deutschland. Durch die Vernetzung der Hochschulen mit den jeweiligen Regionen sind sie ein wesentliches Element der technologischen Infrastruktur. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in die Nachhaltigkeit der ökonomischen Modernisierung. Wir wollen wissenschaftliche Erkenntnisse schneller für praktisches Handeln nutzen - dies kann gelingen, wenn die Hochschulen sich weiter öffnen und ihre Autonomie gestärkt wird. In den Regionen sind die Hochschulen ein wichtiger Bestandteil einer modernen Strukturpolitik und Innovationskultur. Ihr Zusammenwirken mit der regionalen Wirtschaft muß gestärkt werden.

### **Der Kurs ist klar**

Landesregierung und NRWSPD werden sich auf die wichtigsten gesellschaftspolitischen Felder konzentrieren:

- Wertschöpfung fördern - Innovationen durchsetzen

Wir wollen die Stärkung der Wirtschaft. Das wirtschaftliche Rückgrat unseres Landes bilden die 600.000 kleinen und mittleren Unternehmen. Dies ist eine gute Grundlage für die Zukunft, da gerade hier Risikobereitschaft und Flexibilität - die Bereitschaft zu Innovationen - stärker ausgeprägt sind.

Wir wollen eine aktive Wertschöpfungspolitik betreiben, die den Mittelstand, die Existenzgründungen, Forschung und Entwicklung für neue Produkte und neue Beschäftigungsfelder in den Mittelpunkt stellt.

- Aktive Qualifikationspolitik für eine moderne Wissensgesellschaft

Nordrhein-Westfalen war und ist Schrittmacher einer offenen und aktivierenden Bildungspolitik. Die entscheidende Ressource in den nächsten Jahrzehnten für die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Verteilung von Chancen ist der Zugang zu Bildung und die Möglichkeit zu lebenslangem Lernen. Wir werden die verschiedenen Bereiche - Schule, Hochschule, Duales System, Weiterbildung - modernisieren und noch enger miteinander verzahnen.

- Infrastrukturen ausbauen

Unser Land liegt im Zentrum der EU. Die Optimierung unserer Infrastruktur ist von zentraler Bedeutung für den Wirtschafts- und Lebensraum NRW. Unsere Infrastruktur muß sich an internationalen Maßstäben und Ansprüchen messen lassen. Wir werden den Ausbau der Infrastruktur in NRW sichern und insbesondere die Kommunikationsinfrastruktur mit Nachdruck vorantreiben.

- Aktivierende Sozialpolitik für eine Stärkung der solidarischen Gesellschaft

Wir haben unser Gewicht in den vergangenen sechzehn Jahren dafür eingesetzt, die schlimmsten Verwerfungen der Politik Kohl abzufedern - soweit dies den Möglichkeiten einer Landesregierung entspricht. Trotzdem hat die Politik der Bundesregierung nachhaltigen Schaden angerichtet und die sozialen Sicherungssysteme, wie die Länder und Kommunen, vor gravierende finanzielle Probleme gestellt. Wir müssen die aktivierenden Elemente der Sozialversicherungssysteme stärken, wollen Eigenverantwortung und Eigenvorsorge weiter entwickeln. Moderne Sozialpolitik ist Querschnittspolitik, die gemeinsam mit Qualifizierung und Arbeitsmarktpolitik ein Ziel verfolgen muß: die Voraussetzungen für Selbstentfaltung und Selbstbestimmung der Menschen zu schaffen und ihnen die Chance für eine eigenverantwortliche Existenzsicherung zu geben. Ohne Solidarität als grundlegende Maxime der Gesellschaft geht das allerdings nicht.

- Zukunftssicherung durch solide Finanzen

Die gelungene Konsolidierung des NRW-Haushaltes wird durch die chaotische Steuerpolitik des Bundes gefährdet. Die Einnahmen sind in den letzten Jahren drastisch eingebrochen.

NRW reagiert darauf mit strikter Ausgabendisziplin und Umschichtungen. Dadurch konnten und könnten die vorhandenen Ressourcen gebündelt werden. Für künftige Haushaltsjahre können so Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden. Das ist die Voraussetzung, um die Zukunft zu sichern.

- Innere Liberalität - ein Markenzeichen NRWs

Die Vielfalt unseres Landes ist eine der großen Stärken Nordrhein-Westfalens. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft hat in unserem Land eine gute Tradition. Wir werden den Weg der Weltoffenheit und der inneren Liberalität weiter gehen.

## **Der Wechsel ist Chance**

Der anstehende Wechsel in Bonn bietet auch die große Chance, daß die Grundlage für ein neues konstruktives Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen in Deutschland geschaffen werden kann.

Eine durchgreifende Bekämpfung und Zurückführung der Arbeitslosigkeit, eine Stärkung der Qualifikation, eine neue Gründerwelle werden in Deutschland nur dann dauerhaft möglich sein, wenn die Potentiale des Bundes, der Länder und der Kommunen gemeinsam entwickelt werden. Dies wird nun durch einen Politikwechsel in Bonn möglich.

Mit der nächsten Legislaturperiode wird sich aber auch die politische Geographie in Deutschland verändern. Berlin wird zum politischen Zentrum in Deutschland. Brüssel wird noch mehr zum politischen Zentrum Europas.

Das heißt für uns, wir müssen und werden die Rolle unseres Landes neu bestimmen.

Mit dem Umzug des Deutschen Bundestages, des Bundesrates und Teilen der Bundesregierung nach Berlin ist NRW nicht nur geographisch, sondern auch politisch der Westen der Bundesrepublik. Wir werden uns behaupten und in einer größer gewordenen Republik unseren Einfluß im Konzert der Länder sichern müssen. Zugleich geht es darum, unsere Rolle als eine der größten Regionen Europas zu stärken.

## **NRWSPD - Die Erfahrung - Die Ideen für morgen**

Die SPD in NRW ist der größte Landesverband der Partei. Dies bedeutet Einfluß und Verantwortung. Die Mehrheitsfähigkeit der SPD hängt entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, den Modernisierungs- und Professionalisierungsprozeß der Partei und ihrer Strukturen weiter voranzubringen.

Im Zuge des technologischen, sozialen und medialen Wandels haben sich auf die politische Kommunikation und die Muster des öffentlichen Meinungsaustausches verändert. Politische Kompetenz, Deutungsmacht und Überzeugungskraft haben Bedingungen: eine realitätsnahe Programmatik, glaubwürdige Personen, eine vor Ort präsente und schlagkräftige Parteiorganisation und eine treffsichere politische Kommunikation. Die NRWSPD hat eine gute Ausgangsposition, dennoch ist eine konsequente Weiterentwicklung und Modernisierung unserer Strukturen und Organisationsformen unerläßlich.

Die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen hat allein in den kommenden zwei Jahren vier schwere Wahlen zu bestehen: die Bundestagswahl im September 1998, die Europawahl im Juni 1999, die Kommunalwahlen im Herbst 1999 - erstmals nach der neuen Gemeindeverfassung - und schließlich die Landtagswahl im Mai 2000.

Das stellt höchste Anforderungen an das Engagement und die Kraft der Mitglieder, an die Professionalität unserer Führung und an die Effizienz der Kooperation zwischen Partei, ihren Parlamentariern und den sozialdemokratischen Mitgliedern der Landesregierung.

Wir brauchen Abstimmung, Koordination und klare Strukturen zwischen allen Bereichen, in denen die Partei Verantwortung trägt. Denn nur dadurch kann es gelingen, die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen. Diese notwendige Arbeit soll u.a. durch die Einrichtung eines NRWSPD-Präsidiums möglich gemacht werden.

Wir werden nur dann erfolgreich sein, wenn wir unsere Ressourcen bündeln, klare Entscheidungswege haben und die gesamte Partei auf diese Aufgaben orientieren. Wir können dieser Verantwortung gerecht werden, wenn wir eine optimale Kombination von Führung, Integration und Partizipation sicherstellen. Die NRWSPD hat alles, was für die Zukunftsgestaltung wichtig ist:

Die Erfahrung.  
Die Ideen für morgen.

Eingebracht vom SPD-Landesvorstand NRW am 23. Mai 1998

Rede Oskar Lafontaine

Unkorrigierte Bandabschrift

Lieber Johannes, liebe Christina, liebe Freunde von Johannes Rau, herzlichen Dank, daß Sie von nah und fern gekommen sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren,

der heutige außerordentliche Parteitag der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiger Parteitag. Deshalb bin ich gerne hierher gekommen, um einiges zu sagen, was ich auf dem Herzen habe und der Parteitag ist ja in Bezug gesetzt worden zu vielen Daten, ich will einen Bezug hinzufügen. Am 23. Mai des Jahres 1863, als vor 135 Jahren, gründete Ferdinand Lassalle in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Dies wird als eines der wichtigen Gründungsdaten der SPD angesehen. Und ich glaube, daß auch in soweit das Datum dieses heutigen Parteitages richtig gewählt war. Und ich bin heute nicht hierhergekommen, liebe Genossinnen und Genossen, danach ist mir überhaupt nicht zumute, eine Abschiedsrede zu halten, lieber Johannes. Ich habe keine Lust dazu. Ich bin heute hierher gekommen, um einem Mann Dank zu sagen, der Großes für unsere Partei geleistet hat, der 22 Jahre Landesvorsitzender der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen war, 20 Jahre Ministerpräsident, das ist eine große Leistung, herzlichen Dank lieber Johannes.

Herzlichen Dank, lieber Johannes, für all das, was Du uns in diesen Jahren gegeben hast.

Ich beginne – und das wird jeder verstehen wenn der Parteivorsitzende spricht – zunächst mit der Funktion des Landesvorsitzenden der SPD hier in Nordrhein-Westfalen. Die Aufgabe, eine große Partei zu führen, einen Landesverband zu führen wie den in Nordrhein-Westfalen, ist keine leichte Aufgabe. Und wer das über solch viele Jahre gemacht hat und dabei so erfolgreich gearbeitet hat, der verdient unseren Dank. Und wenn die Arbeit eines Parteivorsitzenden gemessen wird, dann ist es nun einmal so, daß zunächst gefragt wird: Wie waren denn die Wahlerfolge der

Partei? Denn die Parteivorsitzenden sind immer auch verantwortlich für die schlechten Dinge, aber auch für die guten Ergebnisse. Und was die Wahlerfolge angeht, hast Du, lieber Johannes, eine beispielhafte Serie vorgelegt, die nicht nur in Deutschland, sondern in Europa nicht zu erreichen ist. Dreimal die absolute Mehrheit, einmal die relative Mehrheit. Wer kann das schon von sich sagen. Und ich sage das auch angesichts unserer Gäste aus Europa und weise darauf hin, daß viele der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftsdaten, vielleicht auch eben der Bedeutung für Europa, Nordrhein-Westfalen nicht voranstehen, um deutlich zu machen, daß hier in der Kernregion Europas diese Funktion eine ganz, ganz wichtige ist. Und wir in Deutschland, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, haben in den letzten Jahrzehnten immer wieder auch nach Nordrhein-Westfalen geblickt, haben uns aufgerichtet an den guten Ergebnissen, haben uns auch aufgerichtet an der Arbeit, die hier geleistet worden ist. Für mich galt das, als ich begann an der Saar zu arbeiten, für mich galt das, als wir uns kennenlernten, daß immer wieder die großen Erfolge der SPD in Nordrhein-Westfalen Ermutigung für viele waren, auch für uns an der Saar, als wir darum kämpften, eine Vorherrschaft der CDU zu brechen.

Es geht aber nicht nur um die Wahlerfolge, es geht auch um die inhaltliche Arbeit, die geleistet worden ist, für die SPD, für ihre Programmatik. Denn nur auf der Grundlage unserer Programmatik können wir die Wählerinnen und Wähler erreichen und können wir die Menschen dafür gewinnen, uns den Auftrag zu erteilen, Politik für sie zu machen. Es geht aber um mehr. Es geht auch darum, daß immer wieder zusammengeführt werden muß. Daß in der Arbeit eines Parteivorsitzenden deutlich werden muß, was Solidarität eigentlich als Grundwert in unserer Programmatik bedeutet. Solidarität ist nicht eine Vokabel, die wir hochhalten an irgendwelchen Feiertagen. Solidarität ist eine Verpflichtung, der jeder sich unterziehen muß und diese Verpflichtung gilt natürlich in erster Linie für unser Führungspersonal. Und Solidarität verlangt immer wieder, sich selbst zurückzunehmen, dort zurückzunehmen, wo man vielleicht gerne etwas anderes sagen würde, wo man vielleicht gerne einmal stärker die eigenen Interessen zur Geltung bringen würde, um das Ganze nicht zu gefährden. Und in diesem Sinne, lieber Johannes, hast Du als Landesvorsitzender ein Beispiel gegeben, nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für uns in ganz Deutschland. Dafür herzlichen Dank!

Du hast praktisch die gleiche Zeit das Amt des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen bekleidet. Ich sagte bereits etwas zur Bedeutung dieses Landes mit seinen vielen Millionen Einwohnern, mit seiner großen Wirtschaftskraft und natürlich auch mit seiner wichtigen Geschichte in den letzten Jahrzehnten. Die Herausforderungen waren nicht gering: das Land von Kohle und Stahl umzuwandeln in eine moderne Industrieregion. Viele, die sich erinnern an Auseinandersetzungen, die in den letzten Jahren immer wieder geführt werden mußten, werden zugeben, daß es in diesen beiden Jahrzehnten wichtig war, daß ein Sozialdemokrat dieses Zuschnitts das Land regiert hat. Denn wenn diese Partei einen Auftrag hat, dann den, den strukturellen Wandel sozial zu gestalten. Und dies, lieber Johannes, hast Du in vorbildlicher Weise mit Deinen Mitstreitern getan.

Wir leben in einer Zeit, in der viele Informationen auf uns einströmen, in der unendliche Daten uns immer wieder geliefert werden, dazu, das Schicksal des einzelnen Menschen aus dem Auge zu verlieren. Wir neigen dazu, in großen Zahlen zu argumentieren, in großen Zeiträumen zu denken und manchmal nicht zu erkennen, was es für viele Tausende und Abertausende Menschen bedeutet, was wir da so bilanzieren und was wir da so feststellen. Deshalb der Hinweis auf den sozialen Wandel und auf die Abfederung, die notwendig war, um dem Anspruch der deutschen Sozialdemokratie zu genügen. Du hast aber auch durch Deine Regierungsarbeit großen Anteil daran, daß hier eine der modernsten Industrieregionen Europas entstanden ist. Es ist ja nicht nur so, daß die Übergänge bei Kohle und Stahl gemanagt worden sind, es ist auch so, daß in diesen beiden Jahrzehnten eine moderne Wirtschafts- und Industriestruktur aufgebaut wurde, die die Grundlage dafür darstellt, daß sich Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb der Europäischen Regionen in Zukunft behaupten wird. Auch wirtschaftlich und industriell hast Du Deine Aufgaben gemacht, lieber Johannes, und diejenigen, die Dein Erbe antreten, finden ein gut bestelltes Haus vor, hier in Nordrhein-Westfalen. Kultur, Bildung und Wissenschaft sind viel wichtiger als es in einer Zeit, die überwiegend in betriebswirtschaftlichen Kategorien argumentiert, manchmal den Anschein hat. Und hier hat Johannes Rau schon als

Wissenschaftsminister begonnen, einer Idee zu dienen, die sozialdemokratische Politik von Anfang an geprägt hat und immer wieder prägen muß. Die Idee nämlich, in der Demokratie auf Chancengleichheit hinzuwirken, die Idee, Sorge dafür zu tragen, daß die Begabungen, die in unserem Volk ja nicht nach Einkommen und nach Vermögen verteilt sind, daß die Begabungen sich entfalten und entwickeln können. Und deshalb war der Ausbau des Schulwesens, der Hochschulen, der Gesamthochschulen beste sozialdemokratische Bildungspolitik und hat mit dazu beigetragen, daß auch Arbeiterkinder studieren können und eine entsprechende Ausbildung erfahren. Daß diese Aufgabe durch bundespolitische Fehlentwicklungen in den letzten Jahren etwas beschädigt worden ist, will ich nur anmerken, aber dies soll unser Ansporn sein, einen neuen Anlauf zu unternehmen, denn dieses Land, das gilt nicht nur für Nordrhein-Westfalen, wird seine Zukunft nur behaupten können, wenn Bildung, Forschung und Wissenschaft Motor der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung bleiben. Es ist auch eine hervorragende Kulturlandschaft aufgebaut worden in Nordrhein-Westfalen, die in Europa ihresgleichen sucht. Ich denke an die Museen, ich denke an die Theater, ich denke an die vielen einzelnen Aktivitäten, die ich gar nicht nennen kann, die aber deutlich machen, daß hier nicht nur ökonomische Zweckmäßigkeit in den letzten Jahren die Politik bestimmte, sondern darüber hinaus gehende kulturelle Überlegungen, die letztendlich die Politik bestimmen müssen und denen Du, lieber Johannes, hier in Nordrhein-Westfalen Rechnung getragen hast. Auch dafür herzlichen Dank und die Anerkennung des Parteivorsitzenden und der gesamten deutschen Sozialdemokratie.

Wenn über Nordrhein-Westfalen gesprochen wurde, dann wurde von außerhalb immer wieder der Slogan auch erwähnt „Wir in Nordrhein-Westfalen“. Es wurde gesprochen vom „Wir-Gefühl“, das Menschen in einer Region entwickeln können und das nie eine Selbstverständlichkeit ist, insbesondere wenn man die historischen Bedingungen und die historischen Entscheidungen der Jahrzehnte die davor lagen mit berücksichtigt. Aber ich glaube dieses Wir-gefühl ist in Nordrhein-Westfalen entstanden. Aber dazu bedarf es immer wieder auch

Menschen, die diesem Gefühl Sprache geben. Die einer Region Sprache geben, die einer Region Identität vermitteln können, und dies ist Deine eigentliche Leistung . Du hast Nordrhein-Westfalen Ausdruck und Sprache gegeben, Du hast dieser Region Identität gegeben, und dafür sind sie alle Dir zum Dank verpflichtet.

Aber, meine Damen und Herrn, liebe Genossinnen und Genossen, ich sagte, wir verweilen nicht dabei, Dank zu sagen und wir halten auch keine Abschiedsreden und deshalb will ich dieses Gebiet jetzt verlassen und mich einer Frage zuwenden die nun seit einigen Wochen wiederum die Gemüter bewegt. Der Frage nämlich, wen wird die Sozialdemokratische Partei vorschlagen, wenn es darum geht, einen Vorschlag für das Amt des Bundespräsidenten zu machen. Wir haben Johannes Rau, das ist bekannt, schon einmal gebeten, für uns sich um dieses Amt zu bewerben. Natürlich nicht nur für uns, denn es kann nur der Vorschlag einer Partei sein. Letztendlich ist es ein sich bewerben um ein Amt, das repräsentativ für den ganzen Staat und das ganze Volk ist. Wir haben natürlich darüber gesprochen, wie wir entscheiden werden wenn die Entscheidung ansteht. Und es dürfte auch jedem, der Schritt für Schritt die Dinge angeht, klar sein, daß es falsch wäre, diese Frage zur Entscheidung zu bringen, eh, wir wissen, wie die Zusammensetzung der Bundesversammlung ist und ehe wir wissen, wie sich Partner verhalten werden, die wir brauchen werden, um eine bestimmte Entscheidung herbeizuführen. Deshalb kann ich nicht, wie der ein oder andere es erwartet hatte, heute mit einem Geschenk aufwarten. Ich las das in der Presse, ich würde heute mit einem Geschenk aufwarten. Ich würde das gerne tun, aber ich weiß auch nicht, ob dieser Begriff der richtige Begriff ist. Es ist doch überhaupt keine Frage, wenn man eine solche Leistung hat, 20 Jahre Ministerpräsident des größten Bundeslandes und praktisch für das Land das Amt des Regierungschefs und seines Repräsentanten ausgeübt hat, dann ist die Frage der Qualifikation beantwortet. Gleichwohl schulden wir auch dem Amt Respekt, dem Amtinhaber Respekt und wir werden die Entscheidung dann treffen, wenn sie ansteht und wenn wir den notwendigen Überblick haben, wie die Ausgangsbedingungen sind.

Lieber Johannes, Du hast als Wahlspruch auch aufgrund Deiner christlichen Überzeugung, Deiner christlichen Herkunft, für Deine Arbeit immer das Motto gewählt „Tenio quia tenior“. „Ich halte stand, weil ich gehalten werden.“ Ich will Dir an dieser Stelle sagen, für das quia tenior kannst Du den Parteivorsitzenden auch in Zukunft in Anspruch nehmen.

So liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, Ihr versteht das, daß ich mich wirklich im Inneren etwas sträube, heute hier eine irgendwie geartete Abschiedsrede zu halten, wenn ich mich an den stellvertretenden Parteivorsitzenden Johannes Rau wende, der solange Jahre und länger noch als ich in der Spitze der Partei Verantwortung für uns trägt, und der auch in den nächsten Jahren für uns Verantwortung tragen. Und deshalb möchte ich darauf hinweisen, daß das, was wir jetzt gemeinsam versuchen werden auch davon lebt, daß Du wie bisher, lieber Johannes, in der Führung der deutschen Sozialdemokratie Deine Rolle spielst und sie weiter so spielst, wie Du sie in all den Jahren gespielt hast. Wir sind auf Dich und Deine Arbeit angewiesen. Und das bleibt auch so.

Jetzt wird es etwas leichter, jetzt wende ich mich Franz Müntefering zu, der vorgeschlagen ist als Nachfolger für Johannes Rau im Amt des Parteivorsitzenden hier in Nordrhein-Westfalen. Lieber Franz, ich danke Dir noch einmal hier für die gute Zusammenarbeit, die wir beide in den letzten Jahren gefunden haben, und das hat eine Ursache und die möchte ich eben auf den Punkt bringen. Der Franz dient nicht zuerst den Interessen seiner Person oder seinem eigenen Ego, sondern er dient der Partei, und ein solcher Mann wird gebraucht an der Spitze der Landespartei in Nordrhein-Westfalen. Und natürlich erfüllt es mich mit Freude, wenn ich sehe, daß auch die kritische Presse feststellt, daß Du Dein Amt als Bundesgeschäftsführer besser wahrnimmst als der ein oder andere von der Konkurrenz. Und wenn jetzt in der Presse steht, wir würden eine bessere Werbung machen als die anderen, dann ist das ja auch kein Nachteil. Es ist ja nicht so, als wenn wir uns anstrengen müßten in der Werbung, in dem Design wie das heißt, schlechter zu sein als die anderen. Vielleicht haben wir es ja auch etwas leichter als die anderen. Es ist ja soviel gemeckert worden von der konkurrierenden Christlich-Demokratischen Partei über unseren Parteitag in Leipzig und über die Nominierung unseres Kanzlerkandidaten, und über die Inszenierung dort, ja das hat ja auch Gründe. Man kann nicht jeden als

jugendlichen Helden verkaufen, es ist einfach so. Und man kann auch nicht jedem Kandidaten einer Partei für die Bundestagswahl empfehlen: „Tritt vor das Pult und winke“, weil er sonst Gefahr liefe, daß der Rücklauf der selbe wäre wie in den Fußballstadien, daß millionenfach gerufen würde: „Auf Wiedersehen, auf wiedersehen“ und das wäre dann eben keine erfolgreiche Inszenierung, liebe Genossinnen und Genossen. Scherz beiseite, es ist immer wieder kritisiert worden, daß wir da oder dort vielleicht zu hausbacken unsere Arbeit machen würden, es ist gut, daß jetzt kritisiert wird, wir würden zu professionell arbeiten. Mit dieser Kritik können wir ganz gut leben, aber ich sagte ja bereits, Sozialdemokraten leben nicht von der Verpackung, wir leben von den Ideen und Franz Müntefering ist ein in der Wolle gefärbter Sozialdemokrat und deshalb bin ich froh darüber, daß Ihr Euch entschieden habt, ihm die wichtige Rolle des Parteivorsitzenden hier in Nordrhein-Westfalen zu übertragen. Ich wünsche Dir, lieber Franz, für diese Arbeit alles Gute und ich setze weiterhin auf bewährte gute Zusammenarbeit.

Nun wende ich mich Wolfgang Clement zu und ich war gestern etwas erschrocken, als ich in einer Zeitung las, daß auch Wolfgang Clement aus dem Sauerland stammen würde. Ich hab' mir gedacht, zwei Sauerländer nach Johannes Rau, ob das die richtige Antwort ist. Aber ich bin jetzt doch beruhigt worden. Wolfgang ist aus Bochum, wie ich gelernt habe. Die Familie stammt eben nur in vielen Verästelungen auch aus dem Sauerland, obwohl ich von Franz ja weiß, daß die Sauerländer plötzlich einen Humor entwickeln können, der einfach umwerfend ist. Nicht daß ich da falsch verstanden werde, dennoch habe ich zunächst einmal gestutzt als ich las zwei Sauerländer. Nun ist das ja geklärt. Lieber Wolfgang ich sagte bereits, daß Du ein gut bestelltes Haus übernehmen wirst, wenn Du das Amt des Ministerpräsidenten des wichtigsten deutschen Bundeslandes übernimmst. Wenn der Landtag Dir dazu das Vertrauen ausspricht. Du hast Dich in den letzten Jahren bewährt als jemand, der die Wirtschaft des Landes nach vorne gebracht hat. Als jemand, der einen hohen Wirkungsgrad entfaltet hat in seiner politischen Arbeit. Und als jemand der vieles zurückstellt, wenn es darum geht, Arbeit an die Stelle von Muße, von Freizeit zu setzen. Und ich glaube, daß diese Deine besonderen Gaben sicherlich die Grundlage dafür sind, daß Dir dieses wichtige Amt eines Ministerpräsidenten in Deutschland

vom Landtag übertragen werden wird. Ich glaube aber auch, daß Du in den letzten Jahren hier in Nordrhein-Westfalen, aber auch in der Bundes-SPD die Erfahrung gemacht hast und deshalb freue ich mich über diese Lösung: Franz Müntefering und Wolfgang Clement zusammen: Daß eine moderne Partei und eine moderne Regierung auf folgendes angewiesen sind. Sie sind angewiesen auf Zusammenarbeit und auf Teamwork. Und wenn Ihr zu Beginn Eurer Arbeit praktisch den Gedanken des Teamworks zur Grundlage dieser Arbeit gemacht habt, dann muß das ein Erfolg werden, und dann ist das auch die richtige Nachfolge für Johannes Rau, der seine Arbeit in solch hervorragender Weise für dieses Land in den letzten zwei Jahrzehnten gemacht hat, auch Dir herzlichen Glückwunsch und alles gute für die Arbeit die vor Dir liegt.

Wenn ich schon die Gelegenheit habe 40 Minuten zu sprechen, dann will ich doch auch ein paar Bemerkungen machen zu den Ereignissen der letzten Tage und Wochen. Natürlich haben wir alle den letzten Versuch der CDU aufmerksam verfolgt, aus dem Loch herauszukommen und wieder etwas mehr Kraft zu gewinnen für die Kampagne für die Bundestagswahl. Aber auf dem Wege wie das hier versucht worden ist, wird es nicht gehen. Das entscheidende Thema der Bundestagswahl muß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein. Es darf nicht sein, daß Nebenthemen die Bundestagswahl bestimmen.

Wer dieses Land in Zukunft regieren will, muß sagen, wie er die Arbeitslosigkeit bekämpfen will und darf nicht ausweichen auf ein lächerliches Nebenthema, wie die PDS oder die Roten Socken oder die Beschimpfung des politischen Gegners. Das ist nicht der Stil, den wir in Deutschland wollen.

Und es hat daher keinen Sinn, und es hat auch keinen Erfolg, daß die Unionsparteien in ihrer schwierigen Situation versuchen, auf Nebenkriegsschauplätzen Terrain zu gewinnen. Arbeitslosigkeit bleibt die große Herausforderung, und alles Aufschwunggerede kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir im April die höchste Arbeitslosenzahl in Deutschland nach dem Kriege

hatten. Das heißt, Helmut Kohl und seine Regierung, sie haben bei der Hauptaufgabe der deutschen Politik versagt und deshalb gehören sie abgewählt.

Sie gehören auch deshalb abgewählt, weil ganz Europa auf diese Veränderung in Deutschland wartet. Nach den Veränderungen in Italien, nach dem Sieg der Labour-Party in Großbritannien, nach dem Sieg der Parti Socialiste in Frankreich wartet ganz Europa darauf, daß auch in Deutschland der Politikwechsel beginnt, weil Europa einen Politikwechsel braucht, um die Arbeitslosigkeit in ganz Europa zurückführen zu können. Das geht nicht mehr anders. Wir brauchen in Gesamteuropa einen Politikwechsel.

Die entscheidende Frage wird die sein, nach dem die Geldpolitik in Europa europäisiert worden ist, ob es gelingt, die anderen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen so zu koordinieren, daß Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann. Das ist die entscheidende Frage der nächsten Jahre. Und die Regierung Kohl kann dazu nicht mehr das Mandat erhalten, weil sie sich in dieser entscheidenden Frage der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verweigert, weil sie sich weigert, den Artikel 103 des Maastrichter-Vertrages auszufüllen, der sagt, wir müssen die Wirtschafts- und Finanzpolitik in ganz Europa koordinieren. Eine Regierung, die die Zeichen der Zeit erkennt, die glaubt, bei zunehmender Integration der europäischen Wirtschaft sagen zu können, Beschäftigungspolitik machen wir zu Hause, die den Beschäftigungsgipfel in Luxemburg eher behindert, als gefördert hat, eine solche Regierung bremst die weitere Entwicklung in Gesamteuropa und muß daher im September auf die Oppositionsbänke verwiesen werden.

Ich will, weil dieses Thema so bedeutend ist, genauso, wie ich im Jahre 1990 zur deutsch-deutschen Währungsunion einiges gesagt habe, an dieser Stelle sagen, daß die Entwicklung der Lohnpolitik in Europa das Entscheidende sein wird. Und daß, wenn es nicht gelingt hier zu einer vernünftigen wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen, es zu ähnlichen Fehlentwicklungen kommen wird, wie bei der deutsch-deutschen Währungsunion. Ich sage das mit derselben Ernsthaftigkeit und ich sage mit derselben Ernsthaftigkeit, wenn es nicht gelingt, die europäische Lohnpolitik auf Produktivitätskurs zu bringen, dann wird es zu großen Transferzahlungen kommen, wie bei der deutsch-deutschen Währungsunion. Und es ist bedauerlich, daß dieses

entscheidende, dieses allerwichtigste Thema wiederum nicht ausreichend erkannt wird und wiederum in seiner Tragweite nicht erfaßt wird. Und insbesondere von der Regierung Kohl so falsch behandelt wird. Was meine ich damit? Die Wechselkurse hatten bisher die Funktion, unterschiedliche Entwicklungen der Volkswirtschaften auszugleichen. Das ist ganz einfach. Und wenn die Wechselkurse wegfallen, dann stellt sich die Frage: Welcher Mechanismus kann in Zukunft die unterschiedlichen Entwicklungen der Volkswirtschaften ausgleichen? Und da gibt es nur eine Antwort: eine koordinierte und abgestimmte Lohnpolitik. Und hier kommt auf die europäischen Gewerkschaften, lieber Dieter, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine neue, eine große Herausforderung zu. Und diese koordinierte Lohnpolitik kann sich nur an einer ökonomischen Gesetzmäßigkeit ausrichten, sonst gibt es gewaltige Fehlentwicklungen. Und diese ökonomische Gesetzmäßigkeit heißt, daß man produktivitätsorientiert arbeitet, das heißt, daß das an Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt wird was im zurückliegenden Jahr dazu erarbeitet worden ist, an Mehrwert geschaffen wurde, pro Kopf. Wenn es nämlich so geht, daß diese Politik nicht beherzigt wird, insbesondere in Deutschland nicht beherzigt wird, dann werden wir weiter im Export gewinnen, dann werden die Exportüberschüsse nicht bei 120 oder 150 Milliarden Mark liegen, sondern über 200 Milliarden Mark gehen. Und die Frage wird sein, wie die Volkswirtschaften Europas und insbesondere die Länder Europas auf diese Entwicklung reagieren. Es glaubt doch wohl niemand, daß die dann stillhalten. Deswegen treibt es mich wirklich um und macht es mir große Sorgen, daß an dieser Stelle die ökonomischen Gesetze unzureichend bekannt sind und daß an dieser Stelle eine solche fehlerhafte Debatte in großen Teilen der Bundesrepublik geführt wird. Wenn die Wechselkurse nicht mehr zur Verfügung stehen, um das Auseinanderdriften der Lohnstückkosten auszugleichen, kommt es zu Exportüberschüssen, die nur mit großen Transferleistungen ausgeglichen werden können. Wir hatten früher einmal in der Bundesrepublik das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes – das steht im übrigen noch im Bundesgesetz, nur es ist längst vergessen - wenn man dieses Ziel aber aus dem Auge verliert, gibt es steigende Arbeitslosigkeit. Leider sind die Zusammenhänge so schwer zu vermitteln. Man kann versuchen, es wie folgt darzustellen: Natürlich kann eine Volkswirtschaft auf den Export setzen. Wenn sie aber in einem Ausmaß auf den Export setzt, daß sie den Binnenmarkt völlig vernachlässigt, dann gibt es Fehlentwicklungen und steigende Arbeitslosigkeit. Das heißt, wenn wir

beispielsweise wie im letzten Jahr zum erstenmal nach dem Krieg in Deutschland sinkende Nettolöhne hatten, also ein Sinken der Löhne ohne Preisentwicklung, dann ist es eine Fehlentwicklung, die natürlich zu weiterem steigenden Export führt. Weil wir ja hinsichtlich der Konkurrenzsituation besser sind als unsere Nachbarn und unsere Mitbewerber. Aber das, was man durch diese unausgeglichene Handelsbilanz im Export gewinnt, verliert man jedes Jahr im Binnenmarkt und deshalb muß dieser falsche Weg aufgegeben werden. Wir brauchen in Europa und in Deutschland wieder eine Politik, die beides sieht, den Export und aber auch den Binnenmarkt, sonst kriegen wir die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft.

Dies ist die große Fragestellung und entschuldigt, daß ich sie angesprochen habe, aber ich möchte nicht, daß zwei, drei Jahre später wieder jemand sagt, wie Kohl das vor einigen Jahren behauptet hat, daß hätte man nicht wissen können, das hätte man nicht alles sehen können, es seien nun mal Irrtümer und die seien eben so zu qualifizieren, daß das alles nicht vorhersehbar wäre. Nein, das ist alles stringent vorhersehbar. Die ökonomischen Gesetze gelten überall, und die richten sich nicht nach Nationalitäten oder nach den politischen Interessen einer Partei. Das zweite, was wir leisten müssen, ist Steuergerechtigkeit in Deutschland und in gesamt Europa. Und ich will das kurz streifen. Wenn jetzt die Europäische Kommission vorgeschlagen hat, die Zinsen in gesamt Europa gerecht zu besteuern, dann muß doch auf europäischer Ebene hier ein Durchbruch erzielt werden, es kann doch nicht nur so sein, daß überall Lohnsteuern angehoben werden und

Sozialversicherungsbeiträge angehoben werden und die, die Geld haben, ihre Konten ins Ausland verlagern und sich der Zins- und Vermögensbesteuerung entziehen. Das darf so nicht mehr weitergehen. Ohne gerechte Steuerpolitik in Gesamteuropa, die nicht nur die Kapitalbesteuerung, sondern auch die Gewinnbesteuerung und die Vermögensbesteuerung umfaßt, werden wir den Euro nicht zu einem Erfolg machen können, und werden wir die Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen können.

Der dritte Punkt ist, daß wir auch in der Sozial- und in der Umweltpolitik in Europa mehr und mehr nicht zu einer Angleichung nach oben kommen wollen, wie das Kohl in seinen Reden in völliger Verkennung ökonomischer Zusammenhänge immer wieder sagt. Sondern, daß wir Mindeststandards in Europa brauchen, damit dieser

törichte Wettbewerb in Europa aufhört: Wer hat die niedrigsten Sozialleistungen und wer hat den schlechtesten Kündigungsschutz. Das kann doch nicht das Europa sein, das wir Sozialdemokraten bauen wollen.

Und bei der Sozialpolitik sind wir natürlich auch hier in Deutschland darauf angewiesen, daß die Diskussion nicht in völlig falsche Richtungen läuft. Ich will das hier einmal sagen. Blüm ist in der Defensive. Er hat mit seiner ständigen Parole, die Renten seien sicher, konfrontiert mit der ökonomischen Fehlentwicklung und den Fehlentscheidungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit eines erreicht, er hat erreicht, daß die ältere Generation verunsichert worden ist hinsichtlich der Zukunft ihrer Renten. Aber wenn man über die Renten spricht, dann darf man nicht eine völlig falsche Ursachenanalyse betreiben. Die Rentenkassen sind wie die Sozialkassen insgesamt aus zwei Gründen in Schwierigkeiten.

Erstens, weil man bei der Deutschen Einheit, ja, ich muß sagen, gelogen hat, gesagt hat, es gibt keine Steuererhöhungen und dann die Deutsche Einheit nur aus den Sozialkassen finanzieren wollte. Ein völliger Mißbrauch der Sozialsysteme, das ist eine Aufgabe aller Steuerzahler.

Zweitens, weil natürlich unser Sozialsystem nicht dafür gebaut, daß wir Massenarbeitslosigkeit haben. Wir brauchen nicht ein ständiges Herumfummeln an den Formen der sozialen Sicherungssysteme. Wir brauchen wieder mehr Beitragszahler! Das heißt, wir müssen die Arbeitslosigkeit abbauen, dann sind die Probleme zu lösen.

Und deshalb stelle ich für die Sozialdemokraten zwei Dinge klar. Die Rente ist nicht irgendein Almosen, sie ist auch nicht eine disponible Masse des BDI, der Handwerksverbände oder der Industrie- und Handelskammern. Wie hoch dürfen denn bitteschön die Lohnnebenkosten sein. Hier kann man wirklich sehen, wie in Deutschland die Diskussion sich völlig fehlentwickelt, nur noch betriebswirtschaftliche Kategorien zählen. Die Rente ist eine Frage wieviel brauchen ältere Menschen, die gearbeitet haben ein Leben lang, um leben zu können. Das ist die Frage unserer Gesellschaft, das ist die Frage der Rente. Und liebe Genossinnen und Genossen, da gibt es kein anderes und kein verlässlicheres System, insbesondere im Hinblick auf

Inflationen die mal kommen können, auf Vermögensverluste die mal kommen können, als die beitragsfinanzierte leistungsbezogene Rente. Sie ist stabil, auch über Generationen, auch über Wirtschaftskrisen. Laßt nicht zu, daß dieses System leichtfertig in Frage gestellt wird oder zerquatscht wird. Das wäre falsch, das können wir nicht akzeptieren. Deshalb ist unser Wahlprogramm in dieser Frage völlig klar, wir halten eben an der gesetzlichen Rentenversicherung fest, wir halten an der beitragsbezogenen leistungsorientierten Rente fest und wir sagen, die beiden Hauptprobleme sind die Fehlfinanzierung der deutschen Einheit über die Sozialkassen und die mangelnden Beitragszahler aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit. Und wenn jetzt kürzlich die Rentenversicherer Beitragsprognosen gegeben haben, dann spricht das ja für sich, aber ich sage dazu: Die demografische Formel, die Blüm gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchgepaukt hat, sie wird nicht stehen bleiben, weil es bei einer Durchschnittsrente der Frau von 900 Mark schamlos ist, solche Renten auch noch zu kürzen. Das ist die sozialdemokratische Sprache die jeder versteht. Und was da viele mit Mindestsicherung, Grundsicherung usw. immer wieder meinen, ich will es erklären, ist ganz simpel. Das hat mit einer steuerfinanzierten Grundrente gar nichts zu tun. Wir meinen mit Mindest- oder Grundsicherung für die Älteren, daß es viele Menschen gibt, insbesondere Frauen, die wenig Beiträge bezahlt haben, weil unsere Gesellschaft früher ungerecht war, weil sie eben die Familienarbeit nicht ordentlich bewertet hat, haben die dann bald einen Rentenanspruch von 300 Mark oder so und sie schämen sich dann aufs Sozialamt zu gehen, um Sozialhilfe zu beantragen, und sie schämen sich insbesondere, weil sie Angst haben, ihre Kinder werden in Anspruch genommen. Diesen Menschen wollen wir helfen und wollen ihnen den Gang zum Sozialamt ersparen in Form einer ordentlichen Grundsicherung. Das hat aber mit steuerfinanzierter Grundrente nichts zu tun. Ich gebe nur zwei Hinweise: Die Schweden, die lange Zeit die steuerfinanzierte Grundrente hatten, die sind jetzt wieder davon abgegangen und kommen auf die beitragsfinanzierte Rente zurück, das muß ja Gründe haben. Und ein zweites, wer würde denn noch ein ordentliches Arbeitsverhältnis eingehen wollen, wenn eben sowieso klar ist, daß man eine Grundrente kriegt, unabhängig davon, ob Beiträge gezahlt worden sind oder nicht. Dann öffnet man doch Tür und Tor für die Schwarzarbeit und alle anderen Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft und deshalb sollte man solche Modelle nicht weiter verfolgen. Was wir allerdings brauchen zur Sicherung der Rente ist, daß

wir die Fehlentwicklung korrigieren, die damit verbunden ist, daß immer mehr ordentliche Arbeitsverhältnisse zerstückelt werden in nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Wir werden sicherstellen, daß diese Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, daß die Menschen auch Ansprüche im Alter haben.

Wenn eine Christlich-Demokratische Union in ihrem Wahlprogramm noch nicht mal die Erhöhung des Kindergeldes drin hat, weil Herr Henkel meint, das bringt keine Arbeitsplätze – ist zwar ökonomisch dummes Zeug aber wie gesagt, das will ich jetzt nicht weiter kommentieren – wenn eine christlich-demokratische Union in ihrem Zukunftsprogramm noch nicht mal etwas drinstehen hat zur Verbesserung der Situation der Familien und der Kinder, dann sollte man dieses Zukunftsprogramm gleich in den Papierkorb schmeißen, um das mal ganz klar zu sagen.

Wir brauchen auch eine Neuorientierung in der Umweltpolitik. Das muß ich jetzt aus Zeitgründen raffen. Und wir haben gesagt, daß wir auf eine neue Energiepolitik setzen. Eine neue Energiepolitik, die natürlich auch beinhaltet die Entwicklung anderer Technologien als der Atomtechnologie. Das ist ja lange Zeit dann als Technikfeindlichkeit gebrandmarkt worden. Welch ein Irrtum. So als sei jemand, der für die Entwicklung etwa der Photovoltaik ist, der für die Entwicklung etwa der Wasserstofftechnologie ist, für die Entwicklung der Sonnenenergie, der Windenergie ist, ein Technikfeind. So kann man beschränkt diskutieren. Nein, es geht nicht darum, ob man Technik will, ja oder nein, es geht darum, welche Technik man will, um eine sichere Energieversorgung in Zukunft zu haben.

Und die jüngste Entwicklung, liebe Genossinnen und Genossen, zeigt doch, daß wir hier mit unseren Warnungen vor den Risiken der Atomenergie richtig lagen. Es ist doch einfach nicht verantwortbar, daß die Betreiberunternehmen die Gefährdung der Transporte lange Jahre verschwiegen haben und auch die Regierung bisher nicht verbindlich klarstellen konnte, daß sie nicht informiert war. Sollte aber die Regierung informiert gewesen sein, dann gibt es nur eine Antwort, den Rücktritt der verantwortlichen Ministerin. Sonst nichts.

Und da werden dann immer so herzergreifende Reden gehalten, wie gut es die Regierung, wie gut es die Regierung Kohl mit den Polizeibeamten meint. Ich sage noch relativierend, solange wir nicht einen genauen Bericht haben, wieviele Regierungsstellen wann und wo informiert waren: Wer, das sage ich allgemein dann, in Kenntnis solchen Sachverhaltes, die Castor-Transporte weiterlaufen ließ, mit diesen Polizeieinsätzen, der handelte wirklich verantwortungslos und der soll über Polizei und Fürsorge für die Polizei nun wirklich nicht mehr reden.

Und deshalb hatte Wolfgang Clement recht, als er vor einiger Zeit an die Adresse der Bayern und der Baden-Württemberger und an die Adresse auch der Frau Merkel sagte: Laßt doch diesen Unsinn mit den Transporten. Und insbesondere an die Adresse der Bayern und Baden-Württemberger: Wer Atomkraftwerke hat und Atommüll produziert, der muß selbst für die Entsorgung geradestehen und diesen Müll nicht irgendwo hinschieben. Nach Nordrhein-Westfalen oder sonstwohin.

Einen Wahlkampf der Ehrlichkeit – sagte Wolfgang Schäuble – wolle die Union jetzt führen. Da dürfen wir jetzt wirklich gespannt sein. Sollte wirklich jetzt nach langen Jahren der Regierung, nach 16 Jahren, so etwas wie eine geistig-moralische Erneuerung, zu Beginn der Regierungszeit versprochen, jetzt langsam Platz greifen nach all den Lügengebäuden, die diese Partei in den letzten Jahren den deutschen Wählerinnen und Wählern serviert hat. Warum verliert im Osten die CDU so dramatisch: weil Kohl blühende Landschaften versprach, weil er versprach, daß in kürzester Frist etwas nachzuholen ist, wofür wir Jahrzehnte in Westdeutschland gebraucht haben. Und weil er versprach, das alles ginge ohne Steuern- und Abgabenerhöhungen. Das war doch kein Wahlkampf der Ehrlichkeit, das war eine Lüge, die sich jetzt Gott sei Dank in Ostdeutschland, für die Unionsparteien rächt..

Und dann im Jahre '94 das Versprechen , Steuersenkung, den Soli abzubauen, das Versprechen des Aufschwungs, des Abbaus der Arbeitslosigkeit und dann dieses lächerliche Gerede schon damals um die PDS. Ist das ein Wahlkampf der Ehrlichkeit gewesen? Keines der Versprechen wurde gehalten. Die Arbeitslosigkeit ist nicht gesunken, entgegen den Versprechungen im Jahre 1994. Die Steuern sind nicht abgebaut worden, sondern eher erhöht worden, entgegen den Versprechungen 1994. Und die Auseinandersetzung mit der PDS treibt ja nun wirklich wieder tolle

Blüten. Da haben wir in Ostdeutschland die ostdeutsche CDU, die auf Gemeinde- und Landkreisebene viele Koalitionen mit der PDS, ihren alten, jetzt sage ich mal Partnern im DDR-Staat macht. Und die selben Abgeordneten beschließen dann auf dem Bundesparteitag Koalition und Zusammenarbeit mit PDS sei ausgeschlossen. Gibt es denn ein größeres Beispiel für Verlogenheit und Unverschämtheit in Deutschland als dieses Verhalten?

Und ich füge hinzu, auch Helmut Kohl verdankt seine Kanzlerschaft Abgeordneten - ich will dieses Spalterthema nicht, aber er bringt es in jeden Wahlkampf - er verdankt seine Kanzlerschaft Abgeordneten, die als ehemalige Mitglieder der Ost-CDU und der Bauernpartei für Mauer und Stacheldraht votiert haben. Warum heuchelt dieser Mann so?

Und deshalb sage ich am heutigen Tag hier in Nordrhein-Westfalen, diese große traditionsreiche Partei, und ich habe ja Bezug genommen auf das Datum, die verfolgt war, die immer wieder sich erhoben hat und Diktatoren widerstanden hat, insbesondere in der Nazizeit, diese Partei hat von niemandem Belehrung in Sachen Demokratie und Bekämpfung des Extremismus notwendig.

Bei der Wahlauseinandersetzung, liebe Freundinnen und Freunde, geht es nicht nur um solch vordergründige Themen. Es geht um die Arbeitslosigkeit, ich sagte es schon, es geht aber um ein noch weiter ausholendes Thema der Gesellschaft. Es geht wirklich um die politische Ausrichtung der Gesellschaft in Europa. Ich will versuchen, das in wenigen Sätzen anzudeuten. Der englische Soziologe Anthony Giddens sagte einmal, daß Frau Thatcher eigentlich nicht mehr für sich in Anspruch nehmen könne, eine konservative Politikerin zu sein. Er sagte, diese Frau hat ja alles an Kulturen und Traditionen zerstört. Mit betriebswirtschaftlicher Argumentation, was ja auch in England lange Jahre Bestand hatte und Grundlage der Gesellschaft war. Und auch hier in Deutschland sind die Konservativen in dieser Reformfalle, weil sie einen falschen Reformbegriff haben. Das ist nun schon deutlich geworden als es um die Kommerzialisierung des Fernsehens ging. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man eben betriebswirtschaftlichen Kriterien, wenn man den Gewinnkriterien alles andere unterwirft, dann zerstört man wertvollste Inhalte und Bestände einer Gesellschaft. Das kommerzielle Fernsehen beispielsweise war mit einer vernünftigen

Familienpolitik nicht vereinbar und ist auch heute noch nicht damit vereinbar. Es hat doch keinen Sinn, diese Dilemma der Konservativen zu verschweigen. Und dann jammern sie plötzlich, daß es zu viel Gewalt auf den Schulhöfen gäbe und meine, man könne das mit noch größeren Verordnungen und Gesetzen bekämpfen. Nein, hier seht ihr eine schwierige Situation in die die Konservativen in Gesamteuropa geraten sind. Die befürworteten Entwicklungen, die im Grunde mit ihren Traditionen nicht mehr übereinstimmen. Das gilt im Besonderen fürs Arbeitsleben. Das Arbeitsleben kann man nicht so beliebig organisieren, wie das die Konservativen jetzt vertreten. Sie reden von Flexibilität, sie reden davon, daß das Normalarbeitsverhältnis nicht mehr Bestand haben würde. Und was heißt das eigentlich für unsere Gesellschaft? Ich glaube, daß das der falsche Weg ist. Die Menschen brauchen längerfristige Orientierung, brauchen Vertrauensbildung. Sie brauchen zur Bildung ihrer Persönlichkeit und ihres Charakters längerfristige Bindungen und wenn man so will, auch Heimat und einigermaßen soziale Sicherheit. Wer meint, Reform bestünde darin, die Lohnfortzahlung abzubauen, wer meint Reform bestünde darin, den Kündigungsschutz abzubauen, wer meint, Reform bestünde darin das Normalarbeitsverhältnis in Frage zu stellen und alles beliebig und flexibel zu machen, der zerstört die kulturellen und sozialen Grundlagen unserer europäischen Zivilgesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen.

Es geht um das, worum Sozialdemokraten immer wieder gestritten haben, und für das sich eben hervorragende Frauen und Männer immer wieder engagiert haben, und teilweise ihr ganzes Leben eingesetzt haben, und hierin begründet sich auch die Lebensleistung von Johannes Rau, daß er stets versucht hat, zu streiten und zu kämpfen in unserem Lande für Solidarität und Gerechtigkeit, wie jeder ordentliche Sozialdemokrat es tun muß und diesem Sinne, noch einmal, vielen Dank und Glückauf, lieber Johannes.

Rede des SPD-Landesvorsitzenden  
Ministerpräsident Johannes Rau  
beim Landesparteitag der SPD Nordrhein-Westfalen  
am 23. Mai 1998 in Düsseldorf

Verehrte Freunde, ich habe aufmerksam zugehört, ich habe dankbar zugehört und trotzdem habe ich auch während des Zuhörens in die Gesichter der Delegierten geblickt und gedacht: Wenn ich doch heute keine Rede zu halten hätte! Wenn ich doch heute von Tisch zu Tisch gehen, das eine oder andere Gespräch, die eine oder andere Frage stellen könnte: Wie ist das bei Euch weitergegangen, was wir miteinander auf den Weg gebracht oder beraten haben? Was habt Ihr jetzt vor, wie sind Eure Pläne?

Bei dem Blick in die Gesichter sind mir viele, viele Erinnerungen aus den letzten zwei Jahrzehnten, ja aus den letzten vier Jahrzehnten bewußt geworden.

Denn vierzig Jahre bin ich nun bald im Landtag und da hat es viele Stunden gegeben, die waren wichtig und erinnerungswürdig. Du, lieber Franz Vranitzky, hast eben daran erinnert, daß Du mir seinerzeit einen hohen österreichischen Orden ausgehändigt hast. Das war an dem Tag, an dem Willy Brandt Abschied nahm und an dem Jochen Vogel Parteivorsitzender wurde: Am 14. Juni 1987 und Jochen Vogel, mein Freund, ist dabei gewesen.

Sie, lieber Avi Primor haben einen bewegenden Brief von Shimon Peres vorgelesen. Als Sie ihn lasen, ist in mir die Erinnerung wieder bewußt geworden, als ich mit Shimon Peres und mit anderen, mit Roman Herzog, mit Helmut Kohl in Israel war am Grab Yitzhak Rabins, der sein Leben für den Frieden in seiner Region hergeben mußte.

So sind es kleine und große Erinnerungen und Erfahrungen, die mich heute bewegen. Und ich gestehe: Dieser Tag und die nächsten vier sind nicht nur bestimmt von Erleichterung, sondern auch ein Stück von Wehmut.

Dennoch sage ich: Ich blicke dankbar zurück und fröhlich nach vorn, und ich bin auch ein wenig stolz auf das, was ich gestalten durfte. Ich hoffe, ich habe nie vergessen und ich werde nicht vergessen: Das, was ich beitragen durfte für unser Land und für unsere Partei, das haben wir gemeinsam gestaltet und vorange-

bracht. Ich bin dankbar dafür, daß ich schon so lange Vertrauen erfahren habe: von den Menschen in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus, in unserer Partei, bei den Gewerkschaften, bei den Kirchen, bei vielen, die in den Unternehmen, in Verbänden und in Vereinen Verantwortung tragen.

21 Jahre Landesvorsitzender und 236 Monate Ministerpräsident, davor Fraktionsvorsitzender und Minister - das ist viel länger als ich je gedacht und geplant habe. Aber Ihr wißt ja: In der Politik ist das wie mit den Erdnüssen. Man nimmt eine und denkt, ich will nur den Geschmack haben, und dann hört man nicht auf, bevor die Schale leer ist.

Ich habe politisch so viel erlebt, daß ich fast von allem auch schon das Gegenteil erlebt habe.

Ich habe erlebt Opposition und Regierung, Koalition und Alleinregierung und dann wieder Koalition; parlamentarisches Amt und Regierungssämter, großartige Siege und schmerzliche Niederlagen; vier Landtagswahlkämpfe als Ministerpräsident, übrigens gegen höchst unterschiedliche Herausforderer: Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf, Bernhard Worms und Norbert Blüm und Helmut Linssen.

In einem waren diese Herausforderer alle gleich: Die Wählerinnen und Wähler haben sich für uns Sozialdemokraten und gegen die Kandidaten der CDU entschieden. Das fand ich gut. Das soll auch bei den Nachfolgern so bleiben, bei den Nachfolgern Linssens.

Aber damit das so bleibt, können wir uns nicht allein auf die CDU verlassen. Die helfen uns nach Kräften, weil sie in unserem Land am Rand stehen und nicht mittendrin. Aber Ihr wißt: Das ist kein Naturgesetz. Letztlich hängt es von uns ab, ob wir Erfolg haben.

Wir müssen so offen und vielfältig sein, wie unser Land und seine Menschen mit ihren ganz unterschiedlichen Lebenswelten, und wir müssen gleichzeitig so geschlossen handeln, wie das für unser Land Nordrhein-Westfalen gut und nötig ist.

Dreimal haben wir bei den Landtagswahlen die absolute Mehrheit gewonnen. Das war so gut für unser Land, daß wir es noch einmal versuchen sollten. Bei der letzten Landtagswahl haben die Wählerinnen und Wähler so entschieden, daß eine Koalition nötig wurde. Jetzt arbeiten wir erfolgreich in einer Koalition. Das ist oft mühsam. Ich kenne das von früher. Da gab es in einer anderen Koalition andere Probleme, aber leichter war es auch nicht.

Wir haben in den vergangenen zwanzig Jahren viel für unser Land erreicht. Wir haben dafür auch Begriffe geprägt, die ganz unabhängig davon, wer der individuelle Urheber ist, zu Markenzeichen der nordrhein-westfälischen SPD geworden sind. Ihr kennt sie alle: Das Bündnis der Vernunft, die solidarische Gesellschaft, die ökologische und ökonomische Erneuerung Nordrhein-Westfalens in sozialer Verantwortung, die Kombination von Bodenhaftung und Perspektive, die Erneuerung aus Erfahrung - und für mich füge ich hinzu, und ich bleibe dabei: Versöhnen statt spalten.

Ich bin stolz darauf, daß wir uns auch heute für keinen dieser Begriffe entschuldigen und daß wir uns auch vor keinem dieser Begriffe verstecken müssen. Diese Markenzeichen stehen für die SPD als linke Volkspartei. Unsere SPD in Nordrhein-Westfalen steht mitten in der Gesellschaft. Wir suchen immer wieder Unterstützung und wir werben um Vertrauen auch bei denen, die das Soziale bei der CDU nicht mehr finden können, die die Bürgerrechtstradition der F.D.P. verschüttet sehen oder die den GRÜNEN oder manchem Grünen vorwerfen, daß sie durch Maßlosigkeit sogar richtige Ziele in Mißkredit bringen.

Erinnert Ihr Euch? Franz Vranitzky hat uns daran erinnert, an die Prophezeihungen vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts. Das ist noch nicht so lange her. Was ist da nicht alles gesagt und behauptet worden? Die soziale Frage sei gelöst. Wer über Verteilungsfragen redet, der irre sich im Jahrhundert oder mindestens im Jahrzehnt. Man hat versucht, uns totzuloben. Wir hätten uns durch erfolgreiche Arbeit selber überflüssig gemacht, Unsere Aufgabe sei erfüllt. Jetzt ziehe die neue Zeit, aber nicht mit uns, sondern mit den anderen. Uns gebühre ein respektabler Platz im deutschen Geschichtsalmanach, das sei es aber dann auch.

Da haben sich viele getäuscht. Wie mit dem Ende der Geschichte. Die geht auch weiter, die hält sich nicht an Buchtitel.

Wir Sozialdemokraten haben uns noch einiges vorgenommen. - Nicht für die Geschichtsbücher, sondern für ein besseres Leben vieler Menschen, die jetzt leben.

Wir erleben doch, wie überall die schwindende Bindekraft von Institutionen beklagt wird, von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Sportverbänden; wie der schwächer werdende Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, der Verlust an Solidarität, Gegenstand von Leitartikeln ist.

Das ist kein Beleg für den Übergang zur Postmoderne, sondern das sind Zeichen dafür, daß wir in der Gefahr sind, hinter die Moderne zurückzufallen:

Wo dauerhaft Arbeitsplätze fehlen, da wird die Würde des Menschen angetastet. Und wo das Gemeinwesen sich nicht mehr um sozialen Ausgleich, um soziale Gerechtigkeit kümmert, da wird der Staat, so hat es der Kirchenvater Augustinus vor 1600 Jahren gesagt, zu einer gemeinen Räuberbande. Wenn das Portemonnaie der Eltern für den Erwerb von Qualifikationen und Ausbildungen wieder stärker zählt als die eigene Anstrengung junger Menschen, dann gefährden wir unsere Zukunftschancen, nicht nur die der jungen Menschen.

Arbeit für alle Arbeitsfähigen, soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen, das sind doch die klassischen Themen der Sozialdemokraten. Die sind nicht erledigt. Die Aufgabe, die wir jetzt erfolgreich anpacken müssen: Durch gemeinsames Handeln möglichst allen Menschen die Chance geben, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, ohne daß dadurch der Gemeinsinn und der Zusammenhalt zerstört wird. Die Antworten auf diese Fragen müssen heute anders sein als vor hundert oder auch vor 21 Jahren. Aber die Fragen sind so aktuell wie je.

Bei diesem Parteitag, verehrte Freunde, stehen morgen zwei wichtige Entscheidungen an: Die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen SPD und die Wahl des Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen, das ich am Mittwoch abgeben werde.

Ihr kennt meinen Grundsatz, daß ich öffentlich keine Ratschläge gebe. Von dem weiche ich heute ab: Ich rate Euch, wählt Franz Müntefering zu meinem Nachfolger im Amt des Landesvorsitzenden und nominiert Wolfgang Clement zu meinem Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten.

Mit diesem Ämterwechsel beginnt dann auch ein neuer Abschnitt für die nordrhein-westfälische SPD. Franz Müntefering wird dann nach Heinz Kühn, dessen Frau Marianne ich herzlich grüße, nach Werner Figgen und mir, der vierte Landesvorsitzende sein. Wolfgang Clement soll nach Fritz Steinhoff, Heinz Kühn und mir der vierte sozialdemokratische Ministerpräsident des Landes werden.

Ich bin sicher, die nordrhein-westfälische SPD wird in dieser neuen Kombination ihre Erfolgsgeschichte fortsetzen. Wolfgang Clement und Franz Müntefering haben diese Arbeitsteilung miteinander besprochen. Ich halte sie für richtig, sie ist gut für unser Land und für unsere SPD.

So wenig wie ich vor zwanzig oder einundzwanzig Jahren, als ich die Ämter übernommen habe, Heinz Kühn oder Werner Figgen kopiert habe, so wenig werden die beiden meine Amtsführung nachahmen. Mir ist wichtig, daß mit diesem Wechsel deutlich wird: Die nordrhein-westfälische SPD hat an ihrer Spitze Menschen mit verschiedenen Talenten, mit verschiedenen Temperamenten und mit jeweils eigenen Akzenten. Das ist ein großes Potential zum Nutzen unseres Landes. Zusammenfinden, zusammenführen und beieinander bleiben, das allerdings sollte bleiben. Denn das sind die Quellen, aus denen wir auch in Zukunft unsere Kraft schöpfen müssen und werden.

Nordrhein-Westfalen ist ja im Bewußtsein vieler Menschen sozialdemokratisches Stammland. Das ist ein Irrtum, das war nicht immer so, vor allem nicht in den beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg. Daß Nordrhein-Westfalen so etwas wie sozialdemokratisches Stammland geworden ist, das ist das Ergebnis beharrlicher Arbeit in fünf Jahrzehnten für die Menschen in unserem Land, und diese Arbeit haben viele, viele Tausende gemeinsam getan und manche von denen sitzen zum Glück heute hier. Ich danke Euch, daß Ihr zu diesem Parteitag gekommen seid.

Beharrliche Arbeit, persönliches Beispiel, Vertrauen werben für die Sache der Sozialdemokratie, das ist unser Auftrag. Damit schaffen wir eine Basis, die immer wieder gefestigt und erneuert werden muß. Das waren Abgeordnete und Minister, Ratsmitglieder und Bürgermeisterinnen. Das waren aber über all die Jahre, und ich werde nicht müde es zu sagen, vor allem Tausende und Abertausende, deren Name war nie auf einem Plakat, deren Bild war nie auf einem Flugblatt, aber die haben die Plakate geklebt und die Flugblätter herumgebracht. Die sind es, denen wir zu danken haben.

Die Kraft der SPD, Marlies Smeets hat zu Recht darauf hingewiesen, kommt aus den Städten und Gemeinden. Das ist die Basis unseres Erfolges bei den Wahlen zum Landtag zum Europäischen Parlament, zum Bundestag. Wir haben diese kommunale Basis in diesen 21 Jahren kräftig ausgebaut. Wer hätte denn vor zwanzig Jahren zu hoffen gewagt, daß in den Rathäusern von Aachen, von Bonn und Münster Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen den Ton angeben? Zwei davon sind Bischofsstädte. Und darum sage ich mit Blick auf Gladbeck und Mülheim: Die Bielefelder haben gezeigt, man kann nach einer Niederlage auch wieder gewinnen.

Die SPD ist eine Mitgliederpartei. Das muß sie auch bleiben. Aber sie ist eine Mitgliederpartei im Wandel. Weil sie mitten in unserer Gesellschaft steht, muß sie sich mit ihr wandeln, wenn wir weiter erfolgreich sein wollen. Daß kleine und mittlere Unterneh-

men bedeutender werden als früher, hat sich längst herumgesprochen. Aber wo finden wir es in der Struktur unserer Partei und unserer Gewerkschaftsarbeit? Ich kenne moderne Unternehmen, die haben einen ganz niedrigen Krankenstand, aber der Organisationsgrad ist noch niedriger als der Krankenstand. Da stimmt etwas nicht. Es ist ein großer Unterschied, ob 15.000 Arbeitnehmer in einem Unternehmen arbeiten, oder 15.000 in 200 Unternehmen. Da müssen wir uns anpassen, da müssen wir Veränderungen vornehmen. Die Gewerkschaften spüren das noch stärker als wir. Die neuen Wirklichkeiten verlangen oft neue Formen in der Parteiarbeit. Wir haben es mit der Projektarbeit statt der Kommissionen anzufangen versucht. Aber da haben wir noch erheblichen Nachholbedarf.

Die Lebensgewohnheiten der Menschen haben sich gewaltig verändert. Dem müssen wir Rechnung tragen, auch im öffentlichen Erscheinungsbild. Oskar, dem ich nicht nur für seine Rede, sondern auch für seine bewährte Freundschaft herzlich danke, hat soeben davon gesprochen, daß das auch gilt für die Werbung, für die Gestaltung von Parteitagen, für Öffentlichkeitsarbeit. Öffentliche Bilder, Eindrücke, Inszenierungen gewinnen an Bedeutung, aber schon vor zwanzig Jahren spielten die Medien im Wahlkampf eine große Rolle. Die richtigen Inhalte werden doch nicht dadurch falsch, daß sie gut präsentiert werden. Die Hauptsache ist, daß Präsentation und Inhalt übereinstimmen. Daß man tut, was man sagt und sagt, was man tut.

Aber so gut Medienarbeit auch sein muß und hoffentlich ist, ersetzen kann sie nicht das Gespräch über Politik, den Austausch von Argumenten und Meinungen, das Werben um Zustimmung und Vertrauen, die persönliche Begegnung. Ich habe immer wieder gesagt, auch wenn ich gelesen habe, ich hätte meine Reden nicht vorlesen dürfen: Wichtiger als Rednerschulen sind Zuhörerseminare - auch für Politiker.

Wir haben wie andere Großorganisationen Schwierigkeiten, Mitglieder zu halten und neue zu gewinnen, denn offenbar nimmt die Bereitschaft der Menschen zu dauerhaftem Engagement ab, jedenfalls in den letzten zwei Jahrzehnten. Auch die Strukturen haben sich verändert, und wir müssen das beachten.

1977, als ich mein Amt übernahm, waren 19 Prozent unserer Mitglieder unter 30. Heute sind es 6,5 Prozent. Das ist ein Warnzeichen. Damals waren 20,8 Prozent 60 und älter, so wie ich. Heute sind es fast 30 Prozent. Ich finde erfreulich, - es gibt auch das, - daß mehr Frauen mit dabei sind. Damals waren es 21,7 Prozent bundesweit. Heute sind es 28,7 Prozent, in Nordrhein-Westfalen sogar 30,8 Prozent. Ganz so schlecht können wir es

nicht gemacht haben. Das ist noch zu wenig, aber die Veränderung geht in die richtige Richtung.

Ich habe diese Zahlen genannt, weil ich glaube, als Abschied nehmender Landesvorsitzender auch sagen zu sollen, welche Aufgaben nach meiner Überzeugung vor uns liegen: Erneuerung der SPD als Mitgliederpartei, interessanter werden für junge Männer und junge Frauen.

Es gibt viele Gründe und es gibt viele Wege, auch viele Zufälle, daß Menschen Interesse an Politik entwickeln. Ich bin durch Gustav Heinemann in die Politik gekommen, dem ich am zweiten Pfingsttag 1950 zum ersten Mal begegnet bin. Ich war damals 19. Damals hat die Kampagne um die Wiederbewaffnung uns alle sehr beschäftigt. Es ging darum, ob Deutschland fünf Jahre nach dem Krieg wieder Soldaten haben sollte und es ging um die deutsche Einheit. Das hat mich in die Politik gebracht.

Heute stehen 19jährige mit anderen Fragen vor uns: Finde ich einen Ausbildungsplatz? Wo stehe ich nach der Ausbildung? Im Betrieb, im Büro oder auf der Straße? Was kann man tun, damit Gewalt und Kriminalität, damit Fremdenhaß und Brutalität nicht immer stärker den Alltag bestimmen? Was muß geschehen, damit auch für meine Generation, so fragen die 19jährigen, eine intakte Umwelt bewahrt wird? Wie können Armut, Hunger und Elend in der Welt überwunden werden? Das sind Fragen, die junge Menschen heute stellen, und das sind Fragen, die sie auch an uns stellen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen, eben nicht belehrend, sondern zuhörend: nicht indem wir das Blaue vom Himmel versprechen, sondern ehrlich und redlich. Wir müssen glaubwürdig sein. Wir müssen das tun, was wir auf Parteitag beschließen, und wir dürfen auf Parteitag auch nur das beschließen, was wir auch tun können und tun wollen. Dann gewinnen wir wieder mehr junge Menschen.

Wir müssen diesen jungen Menschen sagen: Es lohnt sich, sich einzumischen in die eigenen Angelegenheiten. Politik ist zu wichtig, als daß wir sie allein den Berufspolitikern überlassen dürfen.

Die Voraussetzungen zum Einmischen, zum Mitmachen, sind in unserer nordrhein-westfälischen SPD nicht schlecht. Das hat auch zu tun mit unserer organisatorischen Stärke.

Bei Parteitag kommen Organisationsfragen oft zu kurz, aber ein paar Bemerkungen will ich machen. Wir sind der größte Landesverband. 29 Prozent aller Sozialdemokraten sind in Nordrhein-Westfalen organisiert. Wir haben 1.839 Ortsvereine mit durchschnittlich 123 Mitgliedern. Im Bundesdurchschnitt sind es 62.

Die Zahlen zeigen: Die SPD in unserem Land ist stark, sie ist wohlorganisiert und sie ist schlagkräftig. Das haben wir viele Jahre lang aufgebaut und ausgebaut. Darauf können wir alle stolz sein, und dafür möchte ich hier einmal allen Hauptamtlichen danken: den 54 in den Geschäftsstellen, den Landesgeschäftsführern von Arthur Ebker bis Uli Wehrhöfer und denen, die ihnen in den Büros helfen. Die werden so wenig erwähnt und die tragen doch die Hauptlast der Arbeit. Herzlichen Dank, lieber Uli Wehrhöfer.

Ich will aus meinem Herzen keine Mördergrube machen und darum sage ich: Dieser Tag heute ist für mich ein tiefer Einschnitt. Schon zu Beginn der Koalition wußten alle in der Führung der Landespartei, daß ich nicht die ganze Wahlperiode Ministerpräsident bleiben wollte. Ich habe dann im Frühsommer 1996 sicher einen Fehler gemacht, durch eine launig gemeinte Antwort auf eine Journalistenfrage Spekulationen Nahrung zu geben. Die Sache ist dadurch nicht besser geworden, daß danach andere glaubten, sie sollten sich meinen Kopf zerbrechen. Ich sage das ganz freimütig, es gab manche Äußerung, die habe ich nicht nur für unpassend gehalten. Manche hat mich auch verletzt. Ich wollte das heute nicht verschweigen.

Aber als ich darüber nachdachte, was ich Euch heute sagen will, da sind mir viele Bilder und Gedanken aus den über zwanzig Jahren durch den Kopf gegangen. Dabei habe ich die Erfahrung gemacht, daß es die bedrückenden, manchmal die schlimmen Ereignisse sind, die sich tief in mein Gedächtnis eingegraben haben und an die ich mich zuerst erinnere.

Ich denke an den beispiellosen Kampf der Arbeiter von Rheinhausen um ihre Arbeitsplätze und an die begrenzten Möglichkeiten der Politik, ihnen zu helfen. Ich denke an das Attentat auf Oskar Lafontaine in der Mülheimer Stadthalle in Köln, im Frühjahr 1990. Ich stand direkt daneben, und die Frau sagte später: Eigentlich wollte ich den Rau töten, der stand aber so ungeschickt. Ich denke an den Mord an Detlev-Karsten Rohwedder, von dem wir bis heute nicht wissen, wer dahinter steckte. Ich denke an den Brandanschlag in Solingen, der mich daran zweifeln ließ, welchen Sinn es hat, Politik zu machen. Wenn Frau Genc nicht gewesen wäre und die vielen Gespräche, - ich werde sie nächste Woche sehen - dann hätte ich damals aufgehört.

Solche Ereignisse reißen uns unvorbereitet aus dem Alltag, den man ja doch für berechenbar halten muß. Das mag auch daran liegen, daß einem dadurch die Grenzen der eigenen Möglichkeiten aufgezeigt werden.

Die positiven Erlebnisse in der Politik sind schwerer faßbar, sie sind oft nicht an einem bestimmten Ereignis festzumachen. Erfolge sind ja häufig das Ergebnis von Entwicklungen, die lange vorher angestoßen und in Gang gesetzt worden sind. Aber natürlich gab es auch schöne Ereignisse und beglückende Erlebnisse, die unvergeßlich bleiben.

Zum Beispiel der 11. Mai 1980, als wir in Nordrhein-Westfalen völlig unerwartet und zum ersten Mal die eigene Mehrheit geschafft haben. Und natürlich denke ich an den 9. November 1989, den Tag, an dem die Mauer fiel. Ich war damals mit Wolfgang Clement und vielen anderen am Morgen in Berlin, am Abend in Leipzig. Ich hielt eine Rede im Gewandhaus über nordrhein-westfälische Kulturpolitik und ihre Schwerpunkte und die Capella Coloniensis spielte. Da wurde mir ein Zettel gereicht, - nun kennt man das als Redner, daß man Zettel kriegt: „Bitte kürzer fassen“, oder „Den noch begrüßen“ oder „bitte stark betonen, da Argument schwach“.

Der Zettel, den ich da kriegte, auf dem stand: „Die Mauer ist auf“. Da stand ich da mit meinem Manuskript, das war auf einmal Makulatur. Ich wußte nichts mehr zu sagen, und wir haben dann später im Fernsehen gesehen, was in Berlin geschah und nachdem ich eben gesagt habe, die Sorge um die deutsche Einheit hat mich in die Politik getrieben, könnt Ihr vielleicht verstehen, was da in mir vorging.

Mir gingen andere Ereignisse und Gesichter durch den Kopf. Natürlich denke ich an den Mann, der Jahrzehnte lang nicht nur unsere Landesliste angeführt hat, sondern der nach meiner Überzeugung der größte Sozialdemokrat in der Nachkriegsgeschichte gewesen ist und einer der größten in den 135 Jahren: Willy Brandt. Natürlich denke ich mit besonderer Intensität an die vier Jahre als Regierungschef, in denen auf der Bundesebene Helmut Schmidt der Bundeskanzler war, und wie wir miteinander manches auf den Weg bringen konnten, etwa gemeinsam mit Hans Matthöfer die Ruhr-Konferenz 1997 in Castrop-Rauxel, aber nicht nur das.

Natürlich denke ich an die, die hier meine Weggefährten gewesen sind. Mein erster bildungspolitischer Lehrer Fritz Holthoff oder Herbert Schnoor und Hermann Heinemann, Diether Posser oder Antje Huber, die fünfzehn Jahre meine stellvertretende Vorsitzende war, die heute Geburtstag hat und der wir herzliche Grüße sagen. Ich könnte jetzt viele Namen nennen, ich will es nicht mehr tun, weil jede Auswahl ungerecht ist.

Aber ich denke an Menschen aus Wirtschaft und Gewerkschaften, mit denen mich besondere Vertrauensverhältnisse verbunden haben. Berthold Beitz, Rudolf von Benningsen-Foerder, der nicht mehr lebt, Adolf Schmidt, der heute unser uns ist und den ich herzlich grüße. Ich denke an Partnerschaften. Die mit Israel haben Dov Ben Meir und Heinz Kühn gegründet. Dov Ben Meir ist heute unser gern gesehener Gast. Ich habe versucht, diese Partnerschaft lebendig zu halten und sie über den Rahmen der Partei und der Gewerkschaft hinaus zu vergrößern und zu vertiefen.

Ich denke an unsere Partnerschaft mit Brandenburg seit 1990, in die wir viel investiert haben. Das waren Investitionen, die waren gut für Deutschland und für beide Länder.

Meinen Kindern sage ich manchmal, daß das besonders Schöne an meinem Amt ist, daß man so vielen Menschen begegnet, auch Menschen der Zeitgeschichte; und daß ich mit Breschnew, mit Gorbatschow und mit Jelzin, mit George Bush und mit Ronald Reagan, mit Yitzhak Rabin und Shimon Peres, mit Arafat und mit Nelson Mandela, den ich bewundere, daß ich mit Bruno Kreisky und mit Franz Vranitzky und daß ich mit Wim Kok, unserem Nachbarn, zusammenarbeiten durfte, das alles hat mich reich gemacht.

Aber das Wichtigste waren die Menschen, die Namen und Adresse haben, aber keine Schlagzeile füllen. Das waren die Gespräche, die Briefe, das waren die Situationen, in denen man praktische Hilfe für einzelne leisten konnte.

Liebe Freunde, eine Politik, die auf der Höhe der Zeit ist, darf nicht jede Mode mitmachen. Sie muß auch dann Kurs halten, wenn der Wind des Zeitgeistes einmal besonders heftig bläst, ganz egal aus welcher Richtung. Darum ist es so wichtig, daß der Kurs mit großer Sorgfalt festgelegt wird. Und ich glaube, im Rückblick auf die Politik, die wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hier in Nordrhein-Westfalen geprägt haben, dürfen wir gemeinsam sagen: Wir haben für wichtige Aufgaben den Kurs früh und richtig festgelegt und wir haben ihn dann beharrlich und mit ruhiger Kraft gehalten.

Ich will das an ein paar Beispielen deutlich machen: Seit Sozialdemokraten Verantwortung in Nordrhein-Westfalen tragen, stand für uns das Thema im Vordergrund, das auch in Oskars Rede der Schwerpunkt war: Menschen Arbeit sichern, zu neuen Arbeitsplätzen beitragen und den Strukturwandel aktiv und ohne soziale Brüche gestalten. Ich habe an die Ruhrkonferenz erinnert. Das war eine gewaltige Leistung. Damals habe ich jedenfalls gedacht, das könnte

eine einmalige Kraftanstrengung bleiben. Ich habe mich geirrt: Strukturwandel ist eine Daueraufgabe.

Das Tempo des Wandels ist so hoch, daß wir uns immer wieder klar machen müssen, was in den vergangenen zwanzig Jahren geschafft worden ist - allein in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Vom industriellen Kernland der Bundesrepublik Deutschland sind wir zu einem Land geworden, dessen Industrie weiter leistungsfähig ist, in dem aber Dienstleistungen eine immer größere Rolle spielen. Die Wertschöpfung im Industriebereich ist in den vergangenen zwanzig Jahren um fast zwei Drittel gestiegen und die Zahl der Beschäftigten um fast ein Drittel zurückgegangen. Bei den Dienstleistungen sieht es ganz anders aus. Die wirtschaftliche Leistung ist heute mehr als dreieinhalbmal so hoch wie vor zwanzig Jahren, und die Zahl der Beschäftigten hat sich fast verdoppelt.

Wir wissen, daß wir uns dauernden wirtschaftlichen Veränderungen stellen müssen. Wir haben auch früher als andere erkannt, daß es auf die Kräfte vor Ort ankommt, wenn Wandel gelingen soll. Darum die Regionalkonferenzen, wie zuletzt die in Bergkamen und Gelsenkirchen. Ein besonders erfolgreiches Projekt ist die Internationale Bauausstellung Emscher-Park, eine Werkstatt für Zukunftsgestaltung. Das Ausland beneidet uns um ein solches Projekt. Wir haben da Erfahrungen gemacht, die können wir nutzbar machen.

Wir haben in den letzten Jahren einen deutlichen neuen Schwerpunkt gesetzt auf kleine und mittlere Unternehmen, auf Gründungen, Neugründungen. Im vergangenen Jahr über 10.000 zusätzliche Unternehmen netto im Saldo. Das ist so viel wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

Wir haben mit eine Politik des langen Atems einen tiefgehenden Wandel gestaltet und wir waren hoffentlich immer bereit dazuzulernen. Dieser Wandel hat vielen Menschen große Opfer abverlangt. Das dürft Ihr, liebe Freunde, nie vergessen. Aber die Alternative, vor dem Neuen zurückzuschrecken, sich gegen den Strom des Strukturwandels zu stemmen, hätte zu ungleich schlimmeren Belastungen geführt. So aber konnten wir den Strom des Wandels in neue Bahnen lenken und damit seine Kraft nutzen. Wir haben damit die Grundlage für Modernität und Leistungsfähigkeit unseres Landes gefestigt. Das ist das wichtigste Ergebnis unserer Politik.

Ich will ein zweites Beispiel nennen. Auch das ist mit dem erfolgreichen Strukturwandel verknüpft. Wir haben erkannt: Wirtschaftlicher Erfolg gründet immer stärker auf einem leistungsfähigen System von Bildung, Wissenschaft und Forschung. Es muß die

Menschen zugleich fördern und fordern. Früher mußten viele Menschen aus Nordrhein-Westfalen weggehen, wenn sie studieren wollten. Heute kommen viele zu uns nach Nordrhein-Westfalen, um hier einen Studienplatz zu finden. Wir haben inzwischen die dichteste Hochschul- und Forschungslandschaft Europas. Wir sind kein Entwicklungsland mehr, sondern ein Vorreiter. Darauf bin ich stolz, weil wir nicht weniger, sondern mehr gut qualifizierte Menschen brauchen, wenn wir unseren Reichtum, den kulturellen und den wirtschaftlichen, erhalten und vermehren wollen.

Darum habe ich 1992 die Bildungskommission eingesetzt. Darum geben wir Schulen mehr Spielraum für eigene Entscheidungen, darum fördern wir die verlässliche Grundschule von acht bis eins. Darum schließen wir alle Schulen an die Datenautobahn an, darum gibt es neue Freiräume für die Hochschulen, und darum ist es gut, daß die SPD sagt: Eine von uns geführte Bundesregierung wird die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung in fünf Jahren verdoppeln. Das ist dringend nötig, lieber Oskar; ich bin froh darüber, daß Gerhard Schröder das versprochen hat.

Laßt mich dennoch, auch wenn ich weiß, daß noch ein geselliger Abend kommt, noch ein drittes Feld nennen. Ich meine die Umwelt. Wir haben zu lange ohne Rücksicht auf die Belastbarkeit der Natur gewirtschaftet und gelebt. In unserem dichtbesiedelten Land mit seiner vielfältigen Industrie haben wir die Folgen dieser Sorglosigkeit früherer Jahrhunderte eher gespürt als andere. Es war ja kein Zufall, daß die Vision Willy Brandts von 1961 die Vision vom blauen Himmel über der Ruhr war. Was damals unerreichbar schien und belächelt wurde, ist längst Wirklichkeit.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen früh gelernt: Es führt in die Sackgasse, wenn man wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und gesunde Natur gegeneinander ausspielt. Darum hat die nordrhein-westfälische SPD ab 1979 das Konzept „Arbeit und Umwelt“ in die gesamte SPD getragen. Die Tatsache, daß der Aufschwung der Umweltwirtschaft in Nordrhein-Westfalen angefangen hat, kann diese Erkenntnis nur noch zusätzlich erleichtern. Auch dabei müssen wir Kurs halten. Der ökologische Umbau, liebe Freunde, ist kein Askeseprogramm, er ist ein High-Tech-Projekt.

Ich bin auf etwas anderes besonders stolz. Nordrhein-Westfalen ist vor fünfzig Jahren, vor mehr als fünfzig Jahren durch einen Erlaß der britischen Militärbehörden entstanden. Übrigens: Kurt Schumacher hat in einem Telegramm noch davor gewarnt. Zum Glück hat der Postbote das erst nach der Kabinettsitzung in London ausgeliefert.

Wie lange war von einem Bindestrich-Land die Rede? Wenn man heute Menschen fragt, woher sie kommen, dann sagen sie: Aus aus Nordrhein-Westfalen, gleichgültig, ob aus dem Ruhrgebiet, aus dem Rheinland, aus Ostwestfalen, aus Lippe, aus dem Münsterland oder aus dem schönsten Teil - dem Bergischen. „Wir in Nordrhein-Westfalen“ - das ist kein Slogan mehr, das ist Wirklichkeit und das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß wir in Nordrhein-Westfalen auch weiter gemeinsam vorankommen.

Dazu trägt bei, daß wir eine der bedeutendsten und spannendsten Kulturregionen in Europa sind: Mit Museen und Theatern, mit einer Musikszene in allen Tonarten und mit einem Tanztheater von Weltrang. Das ist längst nicht alles. Dazu gehören bunte Formen der Alltagskultur, früher nannte man die alternativ, das ist längst vorbei. Denkt an die Industriearchitektur. Das paßt zu unserer Politik, die immer schon auf erhaltende Stadterneuerung gesetzt hat. Das schafft mehr Lebensqualität, und ich bin stolz, daß ich dafür etwas tun konnte.

Liebe Freunde, der Kabarettist Jürgen Becker hat kürzlich gesagt: Was, der Rau geht? Dann gibt es ja kein Nordrhein-Westfalen mehr.

Das habe ich gern gehört, aber Recht hat er trotzdem nicht. Mich hat die Arbeit für unser Land manchmal mitgenommen, aber ich nehme das Land doch nicht mit. Wohin auch? Nein, das Land bleibt hier, an Rhein und Ruhr, an Weser und Lippe und Wupper. Andere werden ihm diene. Und wenn es einen Zauderer und Zögerer wie mich verkraftet hat, dann wird es auch aus den Stärken derer, die jetzt kommen, Gewinnziehen.

Was meine berufliche Zukunft angeht, liebe Freunde, was ich da alles lese! Ich habe im Landtag vor Monaten gesagt: Ich tue nichts und ich unterlasse nichts, um irgendein Amt zu behalten oder irgendein Amt zu bekommen, sondern ich tue meine Pflicht und diene diesem Land. Wenn dann Unterstellungen, Verdächtigungen, Vermutungen umgedeutet werden in meine Pläne, Träume, Visionen oder Wünsche, dann mag das hingehen. Aber die Partei sollte da nicht mittun. Wir sollten dem widerstehen, daß das geschieht.

Also, was ich da manchmal lese, das geht einem schon gelegentlich auch an die Nieren. Als ob man etwas tue, um das und das zu erreichen. So habe ich mein Leben nicht verstanden, so will ich es auch nicht verstehen, sondern Aufträge annehmen, wenn sie angeboten werden. Das habe ich bisher getan, und es wird auch eine Zeit geben, in der ist der Auftrag ganz privat und man ist dankbar für das, was man öffentlich bewirken konnte.

Nun heißt erfolgreich sein, auch Irrtümer zu erkennen und daraus zu lernen. Ich will ein Beispiel dafür sagen. Als ich mein Amt antrat, da sprachen wir in Nordrhein-Westfalen noch vom Ausbau der Kernenergie. Kurze Zeit später haben wir gesagt, die Nutzung der Kernenergie könne langfristig nicht ausgeschlossen werden. Das war damals wohl nicht falsch. Aber nach der Katastrophe von Tschernobyl beurteilen auch viele frühere Verfechter dieser Energie die Kernenergie skeptisch und ablehnend. Heute hat Nordrhein-Westfalen den Ausstieg aus der Kernenergie geschafft, als erstes Land, das Kernenergie hatte. Jetzt ist unser Ehrgeiz, bei modernen Energietechniken ganz vorn zu sein, bei Sonne, Wind- und Wasserkraft, beim sparsamen Umgang auch mit fossilen Energien. Das zeigt uns: Vieles, was wir noch vor zwanzig Jahren für richtig und wichtig gehalten haben, hat sich als Irrtum herausgestellt. Damals war es verantwortungsvolle Politik nach bestem Wissen und Gewissen.

Keiner von uns ist frei von Irrtümern und Fehlern, keine Partei, auch unsere Partei nicht, auch ich nicht. Und wo ich jemanden gekränkt habe, da entschuldige ich mich dafür; es ist dann unbewußt geschehen, aber es mag geschehen sein.

Darum ist es wichtig, daß wir nicht bloß auf uns selber blicken, daß wir uns nicht abkapseln, daß wir nicht im eigenen Saft schmoren. Die SPD steht mitten in unserer Gesellschaft, sie ist offen für Vorschläge und Kritik. Wir müssen präsent sein mit unseren Vorstellungen, wir müssen auf Sendung sein. Aber genauso wichtig ist, daß wir die Antennen ausfahren und daß wir auf Empfang schalten.

Wir brauchen den Sachverstand und das Engagement auch derer, die nicht Mitglieder der SPD sind, die aber dazu beitragen wollen. Lob und Unterstützung sind schön, Vorschläge und Kritik sind oft noch wichtiger. Nur im Gespräch mit ganz unterschiedlichen Menschen kann gute Politik für unser Land entstehen. Das hilft übrigens auch, mehr vermeidbare Fehler tatsächlich zu vermeiden.

In der Politik hat nur Erfolg, wer es zustande bringt, daß aus den Erfahrungen der Menschen neue Hoffnung entsteht. Das hat mit Vertrauen zu tun. Und darum werde ich nicht müde zu sagen: Die Menschen haben in Nordrhein-Westfalen die Erfahrung gemacht, daß sie sich auf die SPD verlassen können, daß die SPD in ihrer Seite steht, daß sie Veränderungen nicht ohne und nicht gegen die Menschen in Gang setzt, sondern mit ihnen. Das ist die Erfahrung ständiger Arbeit an vielen Orten, wahrlich nicht nur in der Landespolitik.

Jede Wahl ist ein Vertrauensvorschuß, ist ein in Stimmen gezählter und gezahlter Kredit. Die Menschen wählen eine Partei nicht aus Dankbarkeit für das, was sie getan hat, sondern sie wählen sie, wenn sie den Willen und die Fähigkeit erkennen, in Zukunft das Richtige zu tun - und das auch noch gut.

Wir erleben es nicht nur in Deutschland: Je komplizierter die Dinge werden, um so lauter tönt der Ruf nach einfachen Rezepten. Gegen die schrecklichen Vereinfacher helfen nur ehrliche Antworten. Gegen rechtsextreme Parteien helfen keine Verbote, und der beste Verfassungsschutz kann die politische Auseinandersetzung nicht ersetzen.

Die Rechtsextremisten haben auf alles eine Antwort, aber für nichts eine Lösung: nicht gegen Arbeitslosigkeit und für neue Arbeit, nicht für sozialen Ausgleich und gegen Ausgrenzung, nicht für eine kinderfreundlichere Gesellschaft und gegen familienfeindliche Verhältnisse.

Was die Sicherheit der Menschen, was den Schutz vor Gewalt und Kriminalität angeht, da sind Rechtsextreme nichts anderes als ein Teil des Problems aber kein Teil der Lösung. Wer auf Vorurteile setzt, wer Ängste ausbeutet, der gefährdet das friedliche Zusammenleben in unserem Land.

Das wirksamste Mittel gegen den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien ist eine neue Politik in der Bundesrepublik Deutschland, die Innovation und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Und wer nach Südostasien blickt, der weiß: Eine Politik, die nur noch Aktionäre kennt, bereitet den Boden für Reaktionäre. Wir brauchen eine Politik für Arbeitnehmer.

Ich glaube, daß es in der Bundesrepublik viele Gemeinsamkeiten gibt, auch über Gräben. Deshalb meine ich, wenn wir die politischen Randgruppen mal beiseite lassen, dann gibt es breite Übereinstimmung, daß die Globalisierung keineswegs das Ende der Politik sein muß, weder national noch europäisch, weder regional noch kommunal. Es gibt breite Übereinstimmung, daß wir einen handlungsfähigen Staat brauchen, vielleicht mehr denn je, der die Voraussetzungen schafft für unternehmerisches Handeln und der zugleich dafür sorgt, daß die Dynamik der Marktkräfte nicht zu sozialen Dynamit wird.

Es gibt breite Übereinstimmung, daß sich vieles ändern muß, damit unser Land weiter wirtschaftlich so erfolgreich und sozial so stabil bleibt, wie in den vergangenen Jahrzehnten. Es gibt breite Übereinstimmung, daß die Leistungsfähigkeit, die wirtschaftliche,

unseres Landes mehr denn je von den Menschen abhängt, von ihren Kenntnissen und ihren Fähigkeiten, ihrem Wissen, ihrer Ausbildung, ihrem Engagement, ihrem Einfallsreichtum, ihrer Eigeninitiative und ihrer Teamfähigkeit.

Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder haben das in einem Buch mit dem Titel „Innovationen für Deutschland“ vor kurzem mit vielen Beiträgen dargestellt.

Ich bin sicher, es gibt in Deutschland eine Mehrheit für eine neue Politik. Das zeigen nicht nur die Umfragen. Unsere Aufgabe ist es, aus der gesellschaftlichen Mehrheit eine politische zu machen, eine handlungsfähige Mehrheit im nächsten Bundestag.

Das kann, das wird gelingen, wenn die SPD nicht in Fallen tappt, die die anderen stellen und wenn wir uns nicht selber ein Bein stellen. Eine dieser Fallen wäre ein Lagerwahlkampf: Aus hundertprozentigen Sozialdemokraten 150prozentige zu machen, sich auf die Frage einlassen, ob wir mehr klassische Arbeitnehmer oder mehr Mittelschichten suchen. Wenn wir diese Alternative zulassen, haben wir schon verloren.

Die SPD muß die Partei sein, die allen Menschen offensteht, die sich um den breiten Konsens müht, die Menschen und Interessen weit zusammenführt, Junge und Alte, Bergmann und EDV-Ingenieur, junge Unternehmerin und Sozialarbeiter, Arbeitslose und Beamte, Künstlerin und Mittelständler.

Nur das führt zu der produktiven Spannung, ohne die wir als Partei nicht lebendig und nicht erfolgreich sind. Das Kunststück, die Anstrengung, die wir von uns verlangen müssen, besteht darin, Spannungen auszuhalten und Spannung fruchtbar zu machen: Also Offenheit in der Diskussion und Entschlossenheit und Geschlossenheit im Handeln, Vertrauen in unseren Weg und die Bereitschaft, dazuzulernen, die Fähigkeit, Antworten zu geben und die Fähigkeit, sich in Frage stellen zu lassen. Nur wenn wir das zusammenbringen, haben wir Erfolg, auch bei der Bundestagswahl. Ich will meinen Beitrag dazu leisten. Landauf, landab.

Wer öfter erfolgreich Wahlkampf gemacht hat, für den gibt es keine hoffnungslosen Fälle. Wir fragen keinen danach, warum er beim letzten Mal die CDU oder DIE GRÜNEN gewählt hat. Aber wir wollen, daß sich diese Irrtümer in möglichst vielen Fällen nicht wiederholen. Dazu braucht man ein klares unverwechselbares Profil. Da muß man für einen Neuanfang Wechselwähler überzeugen und die mobilisieren, die uns dann wählen, wenn sie zur Wahl gehen. Ich

weiß nicht, der wievielte Wahlkampf das für mich sein wird, aber ich weiß, das ist einer der wichtigsten.

Heute ist ein Tag, an dem ich Abschied nehme als Landesvorsitzender der SPD und - im Vorgriff - als Ministerpräsident. Nach einer so langen Zeit in diesem Amt fällt das schwer. Ich habe mich mit meinen Möglichkeiten eingebracht und ich habe versucht, Menschen zusammenzubringen; unsere Partei zusammenzuhalten und so unser Land voranzubringen. Manchmal ist mir das nicht gelungen. Aber aufs Ganze gesehen bin ich nicht unzufrieden.

Ich habe heute viel Schönes und Gutes über mich gehört. Manchmal war ich unsicher, ob ich gemeint war. Getreu dem Satz: Mein Vater wäre stolz gewesen und meine Mutter hätte es geglaubt.

Meine Erfahrung sagt mir: Einzelne Personen können den Stil und die Form der Politik schon prägen. Aber das Ziel und die Richtung der Politik, das ist eine Aufgabe, die fordert mehr als einen Menschen. Der gemeinsame Erfolg hängt davon ab, ob die Kombination stimmt. Dazu haben viele in den vergangenen Jahren viel beigetragen und darum möchte ich jedem und jeder von Euch und allen Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen für ihren eigenen Beitrag danken.

Am wichtigsten war immer gegenseitiges Vertrauen und darum bitte ich: Laßt das Vertrauen, laßt die Unterstützung, die Solidarität, die ich erfahren durfte, auch Wolfgang Clement und Franz Müntefering spüren. Sagt es nicht nur, sondern bringt diese Unterstützung, diese Solidarität und dieses Vertrauen, und gebt dieses Vertrauen denen, die in der Partei besondere Verantwortung tragen. Das ist gut für unsere Partei, die ja doch den Auftrag hat, den Nutzen des Landes zu mehren und nicht sich selber zu bespiegeln, nicht für sich selber da zu sein, sondern für die Menschen in dem Land, dem ich gern gedient habe.

Glück auf für unser Land!

Stand: 23. Mai 1998

Franz Müntefering

Rede anlässlich

des SPD-Landesparteitages  
Nordrhein-Westfalen  
am 24. Mai 1998 in Düsseldorf

(Es gilt das gesprochene Wort)

Der 23. Mai ist unser Verfassungstag. Am 23.5.1949 wurde das Grundgesetz unterzeichnet. Aber der 23. Mai ist auch in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ein besonderer Tag. Vor 135 Jahren, am 23. Mai 1863 gründete sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, ADAV. Ferdinand Lasalle, sein erster Präsident, schrieb ihm ins Stammbuch, was immer noch gilt:  
Wenn Du etwas anders machen willst auf dieser Welt, etwas besser haben willst, - warte nicht, daß irgendwer sonst das für Dich tut. Fang an.  
Und wenn Du etwas verändern willst, denk dran, - alleine schaffst Du es nicht, gründe Vereine - organisiere Partei, sagen wir heute.

Und das ist seitdem der Impuls sozialdemokratischen Engagements: Dinge verändern, verbessern wollen. Sich nicht abfinden. Den Stern menschlicher machen wollen. Und dies gemeinsam mit anderen.

Dabei haben wir nie an das Paradies auf Erden geglaubt und immer gewußt: Nichts, was erreicht ist, ist sicher, alles muß immer wieder neu gesichert und geschaffen werden.

Nach Erfolgen gibt es auch Niederlagen. Aber eben auch wieder Erfolge.

Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen finden sich nicht ab.

Nicht mit Stillstand und Mutlosigkeit.

Nicht mit Trägheit und Faulheit der Gedanken und des Handelns.

Nicht mit Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeit.

Nicht mit Willkür und Gewalt.

Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ist schlimm für die Betroffenen, für den sozialen Frieden in unserem Land insgesamt. Der Skandal aber ist, daß Kohl und sein System nicht wirklich dagegen kämpfen. Sie lassen das Land im Stich. Ideenlos und selbstgerecht.

Auch deshalb und vor allem deshalb ist der Machtwechsel in Bonn fällig, damit der politische Wechsel möglich wird.

Helmut Kohl hat versagt. Angeblich will er bis zum Jahr 2002 Bundeskanzler bleiben.

Jeder normale Mensch kann das nur als Drohung empfinden. Nötigung, sagen die Juristen, Drohung mit einem empfindlichen Übel. Er redet wie ein Oppositionspolitiker

über all die Dinge, die in diesem Lande von Übel sind. Er hatte 16 Jahre Zeit. Er hat die Menschen oft genug getröstet. Die Vertrauensbasis ist aufgebraucht. Wir nehmen ihn bei

seinem eigenen Wort. In seiner Neujahrsansprache zu 1997 hat er gesagt: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, es darf in Deutschland nicht so weitergehen wie bisher.“

Wo er recht hat, hat er recht.

Uns locken nicht die weichen Sessel in Bonn. Das wird kein Zuckerschlecken. Aber wir wollen die politische Macht, weil wir den Politikwechsel wollen. Wir wollen, daß unser Land eine neue Perspektive bekommt und die Menschen Arbeit. Der Trendwechsel ist möglich.

Unser Programm für den 27.9. hat eine zentrale Botschaft: Das Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Darum geht es: Das Bündnis neu schmieden. Arbeit schaffen und Arbeit sichern. Innovationen in Wirtschaft, in Staat und in der Gesellschaft. Gerechtigkeit garantieren.

Ob es Fortschritt überhaupt gibt, darüber läßt sich trefflich streiten. Nicht alles, was neu ist, ist schon Fortschritt. Aber daß die Anstrengung sich lohnt, da sind wir sicher. Wir haben Zuversicht in die Gestaltbarkeit der Dinge. Und wir sind bereit, uns anzustrengen und verantwortlich umzugehen mit den Chancen, die sich bieten. Und das macht sogar Spaß.

Gestern war wieder der 23. Mai. Johannes Rau hat seinen Abschied vom Amt des Landesvorsitzenden NRW genommen. Deshalb stehe ich nun hier. Ich möchte sein Nachfolger als Landesvorsitzender werden. Ich bin bereit und interessiert. Ich stelle mich der Entscheidung dieses Parteitages.

Drei Dinge liegen mir in dieser Stunde am Herzen und dazu will ich etwas sagen:

Erstens: Johannes Rau.

Wir kennen uns deutlich länger, aber eigentlich nah doch erst seit knapp 6 Jahren. Und diese enge Zusammenarbeit soll ja weitergehen. Jeden Montag im Präsidium und bei anderen Gelegenheiten, die sich finden werden.

Ich war in Duisburg dabei, als Johannes Rau am 25. Juni 1977 zum Landesvorsitzenden gewählt wurde. Mit der Zeit verblaßt die Realität, entstehen Geschichten. Wenn man heute im Kreise derer ist, die damals Delegierte waren, hat man das Gefühl, daß Johannes Rau damals ein Wahlergebnis von knapp 100% gehabt hat. Ich kenne nur ganz wenige, die sich erinnern können, ihn damals nicht gewählt zu haben. Das ist auch erklärlich, denn das war eine gute Entscheidung für unser Land und für unsere Partei. Und Erfolge haben viele Väter. Ich habe ihn damals natürlich auch gewählt.

Mit Johannes Rau arbeiten macht Freude. Er läßt lange Leine und nur ab und zu -um so überraschter - merkt man, daß er alles im Blick hat. Daß er am Detail und am Ganzen gleichermaßen interessiert ist.

Johannes Rau mag die Sprache und reagiert auf sie. Er ist eindeutig mehr Literat als Vorstopper. Das läßt ihn die Untertöne mithören. Und die waren im letzten Jahr manchmal hinterhältig.

Dein Gemüt möchte ich haben, hat er mir dann gesagt.

Man weiß, daß ich ganz und gar kein Literat bin aber von Herzen Vorstopper. Und deshalb sage ich hier auch frank und frei: Es wurde in Düsseldorf zuviel im Hintergrund hinterhältig gequatscht. Damit ist Schluß, hoffe ich. Die einschlägig Medienerfahrenen, die da gezielt ihre Botschaften setzten, besonders focusiert auf montags, sind dringend aufgefordert, den Mund zu halten. Basta!

Vom Freiherr-vom-Stein stammt die Weisheit, daß die Kenntnis der Örtlichkeit die Seele des Dienstes ist.

In diesem Sinne ist Johannes Rau ein treuer Schüler vom-Steins. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es in NRW irgendeine Gemeinde, einen Kreis, einen großen Verband geben könnte, wo Johannes Rau nicht vor Ort gewesen ist. Meistens als Menschenfischer. Was für uns Sozialdemokraten sehr vorteilhaft war und ist. Meistens, wenn er öffentlich spricht, redet er nicht, er erzählt exemplarische kleine Geschichten, die für die große Geschichte der Sozialdemokratie stehen. Wer erzählend redet, der hat es geschafft. Denn der überwindet die Distanz; die Menschen mögen die Erzähler. Und zu erzählen gibt es noch viel.

Ich bin gewiß, Johannes, Du wirst uns weiter begleiten. Und guter Freund bleiben, für unser Land und für die Sozialdemokraten in NRW.

Das Zweite, was mir wichtig ist: Ein Wort zu und an Wolfgang Clement.  
Er hat das Zeug, als Ministerpräsident die Erfolgsgeschichte Nordrhein-Westfalens weiterschreiben. Ich bin sicher, er tut das auch. Ich will dabei helfen, wie viele andere auch.

Die Menschen wissen, daß sich so manches verändert; wir sind in Nordrhein-Westfalen mitten im Wandel. Die Frage ist, ob wir diese Veränderungen geschehen lassen oder ob wir sie gestalten: Wolfgang-Clement hat die Energie, den Willen und den Mut zum Gestalten.

Das Konzept von Innovation und Gerechtigkeit ist seine Sache. Wolfgang Clement war dabei, als wir im letzten Jahr in Bonn diese Idee entwickelt und konkretisiert haben.

Lieber Wolfgang, laß uns ein Bündnis eingehen; zusammen mit Gabi Behler und Heinz Schleußer und allen anderen roten Brüdern und Schwestern in diesem Land sind wir ein starkes Stück Politik und ein gutes Stück Nordrhein-Westfalen.

Glück auf für Dich und für Deine Aufgabe!

Das Dritte, das mir am Herzen liegt heute:

Die SPD in Nordrhein-Westfalen (und darüber hinaus).

Die Parteienforscher sind sich ganz unsicher, was wohl werden wird mit den großen Parteien. Volks-, Mitglieder-, Fraktions-, Funktionärsparteien, Wahlvereine.

Sie mutmaßen, aber sie wissen es nicht.

Ich weiß es natürlich auch nicht, wie 2050 oder schon 2020 die SPD aussehen wird.

Aber ich weiß:

Die Idee der sozialen Demokratie und die Grundwerte der SPD Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit haben Zukunft.

Mehr noch: Die SPD wird dringend gebraucht in dieser Zeit großer Veränderungen.

- Es muß die moderne Arbeitsgesellschaft entwickelt werden.
- Die soziale Marktwirtschaft muß ihre Zukunftsfähigkeit beweisen.
- In der Informations- und Wissensgesellschaft muß die Demokratie neu justiert werden.
- Und je kleiner die Welt, um so wichtiger werden die kleinen Einheiten, die Familien und die Dörfer und Städte.

Dafür muß es Konzepte geben. Und Gleichgesinnte, die sie umsetzen nach den Regeln der Demokratie.

Parteien haben weiter eine wichtige Rolle zu spielen. Je mehr sie mitten in der Gesellschaft stehen, Teil des Volkes sind – Volksparteien sind – um so erfolgreicher werden sie sein. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Partei sein, die mitten in der Bevölkerung lebt, die in die Zeit paßt, die kompetent und erfolgsorientiert ist, die die Menschen abholt bei ihren Problemen und die politisch führt. Wir wollen mitten in der Gesellschaft sein und die Mitte der Gesellschaft, aus der niemand ausgegrenzt wird. Zu dieser Gesellschaft gehören ausdrücklich auch die, die Minderheiten sind, die ausländische Pässe haben zum Beispiel. Liberalität hat in der SPD ein gutes Zuhause.

Willy Brandt war auch ein großer Liberaler. Johannes Rau ist einer. Diese Liberalität hat allerdings wenig zu tun mit der Philosophie des Ellenbogens, wie sie von denen propagiert wird, die sich heute offiziell Liberale nennen.

Sie gründet vielmehr auf der Freiheit des Einzelnen, auch auf Eigenverantwortung. Eigenverantwortung steht am Anfang sozialdemokratischer Politik. Sie ist Synonym für die Freiheit und die Würde des Einzelnen. Ja, jeder ist zunächst einmal für sich selbst verantwortlich. Aber diese Maxime trägt nur, wenn sie ihrerseits getragen ist von einer solidarischen Gesellschaft. Und da ist aktuell Vorsicht geboten. Der 18-Jährige ist eigenverantwortlich. Aber wenn er keine Chance hat auf Ausbildung und keinen Arbeitsplatz, dann ist es zynisch ihn auf sich selbst zu verweisen. Die 45-Jährige ist eigenverantwortlich: Aber wenn sie keinen Job bekommt, weil sie „zu alt“ ist, dann ist es zynisch, sie auf sich selbst zu verweisen.

Manche von denen, die im Lande Eigenverantwortung predigen, haben die solidarische Gesellschaft abgeschrieben. Aber das ist falsch.

Wie es falsch ist, den Staat nicht nur schlank zu machen, sondern ihn verhungern zu lassen. Und das wollen einige.

Aber nur wirklich reiche Menschen können sich einen wirklich armen Staat leisten. Die anderen sind darauf angewiesen, daß die Gemeinschaft aller - und das ist Staat - Rahmenbedingungen setzt, die eigenverantwortliches Handeln möglich machen. Kindergärten, Jugendheime, Altenheime, Kultureinrichtungen, Infrastruktur und und.

Ich höre mit Sorge, daß andere Prioritäten drastische Einschnitte in der Jugendarbeit erfordern. Das ist nicht gut. Jugend braucht Leitplanken. Und klar ist auch: Offene Jugendarbeit und Jugendheime sind allemal billiger als Jugendstrafvollzugsanstalten. Letztlich geht es um die Richtung. Setzt sich die Philosophie der Westerswelles durch, die heißt: Wenn jeder von uns jeden Tag an sich selbst denkt, ist an alle gedacht. Oder halten wir fest an der Idee der solidarischen Gesellschaft. Für Sozialdemokraten kann es da keinen Zweifel geben.

Die Modernisierung der Mitglieder- und Volkspartei ist in vollem Gange, wir in NRW wollen dabei an der Spitze der Bewegung sein.

Daß das Herz der SPD im Ruhrgebiet, in NRW schlägt, das soll weiter gelten. Auch wenn der Marsch von Bonn nach Berlin bald beginnt und NRW der Westen Deutschlands wird, wollen wir das Herzstück der deutschen Sozialdemokratie bleiben. Sozial, aber nicht sentimental. Modern, aber nicht modernistisch. Überzeugt, aber nicht ideologisch. Und wir werden nicht aus den Augen verlieren, daß Politik nicht das wichtigste ist und Partei auch nicht. Sie haben zu dienen. Den Menschen nämlich. Eine Politik, die nicht den Menschen dient, kann nicht unsere Sache sein. Willy Brandt sagte: „Sie kann uns gestohlen bleiben.“

Partei ist Kitt dieser Gesellschaft. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Sie hat wie Vereine und Gruppen, wie Verbände und Organisationen und Initiativen die Aufgabe, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu sichern. Dieser Kitt ist besser als sein Ruf. Es gibt in unserer Gesellschaft diesen Zusammenhalt. Ob man nun an AWO denkt, an Caritas, Innere Mission und Hospizbewegung, an Freiwillige Feuerwehr, Nachbarschafts- und Kulturvereine, an Freundeskreise und Selbsthilfegruppen. Sie sind der Kitt.

Sie alle haben immer wieder Dank verdient. Die in den Sportvereinen, die die Jugendabteilung leiten und organisieren, die Zeit und Geld investieren, tun für die Integration der Kinder - gerade auch der ausländischen Kinder, mehr als die, die nur schön darüber reden.

Partei muß offen sein. Die Tendenz zur geschlossenen Gesellschaft ist immer noch zu groß bei uns. Der Erfolg der Parteiarbeit mißt sich am Vertrauen der Menschen, das wir gewinnen können, und daran, was wir politisch durchsetzen. Partei darf nie im Stillstand sein. Wir sind es nicht, aber wir können neue Impulse gebrauchen. Der Parteitag in Duisburg hat in die richtige Richtung gewiesen und dem Zusammenhalt von Bezirken und Landesverband Rückenwind gegeben. Wir sind auf gutem Wege.

Partei muß verlässlich sein. Gegenüber den Menschen. Auch in Koalitionen. Die Wähler haben uns 1995 eine Koalition beschert, die wir uns nicht gewünscht haben. Aber nun gibt es sie bis 2000. Und alle Beteiligten müssen sich darauf verlassen können, daß gilt, was vereinbart ist. Die Maxime politischen Handelns richtet sich auf das Machbare, nicht auf das Wünschbare.

Die Grünen sollen wissen, daß auch mit Clement und Müntefering gilt, was mit Johannes Rau vereinbart ist. Wir sind eine verlässliche Partei.

Partei muß dialog- und kompromißfähig sein. Ohne dies kann Demokratie nicht gelingen. Sich seiner Sache sicher sein, aber doch zuhören und nicht ausschließen, daß der andere vielleicht etwas denkt oder weiß, daß einem bisher selbst entgangen ist. Und auf der Grundlage des Dialogs fähig sein zum Kompromiß. Der Kompromiß ist nicht von Natur aus faul. Richtig ist, es gibt faule Kompromisse, aber es gibt auch faule Kompromißlosigkeit. Wir wollen den Konsens in dieser Gesellschaft. Die politischen Gegner sind nicht unsere Feinde. Wir streiten mit ihnen. Aber wir leben auch mit ihnen. Und überwiegend sogar gerne.

Partei muß verantwortlich handeln können. Deshalb wird der Geschäftsführende Landesvorstand zusätzliches Gewicht bekommen müssen. Ich werde den Landesvorstand bitten, ein Präsidium einzusetzen, das regelmäßig berät und zu dem neben dem Vorsitzenden, den Stellvertretern und der Schatzmeisterin drei weitere Landesvorstandsmitglieder gehören. So wollen wir starten und sehen, was in der Praxis sich im weiteren ergibt. Ich weiß, der Landesverband lebt in geordneten Verhältnissen. Das ist gut so und dafür sage ich Dank an Johannes Rau und an die, die gerade in den letzten Jahren ihren Teil dazu beigetragen haben.

Partei muß selbstbewußt sein. Wir machen auch Fehler, gewiß. Aber wer sich bemüht, auch wenn er Fehler macht, ist tausend mal gerechtfertigter als der, der auf der Tribüne sitzt und sich nur das Maul zerreißt. Es reicht nun mit dieser larmoyanten Politikschelte. Die demokratischen Parteien - alle - haben allen Grund, außer selbstkritisch auch selbstbewußt zu sein und ein bißchen stolz auf das, was wir in diesem Land erreicht haben und in der Zukunft fortentwickeln wollen.

Partei darf sich nicht ausruhen. Wir wissen, daß nichts sicher ist, was erreicht wurde. Nicht der Wohlstand, nicht die Gerechtigkeit, nicht die Arbeitnehmerrechte, nicht die Demokratie.

Partei darf nicht leichtsinnig, aber sie muß mutig sein. Manchmal türmen sich die Probleme, und das berühmte Licht am Ende des Tunnels ist keineswegs immer schon zu sehen, wenn man gleichwohl schon handeln muß. Trotzdem müssen wir zuversichtlich sein. In der Stadt Heinrich Heines kann vielleicht er uns den richtigen Rat geben: Schläge die Trommel und fürchte dich nicht.

Die nächsten Schritte sind immer die wichtigsten: Wahlkampf Europa, Kommunalwahlkampf 99, Landtagswahl 2000.

Aber nun zuerst der allernächste Schritt: Die Bundestagswahl. Wenn der gelingt, wird das gut sein für die drei Wahlen danach. In der Umfrage bei den Unions-Mitgliedern waren dort 40% der Mitglieder der Meinung, Ende 98 werde der Bundeskanzler Helmut Kohl heißen. 55% tippten aber auf Gerhard Schröder. Sie hatten recht. Deutlicher kann man gar nicht sagen, wie die Stimmung im Lande ist.

Gerhard Schröder, unser-Kanzlerkandidat, paßt in diese Zeit. Er hat Wahlen gewonnen und Vertrauen und wird am 27.9. wieder eine Wahl gewinnen. Weil die Menschen sehen: Gerhard Schröder ist der, der für Innovation und Gerechtigkeit gleichermaßen steht. Für den Mut zum Neuen. Für soziale Gerechtigkeit, denn sie die Basis für sozialen Frieden. Die Mehrheit der Menschen wünscht sich, daß der als Bundeskanzler unseres Landes ins nächste Jahrhundert führt.

Unser Wahlprogramm gibt Antworten auf die Fragen dieser Zeit. Und wir organisieren einen Wahlkampf, der auf der Höhe der Zeit ist. Helmut Kohl hat einen harten Wahlkampf angekündigt. Den kann er haben. Die andere Wange wird nicht hingehalten. Aber wir bleiben fair. Auch weil es sich lohnt.

Wir wollen auch weiter Spaß am Wahlkampf haben. Denn Spaß gibt Kraft und ist sympathisch. Da wird uns noch einiges einfallen. Zum Beispiel in der Linie unserer Filmplakate, die wir Kohl und Waigel gewidmet haben: „Wem die Stunde schlägt“ und „Vom Wähler verschmäht“. Casablanca bietet sich noch an.

Drei Dinge bleiben in all dem Wichtigen der nächsten Monate das Wichtigste:

Stammwähler mobilisieren.

Geschlossenheit.

Richtung halten, Innovation und Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und solidarische Gesellschaft.

Wir werden in NRW unseren Teil beitragen zum Wahlsieg. Das Ziel ist klar: Stärkste Partei, stärkste Fraktion, Gerhard Schröder wird Bundeskanzler. Der Politikwechsel im Bund beginnt.

Wir können uns aufeinander verlassen, liebe Genossinnen und Genossen. Ihr habt mein Vertrauen. Ich bitte um Eures.

Außerordentlicher Landesparteitag der NRW-SPD  
23./24. Mai 1998 - Stadthalle Düsseldorf

---

Wolfgang Clement

Rede am 24. Mai 1998

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,  
Genossinnen und Genossen,

natürlich möchte ich zunächst Franz Müntefering zu diesem unglaublichen Wahlergebnis gratulieren. Es ist ein geradezu bedrückend gutes Wahlergebnis.

Ich finde, Franz hat es wieder einmal geschafft, Freude zu machen und Lust auf die Zusammenarbeit. Du weißt, Franz, daß Du Dich auf mich verlassen kannst, wie auch ich mich auf Dich verlasse. Ich denke, es ist klar unser Ziel, unser gemeinsames Ziel, unser Land und unsere Partei ganz nach vorne zu bringen. Jeder wird das mit seinen Talenten tun. Jeder wird das mit seinen Erfahrungen tun, und jeder mit seinen Stärken.

Ich denke, Genossinnen und Genossen, es ist in den letzten Tagen klar geworden, daß Franz und ich hier im Land gemeinsam, wenn auch nicht im gleichen Ring, kämpfen werden. Jedenfalls immer gemeinsam. Ich habe immer überlegt, Franz, welcher Filmtitel einem einfallen könnte zu dieser gemeinsamen Arbeit, da ich ja Deine Liebe zu Filmtiteln kenne. Zuerst habe ich gedacht an: „Schau mir in die Augen, Du Sauerländer“. Aber noch besser finde ich: „Vier Fäuste für ein Hallelujah“...

Dieses Hallelujah wollen wir dann am Abend des 27. September gemeinsam anstimmen, Genossinnen und Genossen.

Wir haben, Franz hat daran erinnert, vor einem Jahr von hier aus, aus dem Congress Center in Düsseldorf, mit unserem Innovationskongreß den Endspurt auf Bonn begonnen.

Auf diesem Kongreß vor einem Jahr haben wir, mit Gerhard Schröder an der Spitze, deutlich gemacht, daß unser Land ohne Innovation und Gerechtigkeit unser Land keine gute Zukunft haben wird.

Ich habe den Eindruck, und ich bin überzeugt, wie viele andere auch, daß vielen Menschen in unserem Land seither klarer geworden ist als bis dato, daß diese Bundesregierung die Kraft für Innovation und Gerechtigkeit nicht hat.

Diese Bundesregierung ist ausgebrannt.

Viele Menschen sagen heute in einer großer Mehrheit:  
Wir haben verstanden, daß die SPD es ernst meint.  
Wir haben verstanden, daß die Sozialdemokraten die verbrauchte Koalition in Bonn ab-  
lösen müssen, um weiteren Schaden von unserem Land abzuwehren.

Darum geht es. Dieses Vertrauen macht Mut und muß uns bestärken für die Wochen und  
Monate die jetzt noch vor uns liegen.

Ich werbe und, wo es not tut, streite ich auch für die Grundwerte und Ziele unserer Partei,  
seit ich politisch laufen gelernt habe.

Nach meiner journalistischen Laufbahn, die ich übrigens immer auch als eine politische  
Aufgabe verstanden habe, seit Beendigung dieser Laufbahn bin ich seit 1981 hauptber-  
uflich in der Politik aktiv.

Ich habe das Ende der sozialliberalen Koalition in Bonn unmittelbar miterlebt.  
Ich habe miterlebt, wie Helmut Kohl Helmut Schmidt den "Kanzler der Arbeitslosigkeit"  
genannt hat.

Ich weiß, Genossinnen und Genossen, wir wissen, wie dieses Land, wie die Bundesrepu-  
blik Deutschland heute dasteht.

Ich weiß, wie Helmut Kohl heute dasteht.

Allerdings weiß ich auch, daß es uns trotz und alledem in 16 Jahren noch nicht gelungen  
ist, ihn vom Platz zu stellen.

Aber seine Zeit ist jetzt um, Genossinnen und Genossen.

Diesmal sind viele - und davon auch viele Meinungsforscher - mit uns überzeugt, daß wir  
die reale Chance haben, im offenen Wettstreit zu gewinnen und die stärkste Kraft in  
Deutschland zu werden.

Darum geht es.

- Ganz einfach und sehr klar:

Wir wollen die Stärksten werden.

Und diesmal müssen wir die Stärksten werden.

Nur so wird der fällige Politikwechsel in Deutschland möglich.

Und das, Genossinnen und Genossen, und das geht nur mit Nordrhein-Westfalen. Das  
geht nur, wenn wir in diesem stärksten Land der Bundesrepublik Deutschland mit voller  
Kraft dafür arbeiten.

Ich weiß aus fast zehnjähriger Erfahrung in der Landesregierung, was es heißt, mit voller  
Kraft für Nordrhein-Westfalen zu arbeiten.

Ich bin ein Sohn dieses Landes

Ich kenne dieses Land, wie man nur seine Heimat kennt.

Es gibt keinen Winkel in unserem Land, in dem ich mich nicht zuhause fühle, in dem ich  
nicht schon gelebt, gewohnt, gearbeitet und studiert habe.

Sehr viele der 18 Millionen Menschen, die hier bei uns leben, kommen von außerhalb Nordrhein-Westfalens. Unser Land ist Treffpunkt, unser Land ist Orientierungspunkt für viele aus allen deutschen Ländern, für unsere europäischen Nachbarn und weit darüber hinaus.

Unser Land ist und wird noch stärker das Zentrum in Deutschland, das Zentrum im Westen. Und wir werden, wir dürfen, Genossinnen und Genossen, die Europapolitik doch nicht den Bayern überlassen! Wir sind, wir hier in Nordrhein-Westfalen sind die stärkste Kraft im Westen der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind aus täglicher Erfahrung die Brücke nach Brüssel und die Brücke nach Europa! Das werden wir in unserer Politik zum Ausdruck bringen.

Wir sind ein Land, ein offenes Land, in das die Menschen aus allen Himmelsrichtungen gekommen sind und kommen. Wir sind in einem solchen Land wie Nordrhein-Westfalen gradezu verpflichtet zu Internationalität und zu Humanität. Wir sind verpflichtet, uns für sozialen Ausgleich einzusetzen. Wir sind verpflichtet zu Liberalität und zu Toleranz.

Und das sind Werte - es ist oft gesagt worden, seit gestern in ganz besonderer Weise - das sind Werte, für die Johannes Rau steht, solange ich ihn kenne.

Ich bin jetzt seit fast zwei Jahrzehnten mit Johannes Rau eng, sehr eng, freundschaftlich verbunden.

Das hat begonnen, als Hans-Jürgen Wischnewski Ende 1980 als eine Art "headhunter" für Willy Brandt unterwegs war und ich auf die Idee kam, den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen um Rat zu fragen bei ihm zuhause in Katernberg, an der Katernberger Straße.

Es war faszinierend, gemeinsam mit Johannes Rau mit Willy Brandt, mit Helmut Schmidt und mit Herbert Wehner zusammenzuarbeiten.

Es ist faszinierend, mit Johannes Rau zusammenzuarbeiten, dem man - wie seit Willy Brandt niemandem mehr in Deutschland - zutraut und zutrauen kann, das zusammenzuführen, was zusammen gehört. Niemandem seit Willy Brandt ist dies wie ihm, wie Johannes Rau, zuzutrauen.

Für die Strecke, die wir bisher gemeinsam zurückgelegt haben, will ich Johannes Rau heute öffentlich Dank sagen.

Ich habe bei ihm gelernt, was es heißt, dem einzelnen Menschen auch in der Politik gerecht werden zu wollen. Andere und anderes ernst zu nehmen. Auf Ungewohntes zuzugehen.

Ich habe bei ihm erfahren, daß das Florett im politischen Diskurs wirkungsvoller ist als der schwere Säbel. Daß es nicht auf die starken Worte ankommt, sondern darauf, im politischen Wettstreit durch Ideen und durch Überzeugungskraft die Menschen zu gewinnen.

Dabei war mir immer wichtig, Genossinnen und Genossen, durch entsprechende Taten erst gar keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit des eigenen Worts aufkommen zu lassen.

Das hat mir ganz offensichtlich den Ruf des "Machers" eingetragen.  
Offen gesagt: Dieses Klischee trage ich mit großem Vergnügen.

Ich glaube nämlich nicht, daß wir zu viele "Macher" in Deutschland haben. Vermutlich haben wir eher zu wenige, vor allen Dingen zu wenige in der Politik.  
Vermutlich haben wir auch zu wenige "Macher" mit Weitsicht und der Bereitschaft, Mitverantwortung zu tragen.

Beinahe auf den Tag vor 20 Jahren hat Johannes Rau auf dem SPD-Parteitag, der ihn als Kandidaten für die Nachfolge von Ministerpräsident Heinz Kühn nominierte, über seinen Vorgänger und sich gesagt (und Johannes hat gestern daran erinnert):

*"Er wird einen Nachfolger haben, aber dieser Nachfolger kann und will kein Nachahmer sein."*

Das galt für das Verhältnis von Johannes Rau zu Heinz Kühn. Das gilt heute ebenso für mich. Ich werde wie er, wie er es gestern abend unterstrichen hat, meine eigenen Akzente setzen.

Die Menschen messen Versprechen an Taten.  
Das ist - sehr schlicht - das Problem von Helmut Kohl.

Seit 1982 hat die Regierung Kohl vor jeder Wahl weniger Arbeitslose, niedrigere Steuern und Abgaben und einen Abbau der Staatsschulden versprochen.  
Und seit 1982 hat es nach jeder Wahl einen Offenbarungseid gegeben, ein ums andere Mal, sind die Wählerinnen und Wähler getäuscht worden.

Im Ergebnis haben wir heute die höchste Steuer- und Abgabenbelastung, die höchste Arbeitslosigkeit und eine schwindelerregend hohe Staatsverschuldung in Deutschland.

Deshalb ist die Regierung Kohl out. Ihre Zeit ist um.

Weil das so ist, Genossinnen und Genossen, und weil viele Menschen in Deutschland wissen oder ahnen oder spüren, daß die Zeit Helmut Kohls und seiner Regierung um ist, deshalb sage ich:

Geben wir ihnen jetzt keine Vorlage und keine Chance mehr für billige Ausflüchte und polemische Mätzchen!

Das gilt auch für uns hier in Düsseldorf, für uns Sozialdemokraten genauso wie für Bündnis 90/ Die Grünen, unseren Koalitionspartner.

Unsere Koalition hat keinerlei Grund, sich zu verstecken. Und Genossinnen und Genossen, unser Problem ist wahrhaftig nicht, daß wir irgend jemandem zuviel versprochen hätten.

Unser Problem ist allenfalls, daß wir in den öffentlichen Streit verliert scheinen.  
Wir sollten, bei aller Neigung zum Streit in dieser Koalition, gelegentlich auch deutlich machen, was wir gemeinsam für unser Land zuwege gebracht haben und zuwege bringen werden.

Wir haben einen Koalitionsvertrag. Wir haben eine Regierungserklärung von Johannes Rau. Das war bisher und das ist natürlich auch künftig die Grundlage meiner künftigen Arbeit.

Ich will die Zusammenarbeit in der Koalition fortsetzen:  
offen, fair, aufgaben- und ergebnisorientiert.

Die Menschen in unserem Land erwarten politische Führung und klare Entscheidungen.

Die Menschen hier haben ein besonders feines Gespür für Zuverlässigkeit. Und sie haben, so glaube ich, dieses Gespür für Zuverlässigkeit, weil sie dieses Land mit harter Arbeit, mit ehrlicher Arbeit nach vorn gebracht haben.

Und ich denke, die Menschen wollen, daß das so bleibt, daß wir vorn bleiben. Modern und gerecht. Die Menschen hier wollen keine radikalen Brüche. Aber sie wollen konsequente Veränderungen, weil sie wissen, daß es so wie bisher nicht weitergehen wird.

Die Zeit des "Weiter so" ist vorbei!

Mit Helmut Kohl werden wir auch das „Weiter so“ in den politischen Ruhestand schicken!

Kontinuität und Erneuerung - das ist es, worauf es in diesen Zeiten des Wandels, der ungeheuren Geschwindigkeit, mit der sich unsere Welt ändert, ankommt.

Wandel und Veränderung gehen alle Bürgerinnen und Bürger an: Kaum ein Lebensbereich wird davon ausgenommen bleiben.  
Das wissen die Menschen.

Und sie wissen auch, daß es nicht einfach wird.

Um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen, sind klare, manchmal auch harte Entscheidungen notwendig.

So gilt, Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren, bei allen Erfolgen unserer Politik auch für Nordrhein-Westfalen:

Die Finanzpolitik der Bundesregierung hat nicht nur den Haushalt des Bundes, sondern auch die Haushalte von Ländern und Kommunen an den Rand der Katastrophe gebracht.

Auch das ist eine Folge von 16 Jahren Kohl.

Die finanzpolitischen Handlungsspielräume des Landes sind enger als je zuvor.

Die Zeiten, Genossinnen und Genossen, in denen es mehr Geld für Reformen gab, sind vorbei.

Heute gilt es, neu zu denken und mehr Reformen fürs Geld zustande zu bringen.

Das zwingt uns in dem notwendigen Erneuerungsprozeß, in dem wir uns befinden, zur Konzentration auf das Wesentliche.

Schon im Haushalt 1999 wird es tiefe Einschnitte geben müssen, die viele als schwere Belastung empfinden werden. Das wird nicht ohne Schmerzen abgehen.

Aber es ist unvermeidlich.

Wenn wir dennoch unsere Glaubwürdigkeit im Engagement für Gerechtigkeit behalten wollen, wenn wir diese Glaubwürdigkeit bewahren wollen, dann müssen wir deutlich machen, daß wir bis in die Spitze, bis in die Regierungsarbeit hinein, zur Erneuerung, zur Konzentration auf das Wesentliche und zu spürbaren Einschränkungen fähig und bereit sind.

Auch Staat und Verwaltung müssen zu einem neuen Umgang mit ihren wichtigsten Ressourcen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch den Vermögenswerten des Staates finden.

Ein transparenter und klarer Verwaltungsaufbau, schnellere Genehmigungsverfahren und eine flexible, bürgerfreundliche Aufgabenerledigung dürfen nicht Schlagzeilen bleiben.

Diese Aufgaben stehen jetzt unweigerlich an.

Etliche Kommunen sind uns, dem Land, auf diesen Feldern schon voraus. Ich möchte, daß wir auch auf der Ebene der Landesverwaltung zu weiter reichenden Fortschritten kommen.

Bei diesen Reformen, Genossinnen und Genossen, werden wir deutlich zu machen haben, daß weniger Geld auszugeben nicht weniger Politik und nicht weniger Gestaltung heißen muß.

Viele Menschen verspüren Unbehagen vor Veränderungen, die selbst vor der D-Mark nicht halt gemacht haben und nicht halt machen.

Viele Menschen sehen der Zukunft mit Ängsten und mit Sorgen entgegen. Viele dieser Ängste sind Folge einer Politik, die blühende Versprechungen gemacht hat, aber die wirklichen Sorgen der Menschen vernachlässigt hat.

Für uns Sozialdemokraten heißt das:

Wir müssen den Menschen die Angst vor Veränderungen nehmen.

Unsere Politik ist dazu da, Probleme zu lösen; ohne daß wir versprechen dürften, was wir nicht halten können.

Daß die Möglichkeiten der Politik manchmal überschätzt werden, ist das eine, Genossinnen und Genossen. Daß Politik sich aber um die wirklichen Probleme der Menschen kümmern muß, das ist das andere. Dafür stehen wir Sozialdemokraten ein - als Partei, als Landtagsfraktion unter der Führung von Klaus Matthiesen genauso wie in der Landesregierung.

Daran werden wir alle uns messen lassen.

Und daran wird sich auch unsere Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen messen lassen müssen.

Wir müssen den Menschen in unserem Land durch überzeugende, konkrete Arbeit Selbstvertrauen und Zuversicht vermitteln.

Und wir werden das schaffen !

Wir leben in einem reichen Land.

In vielen Taschen und in vielen Kassen - leider nicht in den öffentlichen Kassen, würde Heinz Schleußer sagen - gibt es keine Not. In vielen privaten Taschen und Kassen gibt es Überfluß.

In einem aber gibt es in Deutschland Mangelerscheinungen:  
nämlich im Bewußtsein für das Miteinander.

In der Bereitschaft, Mitverantwortung für andere zu übernehmen.

In dem, was wir als Sinn für das Gemeinsame, als Gemeinsinn bezeichnen.

Diese Mangelerscheinungen sind vielleicht die schwerste Hypothek, die uns 16 Jahre "geistig-moralischer Wende" beschert haben.

Gemeinsinn und die Bereitschaft, Mitverantwortung zu übernehmen, auch in Verbänden, in Parteien und Vereinen, wie Franz das vorhin beschrieben hat. Die Bereitschaft, Mitverantwortung zu übernehmen, das ist in der Tat, der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält.

Unsere Gesellschaft ist nicht nur auf Rechten aufgebaut.  
Es gehören auch Pflichten dazu.

Ich will, daß alle eine Chance bekommen.

Aber ich erwarte auch, daß andere ihren Teil der Verantwortung übernehmen.

Ich erwarte das von uns - ich erwarte das von allen Seiten unserer Gesellschaft.

Aber ich wende mich heute besonders an die Unternehmensleiter und Manager in unserem Land.

Sie, die Unternehmensleiter und Manager, haben eine große Verantwortung für Ausbildung und Arbeit.

Unterstützen Sie uns dabei, Menschen, vor allem die jungen, von der Straße zu holen und endlich wieder in Arbeit und Brot und Ausbildung zu bringen!

Helfen Sie mit, jeder in seiner Verantwortung, jeder in seinem Unternehmen, ganz konkret und nicht nur unter Verweis auf die Verbändearbeit. Jeder in seinem Unternehmen, jede in ihrem Unternehmen kann etwas tun, junge Leute in Ausbildung zu bringen und Ältere in Arbeitsplätze. Helfen Sie mit, dieses Land weiter nach vorn zu bringen!

Genossinnen und Genossen,  
hinter uns liegen schwierige Jahre.

Wir haben in unserem Land seit 1991 über 500.000 Industriearbeitsplätze verloren, also jeden vierten industriellen Arbeitsplatz.

Zwischenzeitlich waren hier bei uns über 900.000 Menschen arbeitslos. Derzeit sind es rund 870.000.

Allerdings, sprechen die Anzeichen dafür, daß wir auf dem Arbeitsmarkt die Talsohle hinter uns haben.

Der Entlassungsdruck in den Betrieben hat deutlich nachgelassen.

1997 wurden den Arbeitsämtern erstmals wieder über 600.000 offene Stellen gemeldet.

In vielen Branchen - auch hier in Düsseldorf, in der Informatikbranche beispielsweise - werden Fachkräfte schon wieder dringend gesucht.

Doch insgesamt verläuft der Abbau der Arbeitslosigkeit zäh, viel zu zäh! Weil kein politischer Wille dahinter steht!

Trotz Konjunkturaufschwungs ist eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt noch nicht in Sicht.

Helmut Kohl wartet vergebens. Seine Zeit ist um.

Er wird mit seinem eigenen Etikett, mit dem Etikett des "Kanzlers der Arbeitslosigkeit" in die Geschichte eingehen!

Die Arbeitslosigkeit kann nur wirksam bekämpft werden, wenn die europäischen, vor allem aber die bundespolitischen Rahmenbedingungen tiefgreifend geändert werden.

Wenn in Bonn eine andere Politik gemacht wird, eine Politik, die - wie Gerhard Schröder gesagt hat - die Beschäftigungswirksamkeit an die Spitze aller politischen Fragestellungen, an die Spitze aller politischen Aufgaben stellt. Darum geht die Auseinandersetzung bis zum 27. September.

Auch ein so großes, ein so starkes Land wie Nordrhein-Westfalen kann den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht allein gewinnen.

Auch wir sind dazu auf den Politikwechsel in Bonn angewiesen.

Dennoch, Genossinnen und Genossen, wird sich unsere Politik im Lande an der Sicherung und an der Schaffung von Arbeitsplätzen messen lassen.

Daran will auch ich mich messen lassen.

Daran messe ich auch die Arbeit unserer Koalition.

Denn auch wir tragen Mitverantwortung dafür, daß jeder junge Mensch in Nordrhein-Westfalen sicher sein kann, eine Ausbildung zu bekommen.

Daß jeder junge Mensch sicher sein kann, nicht schon vor dem 25. Geburtstag zur Arbeitslosigkeit verdammt zu sein.

Daß auch Ältere erwarten können, nicht in der Konkurrenz um zu wenige Arbeitsplätze auf Dauer aus dem Erwerbsleben gedrängt zu werden.

Das sind unsere Aufgaben. Dafür verspüre ich Mitverantwortung.

Wir tragen Mitverantwortung dafür, dies zu verhindern, dies tiefgreifend zu ändern in Bonn, hier von Düsseldorf aus.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat sich sang- und klanglos von ihrer Verantwortung für Vollbeschäftigung verabschiedet.

Der Bundeskanzler hat ausdrücklich die Zielsetzung zurückgenommen, die ich dem Grunde nach immer noch für richtig halte - nämlich die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren.

Das Ziel wird doch nicht falsch, nur weil die Bundesregierung die Weichen falsch stellt! Es wird allerhöchste Zeit, daß wir sie auf das Abstellgleis schicken und sie aus dem Verkehr ziehen!

Genossinnen und Genossen, unser Kurs stimmt.  
Mein Ziel jedenfalls ist klar, mein allererstes Ziel:

Ich möchte mit anderen zusammen auf der Wegstrecke, die vor mir liegt, helfen, die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen drastisch herunterzubringen.

Dem muß alles andere folgen. Diesem Ziel muß sich alles andere unterordnen. Was sonst könnte wichtiger sein als dieses Ziel?

Genossinnen und Genossen,  
unser Land hat sich von Grund auf gewandelt.

Aus dem klassischen Montanland ist eine industrielle Dienstleistungsgesellschaft geworden, eine moderne Wissensgesellschaft.

Die Industrie im eigentlichen Sinne stellt heute noch ein Drittel unserer Arbeitsplätze. Einige Branchen, wie Textil und Bekleidung, wie der Bergbau oder die Stahlindustrie, haben seit 1980 bis zu 60 Prozent ihrer Arbeitsplätze abgebaut.  
Das war und das ist ein schmerzhafter Prozeß.

Und dennoch:  
Unter dem Strich haben wir in Nordrhein-Westfalen heute fast 220.000 Arbeitsplätze mehr als 1978.

Genossinnen und Genossen,  
nicht trotz des Strukturwandels - wegen des Strukturwandels!  
Nicht trotz der Modernisierung - wegen der Modernisierung ist dies möglich gewesen!

Wer hätte sich 1978 vorstellen können, daß Nordrhein-Westfalen, das klassische Land der Großindustrie, 20 Jahre später Spitzenreiter bei den Unternehmensgründungen werden würde?

Wer hätte sich, Genossinnen und Genossen, 1978 vorstellen können, daß Nordrhein-Westfalen 20 Jahre später ein Zentrum der Gesundheitswissenschaft und der Gesundheitswirtschaft sein würde?  
Wer hätte sich vorstellen können, daß das Rheinland - und das Ruhrgebiet und Westfalen kommen bald hinzu - zu den drei besten Bio- und Gentechnologie-Regionen Deutschlands zählen würde?

Wer hätte 1978 sich vorstellen können, daß zwei Jahrzehnte später in Gelsenkirchen die weltgrößte Solarzellenfabrik gebaut wird ?

Wer hätte geahnt, daß wir in Nordrhein-Westfalen zum "Solar Valley" Europas werden können?

Wer hätte sich 1978 ausgemalt, daß Nordrhein-Westfalen zur "ersten Adresse" für Film, Fernsehen und Kommunikation aufsteigen würde?

Wer hätte sich vorstellen können, daß die Region Köln als Standort für Fernsehproduktionen die traditionellen Zentren München, Hamburg und Berlin überholen würde?

Wer hätte das gedacht, Genossinnen und Genossen?

Durch politischen Willen ist auch in der Wirtschaft etwas zu verändern, etwas zu bewegen, und zwar nach vorne zu bewegen.

Völlig neue Arbeitsplätze sind hier in diesem Land in wenigen Jahren entstanden.

Allein die Medien- und Kommunikationswirtschaft hat seit 1984 über 16 % Arbeitsplätze zugelegt. Die Medien und Kommunikationswirtschaft, Genossinnen und Genossen, zählt heute mit gut 200.000 Arbeitsplätzen zu den größten Branchen unseres Landes.

Etwa um die Jahrtausendwende wird die Kommunikationswirtschaft die stärkste Branche in Nordrhein-Westfalen sein. Vor der Chemie, vor dem Maschinenbau, vor der Automobilindustrie.

Wir haben mit energischer Anstrengung wir Nordrhein-Westfalen zur Hochburg neuer Zukunftsberufe gemacht. Und das ist wichtig. Denn wir setzen nicht etwas auf die grüne Wiese, sondern wir fundieren es, versuchen es zu fundieren mit immensen Qualifikationsanstrengungen.

Auf unser Land entfallen heute etwa 30 Prozent der neuen Ausbildungsplätze für informationstechnologische Berufe in Westdeutschland. 30 Prozent aller Ausbildungsverträge in diesem Bereich der neuen Medieninformationsberufe entfallen auf Nordrhein-Westfalen.

Das sind, Genossinnen und Genossen, Berufe mit exzellenten Arbeitsmarktchancen weit über unser Land hinaus.

Das sind die Fortschritte und Erfolge, auf denen wir aufbauen werden und die uns voranbringen.

Wenn ich über Medienkompetenz spreche - Franz hat das vorhin mit Blick auf die Massenkommunikation getan - wenn ich über Medienkompetenz spreche, dann meine ich damit, daß wir die Menschen, die jungen Leute in unserem Land von Kindesbeinen an vorbereiten müssen auf diese Informations- und Wissensgesellschaft.

Sie werden nämlich keine andere Gesellschaft antreffen.

Und die jungen Leute werden diese Kompetenz erwerben, nicht um sich Tag und Nacht an irgendwelchen Fernsehprogrammen zu ergötzen. Davon brauchen wir nicht mehr, davon werden wir auch nicht mehr viel mehr bekommen. Sondern sie werden diese Kompetenz erwerben, um in ihren Berufen zu bestehen - und zwar von der Kraftfahrzeugbranche bis zur Bürokommunikation. Es gibt keinen Beruf, es gibt keine Branche mehr ohne informations- und kommunikationstechnologische Kenntnisse und Wissen.

Das vermitteln wir den Menschen. Und darauf bin ich stolz, daß wir das geschafft haben. Daß wir hier eben nicht nur ein Standort der Medien- und Kommunikationsindustrie sind, sondern daß hier die Berufe entstehen, die neuen Berufe mit Zukunft, die wirklich auf Dauer durchtragen.

Darauf bin ich stolz. Das sichert die Zukunft dieses Landes.

Wir werden dazu natürlich erreichen müssen, daß jede Schule mit PCs, mit multimedia-fähigen PCs ausgestattet wird und die Schülerinnen und Schüler lernen können, was sie in ihrem Leben erwartet. Und ich empfinde es als einen großen Fortschritt, daß wir es gemeinsam mit der Wirtschaft geschafft haben, vorerst etwa 3000 Schulen mit multimediafähigen PCs auszustatten. Natürlich muß jede Schule in Nordrhein-Westfalen mit mehr als einem PC ausgestattet sein. Das werden wir Schritt für Schritt verwirklichen, weil wir die Zukunft sichern müssen für unsere Kinder.

So konsequent, wie wir unser Land als Medien- und Kommunikationsstandort europaweit in eine führende Rolle gebracht haben, so konsequent, Genossinnen und Genossen, das sage ich ausdrücklich, so industriepolitisch verlässlich, in höchstem Maße verlässlich, werden wir auch in den anderen wichtigsten Zukunftsbranchen agieren.

Genauso konsequent und genauso verlässlich werden wir agieren in der Energiegewinnung, und zwar von der Stein- und der Braunkohle bis zu der Solartechnologie, in der Energieversorgung und in der Kraftwerksmodernisierung.

Genauso konsequent werden wir agieren im Werben um die Chemische Industrie als eine der wichtigsten und innovativen Zukunftsbranchen, die wir haben. Genauso konsequent und verlässlich werden wir agieren im Maschinenbau, in der Mikrosystemtechnik, in der Verkehrstechnik und in der Logistik.

Für ein Land von der Kraft und Vielfalt Nordrhein-Westfalens liegt die Meßlatte natürlich ganz oben. Die Meßlatte liegt sehr hoch.

Wir werden nicht Erfolg haben, wenn wir uns darüber nicht immer klar sind.

Unser Ziel ist Platz 1.

Weil unser Ziel auf all diesen Feldern Platz 1 sein muß, müssen wir die notwendigen Arbeits- und Ausbildungsplätze beschaffen. Deshalb brauchen wir auch für jede junge Frau und für jeden jungen Mann eine Chance. Für Jeden und Jede, ausnahmslos eine Chance

- auf einen Ausbildungsplatz,
- auf einen Studienplatz,
- auf einen Arbeitsplatz.

Das, Genossinnen und Genossen, ist wirkliche Gleichstellungspolitik.

Das ist mein Maßstab für die Gleichstellung und Selbstverwirklichung von Frau und Mann.

Ohne die Chance auf eine eigenständige berufliche Entwicklung für Jede und Jeden ist die Gleichstellung noch nicht am Ziel.

Und ich sage, Genossinnen und Genossen, wir sind auch im öffentlichen Dienst noch nicht am Ziel. Wir sind ungeachtet all unserer Bemühungen - sie sind ja weit vor den Bemühungen anderer - ungeachtet all dieser Bemühungen noch lange nicht so weit, daß auch im Öffentlichen Dienst, in der Administration, Frauen in den Aufstiegschancen den Männern gleichrangig wären. Soweit sind wir noch lange nicht. Wir haben noch einen er-

heblichen Nachholbedarf. Und ich gestehe, auch in den Ministerien, in denen ich bisher zu tun hatte, ist das noch nicht gelungen.

Deshalb sage ich an die etwa 120 Repräsentantinnen von frauenspezifischen Organisationen, die mich zuhause und im Büro, die Johannes Rau, Heinz Schleußer, Franz Müntefering, Klaus Matthiesen, ich vermute, uns alle angeschrieben und aufgefordert haben, uns klar zu äußern zum Ministerium für Gleichstellung von Frau und Mann, denen sage ich:

Jawohl, wir haben einen Nachholbedarf. Und weil wir diesen Nachholbedarf haben, brauchen wir natürlich auch in Zukunft ein Ministerium, das als Aufgabe Nummer 1 die Gleichstellung von Frauen und Männern hat.

Die Chance, Genossinnen und Genossen, auf eine eigenständige berufliche Entwicklung für Jede und Jeden, das ist unsere Antwort an die ewiggestrigen Rechtsextremisten. An die, die auf die Verlierer der Moderne hoffen und ihre dumpfen Parolen verbreiten.

Ihnen treten wir in aller Klarheit und Entschiedenheit entgegen.

Ihnen und anderen sagen wir:

Dieser Wandel, diese Veränderungen machen Gerechtigkeit und Chancengleichheit nicht falsch. Im Gegenteil!

Sie sind wichtiger als je zuvor.

Dieser Wandel, Genossinnen und Genossen, macht Solidarität nicht wertlos. Im Gegenteil!

Wir brauchen sie heute dringender als je zuvor.

Solidarität und Modernität gehören zusammen. Ich sage das, weil wir die Solidarität hüten müssen wie unseren Augapfel.

Denn in der neuen Weltwirtschaft, die kaum noch Grenzen kennt, in der schon mit der Einführung des EURO die nationalen Grenzen und die Grenzen zwischen den sozialen Sicherungssystemen, die Grenzen zwischen uns und den Niederlanden, zwischen uns und Belgien, zwischen uns und Luxemburg, zwischen uns und Frankreich fallen werden. Deshalb sage ich:

In der neuen Weltwirtschaft, die kaum noch Grenzen kennt, wird es immer schwieriger, unsere Werte der Solidarität, unseren Wert der Gerechtigkeit, kurz: den maßgeblich von uns geschaffenen Sozialstaat, auf traditionellen Wegen zu verteidigen. Es wird immer schwieriger werden.

Ludwig Erhard konnte noch aus der komfortablen Sicherheit des Nationalstaates heraus regieren.

Helmut Schmidt hatte es schon mit der Internationalisierung der Finanzmärkte zu tun. Und wir heutigen, Genossinnen und Genossen, wir müssen die soziale Marktwirtschaft jetzt in einer entgrenzten Welt, in einer Welt mit offenen Märkten jeden Tag aufs neue behaupten.

Deshalb brauchen wir differenziertere Antworten auf die Herausforderungen einer vielschichtigen und sich ganz unterschiedlich entwickelnden Arbeits- und Wirtschaftswelt.

Das macht doch den Kern der Diskussion aus um die soziale Sicherheit aus!  
Das ist doch der Kern der Diskussion um die Zukunft des Flächentarifvertrages!

Wer, Genossinnen und Genossen, wüßte das besser als die Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften und den Betriebsräten, die ich hier auch an diesem Tag bei unserem Parteitag treffe, und die sich Tag für Tag dafür einsetzen, daß Solidarität, daß Wettbewerbsfähigkeit und Modernität miteinander in ihren Unternehmen und Betrieben in Einklang gehalten werden.

Und die damit, Genossinnen und Genossen, weit mehr für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland getan haben und tun als die Bundesregierung mit all ihren angeblichen "Aktionsprogrammen".

Weit mehr haben die Betriebsräte und die Gewerkschaften getan!

Das ist es doch, Genossinnen und Genossen, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, daß die Betriebsräte, daß die Gewerkschaften, daß die Tarifparteien heute weit vor der Wahrnehmungsfähigkeit der Bonner Politik marschieren. Ohne sie wäre die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands tatsächlich perdu. Mit ihnen haben sie Deutschland, haben sie uns bewahrt vor der Katastrophe, in die uns diese Bundesregierung am Arbeitsmarkt hineingeführt hat!

Dafür schulden wir alle ihnen, den Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften, aus den Betriebsräten, Respekt und Anerkennung.

Genossinnen und Genossen,  
es ist unsere Aufgabe, es ist die Aufgabe der Politik und unsere Verpflichtung, den Wandel zu gestalten.

Unsere Antwort ist:  
Spitzenleistungen, Wertschöpfung und vor allem: Qualifizierung.

Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum modernsten Industrie- und Wissensland in Europa machen.

Wir setzen noch stärker auf die Qualifikationen und die Technologien von morgen.  
Wir setzen noch stärker auf die Märkte der Welt von morgen.  
Auf die Märkte, die auch für die Zukunft der "Einen Welt" wegweisend sind.

Von unserem Land müssen starke Impulse ausgehen:

- Impulse für die weltweite Kommunikation.
- Impulse für den medizinischen Fortschritt im Kampf gegen Krankheiten.
- Impulse für einen besseren Schutz von Klima und Umwelt.
- Impulse für den Verkehr und die Mobilität der Zukunft :

Vielleicht dazu ein paar Bemerkungen:

Die Welt wächst zusammen, für jeden tagtäglich und buchstäblich erfahrbar: Nordrhein-Westfalen ist zum Transitland geworden - mit, vornehm ausgedrückt, hoch beanspruchten Verkehrswegen.

Einen Ausweg werden wir nur finden, wenn wir uns an den wissenschaftlich-technischen Potentialen und Möglichkeiten unseres Landes orientieren.

Wir müssen lernen, vernetzt zu denken - und vernetzt zu handeln.

Wir müssen unsere Verkehrssysteme so vernetzen, daß möglichst viele dabei gewinnen,

- indem wir mehr Güterverkehr auf die Schienen und auf die Schiffe bringen,
- indem wir den Luftverkehr internationalen Maßstäben entsprechend modernisieren und ihn zugleich besser an das europäische Schienennetz anbinden,
- indem wir den öffentlichen Nahverkehr weiter und zu einer attraktiveren Alternative machen: zuverlässig, komfortabel und sicher,
- und indem wir zugleich mit neuen Kommunikationstechnologien die verschiedenen Verkehrsträger miteinander verknüpfen und steuern - im Interesse von Ökonomie und Ökologie.

Und indem wir nicht zuletzt die Automobilindustrie und die Luftfahrtindustrie in Deutschland dazu bringen, das verbrauchsärmste Auto, das lärmärmste Flugzeug zu bauen. Das ist die Wettbewerbsfähigkeit, die wir erringen müssen. Und das ist die Antwort, Genossinnen und Genossen, das ist die Antwort eines modernen Industriestaates.

Das ist die Antwort der modernen Sozialdemokratie. Doch nicht indem wir irgendeinen industriellen, technologischen Prozeß abbrechen, sondern indem wir sagen, wir müssen es mit unserer technologischen und wissenschaftlichen Phantasie dazu bringen, daß wir mit unseren Fortbewegungsmitteln eben nicht mehr die Umwelt, das Klima belasten, so wie wir es heute tun. Wir müssen die Belastung nahe Null bringen. Das sind Ziele, die sich eine moderne Industriegesellschaft wie die unsere setzen muß.

Der Vernetzungsgedanke - die Verknüpfung verschiedener politischer Aufgaben - steckt übrigens auch im Kleinen in unserem Programm „Sicherheit und Service im öffentlichen Personennahverkehr“ mit dem Einsatz von Begleitpersonal. Es ist ja eine revolutionäre Idee, daß wir wieder Menschen im Nahverkehr einsetzen, nicht nur Maschinen. Das ist schon eine revolutionäre Vorstellung. Mit dieser ganz simplen, mit dieser ganz simplen revolutionären Idee, die kostet fünf Jahre jährlich 30 Millionen Mark und wird dann auf Null gehen. Nach allem, was wir getestet haben, schlagen wir damit mehrere Fliegen mit einer Klappe, nämlich:

Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Bahn und Bussen.

Der VRR hat jährlich zehn Millionen Mark Schaden durch Vandalismus. Wir haben auf einer Strecke, hinten bei Lütgendortmund getestet, daß durch den Einsatz von Personal durch Vandalismus keinerlei Schäden mehr entstanden sind. Zehn Millionen sind auf Null zu bringen. 20 Prozent Schwarzfahreierei sind auf Null zu bringen. Es sind die Menschen für den Nahverkehr zu gewinnen, weil sie sich wieder sicher fühlen.

Das heißt, wir bringen mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Bahn und Busse. Wir bringen mehr Anreize, vor allen Dingen für Frauen, für junge Mädchen, wenn sie in der Dunkelheit auf den ÖPNV angewiesen sind. Und schließlich schaffen wir mehr Arbeitsplätze.

Mit diesen 30 Millionen DM 1000 Arbeitsplätze. So rechnen wir. Ich wüßte nicht, wie günstiger irgendwo Arbeitsplätze zu schaffen wären als damit, und dann auch noch mit einer überaus vernünftigen Zielsetzung. Das ist, Genossinnen und Genossen, im Großen wie im Kleinen, der richtige Weg. Unsere Diskussionen aber, laßt mich das offen sagen um eine Straße hier - und meistens geht es ja um eine Ortsumgehung - oder eine verlängerte Startbahn dort, die sind meistens etwas provinziell, aber fast immer prinzipiell. Das lieben wir in Deutschland. Aber wir sind viel zu selten pragmatisch.

Das ist weder dem Potential unseres Landes angemessen noch wird es den Herausforderungen der Zeit gerecht.

Die Aufgabe der Zukunft heißt Vernetzung.

Vernetzung und Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Nur so gestalten wir die Zukunft der Arbeit und nur so schaffen wir die Arbeit der Zukunft.

Wir unterstützen alle, die Initiative und Selbständigkeit erproben wollen.

Wir werden die Entscheidungsspielräume der Schulen, der Hochschulen, der Verwaltungen vor Ort erweitern - so wie wir es bisher schon in Angriff genommen haben. Ich baue auf all dem auf, was Johannes Rau, was unter der Führung von Johannes Rau eingeleitet worden ist. Wir werden die Entscheidungsspielräume erweitern, um kreativen Leuten mit guten Ideen mehr Freiräume, mehr Entfaltungsmöglichkeiten zu geben.

Nordrhein-Westfalen muß zur Ideenwerkstatt werden!

Zur "ersten Adresse" für Leute, die sich in ihrem Beruf, im eigenen Unternehmen verwirklichen wollen.

Die Kommunikationstechnologie, die Informationstechnologie schafft neue Chancen - auch Risiken - , neue Chancen vor allem für neue Selbständigkeit. Für Menschen, die sich verwirklichen wollen.

Übrigens treffe ich viele Jusos, die außerordentlich erfolgreiche Kommunikationsunternehmen aufgebaut haben. Das Unternehmen Vobis, beispielsweise, wenn ich das einmal erwähnen darf, stammt aus der Idee und der Tatkraft eines Juso. Der ist übrigens - ich will das jetzt nicht ausmalen - der ist mit dem Zwischenexamen von der TH in Aachen abgegangen und hat dann ein außerordentlich erfolgreiches Unternehmen auf die Beine gestellt. Das ist natürlich kein Ratschlag, sondern nur ein Hinweis.

Einen neuen Start suchen auch, Genossinnen und Genossen, viele Arbeitslose.

Und wir werden alles tun, um Arbeitslosen mit allen Mitteln und allen Instrumenten wieder eine Chance zu verschaffen. Das gilt übrigens auch für die Selbständigkeit, für den Weg in die Selbständigkeit, der auch für Arbeitslose ein Ausweg ist.

Aber die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine solidarische Pflicht des Staates. Gefordert ist auch die Solidarität der Gesellschaft.

Wir brauchen mehr Verantwortungsgemeinschaften vor Ort.

Wir brauchen neue Formen des verbindlichen Zusammenwirkens von Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen.  
Und verbindlich heißt, sich zu gemeinsamen Zielen zu bekennen und Versprechen nachprüfbar gemeinsam einzulösen.

Public-private-partnership und Mitbestimmung, das sind die Brücken in das nächste Jahrtausend.

Genossinnen und Genossen,  
wir brauchen Mitverantwortung und Partnerschaft vor allem dort, wo es um die Zukunft geht:  
Bei Arbeit, Bildung und Ausbildung.

Uns ist es mit dem Ausbildungskonsens gelungen eine Gemeinschaftsinitiative zu starten, die entschlossen und verbindlich die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft.

Der Ausbildungskonsens wird - wenn es nach mir geht - fortgesetzt. Er ist erfolgreich.

Allein im vergangenen Jahr haben wir über 4.800 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen als 1996. Das ist eine Steigerung um 4,3 Prozent - verglichen mit 2,3 Prozent im Bundesdurchschnitt.

98 Prozent aller Jugendlichen in unserem Land, die 1997 einen Ausbildungsplatz gesucht haben, haben eine berufliche Ausbildung beginnen können. 98 Prozent. Und von den verbleibenden 2% hat Jede und Jeder ein Angebot im Rahmen des Ausbildungskonsens erhalten. Und dies wird auch so bleiben.

Mein Versprechen, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine Ausbildungsmöglichkeit zu verschaffen, das ich - gestützt auf die Vereinbarung mit allen verantwortlichen Kräften - abgegeben habe, gilt.

Darum fahre ich mit dem Bus durch unser Land und gehe Klinken putzen, in den großen Industriebetrieben ebenso wie bei dem mittelständischen Handwerksmeister und dem kleinen Dienstleister.

Wir müssen jede Chance für die berufliche Zukunft unserer jungen Menschen, der jungen Leute nutzen! Da hilft keine politische Diskussion. Niemand nimmt uns das ab. Es sei denn, wir selbst. Jeder und Jede konkret in der Auseinandersetzung, konkret im Werben um jeden Ausbildungsplatz.

Ich werde jedenfalls mein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, damit wir an diesem Punkt noch erfolgreicher werden.

Wir sind da wirklich, Johannes, ins Gelingen verliebt.

An diesem Punkt, der über die Zukunft unserer Kinder entscheidet, über ihre Chancen, ihre Chancen für ein ganzes Leben.

Bildung und Ausbildung sind die beste Vorsorge und die beste Versicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit.

Sie sind in Wahrheit die wichtigste Antwort.

Qualifikation, Bildung und Ausbildung sind die wichtigste Antwort auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Wir müssen die Menschen befähigen und qualifizieren, damit sie ihre Chancen in dem völlig veränderten Arbeitsmarkt wahrnehmen können.

Wir müssen unsere Kinder befähigen und qualifizieren, mit den Umbrüchen und Neuerungen in der Berufswelt des 21. Jahrhunderts, in die sie hineinwachsen, zurecht zu kommen.

*„Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen.“*

Das hat Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969 gesagt.  
Es gilt auch heute wieder und immer noch.

Wir werden das in unserer konkreten Regierungsarbeit zu bestätigen haben.

Genossinnen und Genossen,  
wir stehen vor einer Jahrtausendwende.

~~Wir erkennen, daß sich unsere Welt rasch wandelt, rascher als je zuvor.~~

Deshalb brauchen wir Ziele vor Augen, ein Bild am Horizont,  
als Antrieb, als Motivation, die uns in Gang hält und den „langen Atem“ schenkt. Wir haben es ja erlebt.

Die Kraft von Zukunftsentwürfen kann unsere Welt verändern.

Wie hier in Nordrhein-Westfalen, als Willy Brandt zu Beginn der 60er Jahre vom „blauen Himmel über der Ruhr“ sprach.

Was für eine kühne Vision, damals, als Kohle und Stahl und rauchende Schloten unser Land prägten. Ich hab das nicht nur vor Augen, ich hab's noch in der Nase, wie das Ruhrgebiet überwölkt war, von einer grauen Dunstglocke, als damals Kohle und Stahl und rauchende Schloten den Himmel über dem Revier verdunkelten.

Aber diese Vision ist Wirklichkeit geworden, durch klare politische Entscheidungen und mit Hilfe modernster Technologie und Wissenschaft.

Die Modernisierung unseres Landes, unserer Gesellschaft ist kein Selbstzweck.  
Sie ist sinnvoll. Sie ist notwendig.

Die Modernisierung ist nicht Feind der Gerechtigkeit. Die Modernisierung ist ihr Verbündeter.

Dafür müssen wir Sozialdemokraten eintreten.

Innovation und Gerechtigkeit sind das Fundament, auf dem wir diese Gesellschaft aufbauen.

Tony Blair hat in seiner Antrittsrede nach der Wahl zum Premierminister gesagt:

*"Wir modernisieren unsere Gesellschaft.*

*Wir erneuern auch unsere Politik, unser Handeln.*

*Aber es gibt dabei für uns keine alten oder neuen Werte.*

*Es gibt für uns nur sozialdemokratische Werte.*

*Sie sind es, die uns zur Partei der Mitmenschlichkeit machen, der sozialen Gerechtigkeit, des Kampfes gegen Armut und Ungleichheit, der Freiheit, der Solidarität.*

*Und der Tag, an dem wir diese Werte aufgeben, ist der Tag, an dem wir die Existenz der Sozialdemokratie aufgeben würden. "*

Deshalb sage ich, Genossinnen und Genossen,  
laßt uns mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen

- aus alten Stärken Neues entwickeln,
- laßt uns zeigen, daß wirtschaftliche Spitzenleistung und soziale Gerechtigkeit auch im 21. Jahrhundert zusammengehören
- und laßt uns bestmögliche Entfaltungsmöglichkeiten für unsere Kinder schaffen!

Die Chancen unserer Kinder sind unser Kompaß für die Gestaltung der Zukunft.

Unsere Kinder schlagen die Schlachten von Gestern nicht mehr.

Unsere Kinder warten nicht mehr auf die eine große Komplettlösung, auf das Rundum-Sorglos-Paket für alle Fragen des Lebens. Unsere Kinder gehen in vielen kleinen Schritten voran.

Und eines, der Satz: "Das haben wir doch schon immer so gemacht", der wird ihnen fremd bleiben.

Mir wird er fremd werden.

Genossinnen und Genossen,  
ich habe eine klare Zielvorstellung.

So wie Willy Brandt damals vom "Blauen Himmel über der Ruhr" gesprochen hat.

So wie Johannes Rau schon sehr früh das Hochschulland Nordrhein-Westfalen vor Augen hatte und verwirklicht hat.

So wie wir das neue Ruhrgebiet gestalten und den Wandel Nordrhein-Westfalens zum Medienland gedacht und organisiert haben.

So gehen wir weiter.

Unsere Visionen und Ziele können Wirklichkeit werden.

Wenn wir wissen, was wir wollen.

Wenn wir Risiken nicht scheuen.

Wenn wir pragmatisch bleiben.

Und wenn wir entscheidungsfähig sind.

Meine Zielvorstellung an der Schwelle zum neuen Jahrtausend ist so:

- Unser Land Nordrhein-Westfalen als leuchtendes Beispiel für die Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, von Staat und Verwaltung.
- Unser Land Nordrhein-Westfalen als leuchtendes Beispiel für eine offene Gesellschaft der gleichen Chancen und der gleichen Entfaltungsmöglichkeiten.
- Unser Land Nordrhein-Westfalen als die wichtigste Region in Deutschland und eine der stärksten Regionen im Europa des 21. Jahrhunderts.

Geführt und geprägt von Sozialdemokraten, für die Menschen und mit den Menschen in diesem Land.

Mit der Kreativität, die die Menschen dieses Landes auszeichnet.

Mit der Leidenschaft, zu der die Menschen dieses Landes fähig sind.

Mit den Werten und Traditionen, die dieses Land und die Menschen in diesem Land prägen.

Und mit allem Selbstbewußtsein.

Wir können die Besten sein.

Und wir werden die Besten sein.

Wenn wir es gemeinsam anpacken. Laßt uns das tun!

Dafür bitte ich um Euer Vertrauen. Ich danke Euch!

Gerhard Schröder



Rede am 24. Mai 1998

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, liebe Genossinnen, liebe Genossen,

laßt mich, nicht nur der Etikette wegen, zunächst einige Wort zu Johannes Rau und an ihn sagen. Nicht, daß ich auf gleich lange Zeiten der Zusammenarbeit mit ihm zurückblicken könnte, nicht, daß ich auf so enge freundschaftliche Bande rechnen könnte, wie das Wolfgang und Franz tun konnten. Aber vielleicht gerade deshalb von jemandem, der das Wirken in Nordrhein-Westfalen eher von außen kennt. Die Diskussionen im Parteivorstand und auf Parteitagen aber schon von innen. Als so jemand laßt mich, in großem Respekt von den Leistungen für Nordrhein-Westfalen und für die Bundespartei sagen: lieber Johannes, für mich jedenfalls klang das nicht nach Abschied, und deshalb gilt, wir haben miteinander noch viel vor, und wenn die Menschen dem zustimmen, haben wir miteinander auch noch viel vor uns.

In diesem Sinne, und das ist es dann auch, was ich in besonderer Weise zu Wolfgang Clement sagen kann und sagen will, aber auch zu Euch, den Delegierten der NRWSPD, die es mit in der Hand haben, ob das, was er in seiner großartigen Rede hier an Inhalten vermittelt hat, Wirklichkeit werden kann in diesem Land. Ich denke, daß es keine wichtigere Achse gibt in Deutschland, als die zwischen Düsseldorf und Bonn und später zwischen Düsseldorf und Berlin. Dies ist nun einmal das größte Land mit den meisten Einwohnern und mit der größten Wirtschaftskraft. Und wer sich anschickt Deutschland zu regieren, der wird sehr genau darauf achten müssen, daß die Chemie, daß die Zusammenarbeitsmöglichkeiten zwischen Düsseldorf einerseits und Berlin andererseits stimmen. Das gelegentlich nicht sorgsam genug bedacht zu haben, ist auch einer der Fehler, den Helmut Kohl gemacht hat.

Und für Dich Franz gilt, daß ich in den letzten Monaten gemerkt habe, wie sehr man sich auf Dich verlassen kann. Das ist wichtig in Wahlkämpfen. Nicht unbedingt am Anfang und nicht dann, wenn alle Umfragen günstig sind und uns schon gelegentlich bedrückende Zahlen präsentieren. Aber dann wenn es enger wird, und auch diese Zeiten fürchte ich, hoffe ich nicht, werden kommen. Dann braucht man jemand, der verlässlich ist. Und das ist die Erfahrung, die ich in den wenigen Monaten engerer Zusammenarbeit habe machen können. Verlässlichkeit und Gradlinigkeit. Das ist auch der Grund, warum ich mich in besonderer Weise freue, daß Du, Franz Müntefering, gesagt hast: „Ich bin und werde sein so verwoben mit der Bundespolitik, daß ich mir Arbeit in einer neuen Regierung in Bonn und später Berlin vorstellen kann und vorstellen will. Ich bin Dir dankbar

dafür, daß Du in dem Team, das wir zu bilden haben, und das gebildet werden wird, mitarbeiten wirst. Und ich bin Dir dankbar dafür, daß Du als Landesvorsitzender - mit wahrlich glanzvollem Ergebnis gewählt - das was auf der staatlichen Ebene gilt über die Zusammenarbeit zwischen Düsseldorf und Bonn und Berlin, auch auf der Ebene der SPD mit gewährleisten willst. Denn das weiß ich auch, gelegentlich übrigens aus schmerzhafter Erfahrung, daß man die Bundes SPD nicht führen kann, ohne die besondere Form der Zusammenarbeit mit den größten Parteibezirken, mit dem größten Landesverband hier in Nordrhein-Westfalen. Aber Wolfgang Clement hat es ja in den Ausführungen über Bildung und Wissensvermittlung besonders betont, man lernt nie aus. Das gilt auch für mich.

Ich freue mich also, daß dieser Parteitag so glanzvoll, so einmütig und so geschlossen Bedingungen dafür geschaffen hat, daß unsere Chancen am 27. September zu gewinnen noch einmal besser geworden sind. Es ist wahr, die Vorstellung, daß die Menschen eine Partei wählen würden, die mit sich selbst nicht zurechtkommt, diese Vorstellung ist falsch. Sie wollen, daß über die richtigen Wege der Politik gestritten wird. Sie wollen eine Partei, deren Mitglieder nicht den Kopf zum Haarschneiden allein haben, aber sie wollen, liebe Freundinnen, liebe Freunde, daß am Ende eine Entscheidung steht, und daß diese Entscheidung, mit Unterstützung der Partei, kraftvoll umgesetzt wird. Dafür sind, so denke ich, die Bedingungen in Leipzig und jetzt hier in Düsseldorf geschaffen worden.

Und wenn man das mit dem vergleicht, was die anderen in Bremen fabriziert haben, dann fällt auf, daß auf der einen, auf unserer Seite, Klarheit und Geschlossenheit ist, auf der anderen Seite Verzagtheit und Unentschlossenheit. Und in dieser Verzagtheit und Unentschlossenheit liegt auch der Grund, warum Union und die, die sie unterstützen, nach Themen suchen, weil sie ablenken wollen von 16 Jahren Versagen, von 16 Jahren Versagen auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Weil sie davon ablenken wollen, versuchen sie diesem Land und seinen Menschen eine Debatte über Nebensächlichkeiten aufzuzwingen.

Liebe Genossinnen und Genossen, nicht die DVU ist das Problem in Sachsen-Anhalt und anderswo, nein, die Massenarbeitslosigkeit ist das Problem, denn das ist die Ursache für Radikalismus. Und nicht eine Partei wie die PDS, deren Massenanhang in Westdeutschland in einer Telefonzelle Platz hat ist das Problem, liebe Genossinnen und Genossen, nein, die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, von Kohl mitverursacht, daß ist das zentrale Problem dieser Republik. Wir sind die politische Kraft und wir müssen es bleiben, die sich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kümmern, auf die die Menschen vertrauen können, wenn es darum geht, ob sie Einkommen und Auskommen für sich und ihre Familien durch Arbeit finden, und zwar nicht im dritten, im fünften oder achtzehnten Arbeitsmarkt, nein, im ersten Arbeitsmarkt. Dort werden die Schlachten der Produktion geschlagen. Eine kraftlose Regierung in Bonn, eine Union, die ein Zukunftsprogramm beschließt auf dem Bremer Parteitag mit 30 Milliarden DM Steuerentlastungen. Ein Zukunftsprogramm, das einen Tag später bereits Makulatur ist, weil dann deutlich wird, einen Tag später, daß 20 Milliarden jedes Jahr in den nächsten Jahren fehlen werden, eine solche Partei ist nicht nur gegenwartsunfähig, nein, sie ist auch zukunftsunfähig.

Aber weil ich bei der Gegenwart bin: Was soll man von einer Regierung halten, die in wichtigen Fragen, Fragen die die Bürger besorgt machen, wie etwa die Entsorgung atomaren Mülls, sich immer und immer von der einschlägigen Industrie über den Tisch ziehen läßt, sich ein X für ein U vormachen läßt, nicht kapieren will, daß Vertrauen ganz gut

sein mag, aber in solchen für die Menschen lebenswichtigen Fragen, Kontrolle das ist, was man von einer intakten Regierung erwarten muß. Ich will in der Frage der strahlenden Castoren gar nicht mal in erster Linie wissen, wer denn da wen hintergangen hat, wer da wen über den Tisch gezogen hat. Das Problem von Frau Merkel und all denen, die sie unterstützen, ist ein ganz anderes. Als wir vorgeschlagen haben, mit Unterstützung von Wolfgang Clement und anderen: „Laßt uns zusammensetzen und einen Konsens in der Energiepolitik und in der Entsorgung atomaren Mülls finden“, als ich das vorgeschlagen habe, mit Eurer Unterstützung, haben die in Bonn kühl gesagt, wir brauchen die Sozialdemokraten nicht, wir schaffen das in der Zusammenarbeit mit den Unternehmen alleine, und jetzt haben sie den Salat, liebe Genossinnen und Genossen. Die Sache ist viel zu ernst, als daß man sich auf Dauer damit aufhalten dürfte, wer wen hintergangen hat. Die Sache ist viel zu ernst, als daß es nur um vordergründige Schuldzuweisungen gehen könnte.

Nein, was jetzt nötig ist, ist ein ernsthafter Konsens in diesem Land über die Energieproduktion und über die Entsorgung, insbesondere des atomaren Mülls. Und wir, liebe Genossinnen und Genossen, werden ihn schaffen, auch das eine Aufgabe, die erst nach dem 27. September realisiert werden kann, aber auch wird. Verbrauchtsein schafft Gefahren. An diesem Punkt kann man es nachvollziehen und es ist für jeden spürbar gewesen.

Was sind, liebe Freundinnen, liebe Freunde, die wichtigsten Aufgaben. Ich will die Delegierten nicht überstrapazieren. Ihr wart diszipliniert genug. Aber ich will ein paar der Punkte nennen, die Teil unseres Wahlprogrammes sind, und die einfließen werden in die Arbeit der ersten 100 Tage der Regierung. Ich habe häufig gesagt, und bin dafür gescholten worden, für wie wichtig ich blühende Wirtschaft halte. Gewiß, der Hinweis derer, die da gesagt haben, blühende Wirtschaft ist nicht alles, der ist richtig. Aber richtig ist auch, ohne eine blühende Wirtschaft ist alles nichts. Es gibt, und ich nehme an, das ist der Hintergrund für den leidenschaftlichen Appell von Wolfgang Clement zur wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes, es gibt in der Arbeiterbewegung eine uralte Erfahrung, die wir nie vergessen dürfen. Diese Erfahrung heißt, wenn es der Wirtschaft gut geht, dann fällt für diejenigen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeit in den Fabriken und Verwaltungen tun, am meisten ab. Wenn es ihr schlecht geht, wenn Krise ist, so heißt diese Erfahrung, dann sind das die zuerst gekniffenen, die am meisten Betroffenen. Und häufig genug sind wir dann nicht in der Lage, den nötigen Schutz zu gewährleisten, den diese Menschen erwarten und auch verdienen.

Diese Erfahrung, daß Krise immer etwas ist, was auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen wird, die hat uns dazu gebracht, Krisen zu vermeiden, die hat dazu geführt, daß immer dann, wenn es schwierig wurde in Wirtschaft und Gesellschaft, Sozialdemokraten ran mußten, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen, den andere hineingeschoben haben. Wirtschaftskraft zu stärken, um damit Einkommen und Auskommen auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen, das ist im Zentrum dessen, was wir uns vorgenommen haben. Das gilt im nationalen Maßstab.

Das gilt aber auch im europäischen Maßstab. Was ist denn Inhalt europäischer Politik in den letzten Jahren gewesen? Ich will da gar keine Abstriche machen an historischen Verdiensten, auch nicht an denen von Helmut Kohl, warum sollte ich. Übrigens noch eine Erfahrung, die ich in den letzten Monaten gemacht habe. Diese sehr persönlichen Attacken, diese persönlichen Angriffe, zu denen sich die Kohls, die Schäubles, von den bayeri-

schen Leuten gar nicht erst zu reden, die sie sich geleistet haben in der letzten Zeit, nimmt das nicht so ernst. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist das Verhalten kleiner Jungen, die in den Kohlenkeller geschickt wurden, wo es so dunkel war, um die Kohlen rauf zu holen. Was haben sie gemacht, gepfiffen und gesungen, ich erinnere mich daran. Was die in Bremen gemacht haben, und was sie jetzt auch weiter tun wollen, mit den persönlichen Attacken, das ficht mich nicht an. Es ist Zeichen von Angst. Wer Angst hat, liebe Genossinnen und Genossen, der versucht, den anderen persönlich zu beschädigen. Wer selbstbewußt ist, nicht. Von daher laßt sie reden, sie werden gemessen werden an dem, was die Folgen ihrer Politik auf dem Arbeitsmarkt sind.

Ich habe über Europa geredet. Kein Zweifel, sie haben etwas getan für die europäische Integration. Die strategischen Höhen europäischer Politik sind besetzt. Aber das sollte uns nicht in Trauer versetzen, sondern wir werden den Menschen klar machen müssen, daß auch und gerade in der Europapolitik es jetzt um die Mühsal der Ebenen geht. Schaut, es gibt eine gemeinsame Währung vom nächsten Jahr an. Die Folgen dieser gemeinsamen Währung, mit denen müssen wir uns auseinandersetzen. Wir, die Sozialdemokraten werden es sein, die dafür zu sorgen haben, daß in Europa die Steuern, die Unternehmenssteuern zumal harmonisiert werden, damit es aufhört, daß Steuerparadiese irgendwo anders in Europa dazu führen, daß ausländische Unternehmen aus Düsseldorf und anderswo abwandern, nur weil sie in Amsterdam und anderswo bessere Steuerbedingungen haben. Das ist eine schwierige Aufgabe, aber eine notwendige Aufgabe.

Dazu gehört dann auch, daß wir uns jetzt werden kümmern müssen um die Frage, was ist denn mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zumal dann, wenn in fünf Jahren, so ist es vorgesehen, Europa noch einmal größer wird. Worum wir uns kümmern müssen ist doch, daß nicht dreißigtausend arbeitslose Bauarbeiter allein in Berlin da sind, während dreißigtausend andere illegal beschäftigt werden. Das müssen wir verhindern. Wenn Europa, und das müssen wir wollen, auch ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden soll, nicht nur ein Markt der groß ist bleiben soll, sondern ein Europa werden soll, in dem man sich Zuhause fühlen kann, dann müssen die Folgen der neuesten Beschlüsse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedacht und gelöst werden. Gelöst werden auch deshalb, weil, wenn wir zum Beispiel es nicht schaffen, möglichst nah ran zu kommen an das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, dann wird uns die Legitimation für europäische Politik irgendwann fehlen, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fragen werden: Was haben wir denn davon? Und dann müssen wir ihnen sagen: Jedenfalls werden wir Sozialdumping und Lohndumping verhindern, das sind wir ihnen schuldig.

Und wenn heute hier über Europa die Rede ist, dann wird es in Zukunft darum gehen, Mindeststandards in ganz Europa zu schaffen, damit Wanderungsbewegungen, hin zu den Ländern, in denen die Standards besser sind, jedenfalls begrenzt werden können. Eine so verstandene europäische Politik, eine, die die Vision eines Europas im Auge behält, aber den Menschen klar macht, daß es jetzt darum geht, Entscheidungen zu treffen, die Europa nicht nur zu einem großen Markt, sondern die Europa bewohnbar für die meisten machen. Dies deutlich werden zu lassen, ist unsere Aufgabe. Und nur wir können sie lösen.

Und dann gehört mitten hinein, in die Politik, die wir mit unseren Freundinnen und Freunden in London, in Paris, in Helsinki, in Kopenhagen, in Stockholm, in Wien und wo auch immer machen werden, gerade die Bekämpfung der Geißel Arbeitslosigkeit. Nicht

als Ersatz für nationale Politik, aber als deren sinnvolle Ergänzung. Und was Kohl europapolitisch vorzuwerfen ist, ist dies: Seine Bundesregierung hat über die Jahre hinaus verhindert, daß mittenhinein in die europäische Politik, auch und gerade die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehörte. Das werden wir nachholen.

Aber auch im nationalen Maßstab werden wir uns so, wie Wolfgang es hier für Nordrhein-Westfalen beschrieben hat, um die ökonomischen Fragen kümmern. Ich will auf das verweisen, was er gesagt hat zu der Frage, wie wir umzugehen haben mit Fortschritt, mit Wachstum. Wir haben kapiert, wir haben verstanden, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht allein über Wachstum möglich ist, aber ohne Wachstum auch nicht. Deshalb setzen wir auf die Felder, die er genannt hat: die Informationstechnologie und die Biotechnologie. Und deshalb haben wir verstanden, daß eine Debatte, die auch wir uns gelegentlich geleistet haben, bei technischem Fortschritt nämlich erst nach den Risiken und dann nach den Chancen zu fragen, beendet werden muß. Nicht daß ich dagegen wäre, Technikfolgenabschätzung zu betreiben, überhaupt nicht. Aber ich möchte eine Gesellschaft, die dynamisch mit Technik und Fortschritt umgeht, die zunächst nach den Chancen fragt, und sich dann an den Risiken abarbeitet.

Und ich denke, liebe Genossinnen und Genossen, nur wir können im Bündnis mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften dafür sorgen, daß ein zweiter Gesichtspunkt, der für die Stärkung der Wirtschaftskraft notwendig ist, auch Wirklichkeit wird: der der flexibleren Organisation der Arbeitnehmer. Wir haben in den letzten Jahren unendlich vieles erreicht. Besser: unsere Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften. Und ich werde mir manchmal wünschen, daß die Diskussion über den Standort Deutschland endlich einmal vom Kopf auf die Füße gestellt wird, daß endlich einmal die betriebliche Wirklichkeit betrachtet wird, und nicht immer nur die Verbandserklärungen abgehandelt werden. Denn in der betrieblichen Wirklichkeit gibt es kaum flexiblere Arbeitsorganisation in Europa als in Deutschland. Und ich will und werde erreichen, daß darüber, über dieses erreichte Maß Flexibilität in Deutschland und dann im Ausland geredet wird. Denn wie soll man denn einen ausländischen Investor nach Deutschland bewegen, wenn nicht einmal wir selbst an uns glauben. Dieser Glaube ist wieder notwendig, und er ist berechtigt.

Das, was sich verbindet mit dem Gedanken eines Bündnisses für Arbeit, das, was wir damit erreichen wollen, ist Stärkung von Wirtschaftskraft. Wir stellen uns vor, daß wir die großen volkswirtschaftlichen Akteure, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber und den Staat, dazu bringen, über längere Zeiträume - ich denke an eine Legislaturperiode zum Beispiel - freiwillig festzulegen, was die Aufgaben sind, die angepackt werden müssen. Was die Niederländer auf diesem Gebiet geleistet haben, was sie Bündnis für Arbeit nennen, das können wir schon lange, wenn wir es denn wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

In einem solchen Bündnis für Arbeit kann dann festgelegt werden, welche Entlastungen man auf dem Gebiet der Steuerpolitik den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zukommen läßt. Und dann kann bestimmt werden, was als Folge dessen tarifpolitisch möglich ist, ohne Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Was eingehen kann in bessere Löhne. Was behalten werden muß zur Veränderung der Arbeitszeit.

So ein großes Projekt, dessen wir uns neu annehmen müssen, das der Beteiligung der Menschen nämlich am Kapitalstock der Volkswirtschaft, an den Werten, die sie selber geschaffen haben. Helmut Kohl und seine Regierung haben ein solches Bündnis für Ar-

beit buchstäblich in den Sand gesetzt, haben es fahrlässig vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, wir erinnern uns noch, fahrlässig aufgekündigt, aus rein parteitaktischen Erwägungen heraus. Wir werden dieses Bündnis wieder beleben. Und wir werden es erfolgreich machen. Und wir werden auf diese Weise den Trend zur Arbeitslosigkeit stoppen und ihn umkehren. Genau so, wie Wolfgang Clement sich in Nordrhein-Westfalen messen lassen will an dem realisierten Ziel der Verminderung der Arbeitslosigkeit, genau so wollen wir das auf der Bonner und Berliner Ebene auch.

Entweder wir schaffen es, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen in der nächsten Legislaturperiode, oder die Menschen werden das investierte Vertrauen nicht beibehalten und uns dann wieder abwählen, und das ist auch richtig so. Also werden wir uns an diesen Zielen messen lassen. Darauf kann sich jeder verlassen. Was im übrigen hier gesagt worden ist, sind Notwendigkeiten, nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft zu modernisieren, sondern den Staat genau so. Das ist im Gange, in jenen Ländern, die sozialdemokratisch regiert werden, und das muß von der Bundesseite her nicht gebremst, wie es bisher war, sondern unterstützt werden. Auch ein Feld fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen Düsseldorf und Bonn.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, liebe Genossinnen, liebe Genossen, das waren ein paar Bemerkungen gleichsam zur Angebotsseite einer Wirtschaftspolitik, zu der Seite, die wir gelegentlich vergessen haben, aber die uns schon auch beschäftigen muß, wenn wir wirtschaftspolitisch ernst genommen werden wollen. Aber es ist richtig, es ist richtig, daß das allein nicht reicht, die Angebotsseite zu sehen. Das ist ja geradezu der Fehler, den die jetzige Regierung gemacht hat. Wir haben auch die Nachfrageseite zu sehen. Deshalb ist es richtig, wenn darauf verwiesen wird, in allem Respekt vor der Freiheit der Tarifpartner, daß sinkende Reallöhne in Deutschland zu den Zuständen auf dem Binnenmarkt geführt haben, die so nicht bleiben können, wenn auch Binnenkonjunktur besser, und damit mehr an Arbeit ermöglicht werden soll. Und es ist der unbestreitbare Verdienst von Oskar Lafontaine, immer und immer wieder, auch zu Zeiten, in denen das nicht populär war, gerade darauf hingewiesen zu haben.

Aber liebe Genossinnen und Genossen, zur Nachfrageseite gleichsam gehört auch die Frage, wie haltet ihr es denn mit der Sozialstaatlichkeit in Deutschland? Und wir sind ja miteinander viel gescholten worden für die Ankündigungen, bestimmte, wie sie es genannt haben, Reformen zurückzunehmen. Übrigens auch so eine Sache, die man nicht oft genug betonen kann. Der Reformbegriff der sechziger Jahre, unsere Antwort auf das, was wir seinerzeit CDU-Staat nannten, dieser Reformbegriff hatte etwas mit der Erleichterung der Lebensverhältnisse der Menschen zu tun. Der den Konservativen unterschoben hat, hat etwas mit der Erschwerung der Lebensverhältnisse zu tun. Wir sind sehr reformorientiert, wenn es um die Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Mehrheit geht. Wir bleiben das auch, aber ich bestätige hier sehr deutlich: Wer krank ist, der soll ja nicht mehr verdienen, als der der arbeitet. Das war Prinzip, zu dessen Durchsetzung die Gewerkschaften auch bereit waren. Aber wer krank ist, wer wirklich krank ist, bekommt keine 20 % Rabatt beim Lebensmittelhändler. Und er ist auch nicht berechtigt, seine Miete um 20 % zu kürzen. Und deswegen ist es falsch, liebe Genossinnen und Genossen, daß man die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall so verändert hat. Und deswegen werden wir dieses beseitigen. Im übrigen, das ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit des inneren Friedens, denn 70 % der Lohnersatzleistungen, im Fall der Krankheit, sind auf 100 gebracht worden über die Tarifverträge, die abgeschlossen wurden. Nur 30 % werden auf 80, mit

Hilfe des Gesetzes, gesetzt. Und ich halte es für ganz falsch, ausgerechnet diejenigen, die meistens in der Arbeit krank geworden sind, in unserem Volk zu spalten. Denn 70 % derjenigen, die 100 % Lohnfortzahlung kriegen und 30 % derjenigen, die 80 % kriegen: das ist eine Form von gesellschaftlicher Spaltung, die eigentlich einer Christenunion unwürdig sein soll.

Zur Frage des Kündigungsschutzes hat Franz Müntefering das notwendige gesagt. Ich will einen Satz sagen zur Rentendiskussion. Das, was Blüm den Menschen, den älteren Frauen, zumal serviert hat, und von dem er jetzt gerne ablenken möchte war, daß, nicht aktuell, aber in Zukunft, jene älteren Frauen mit ganz spezifischen Biographien, meistens keine Erwerbsbiographien, wie das früher üblich war, die Renten zwischen 900 und 1300 DM kriegen, daß denen etwas gekürzt wird, real jedenfalls. Und wißt Ihr, ich frage mich, was ist, angesichts der Lebenshaltungskosten, bei diesen Renten zu kürzen? Ich finde, einem solchen Gedanken auch nur näher zu treten, ist schlicht unanständig.

Allen Verwirrungen, die es gelegentlich in dieser sehr schwierigen Diskussion gegeben hat, und gibt, zum Trotze sage ich: Erstens, wir wollen, daß die Rente aus Beiträgen finanziert wird. Und wir wollen, daß diejenigen, die mehr eingezahlt haben, auch mehr kriegen. Ein ganz einfaches, ein gerechtes Prinzip, denke ich. Wir wissen zweitens, daß es viele gibt, die in unserem Land nicht genug geklebt haben um davon leben zu können, und deren Lebensunterhalt muß man nicht aus unterschiedlichsten Töpfen sicherstellen, sondern da kann man die Töpfe zusammenlegen, um Lebensunterhalt sichern zu können. Und wir wissen drittens, daß für die Jungen in Zukunft sehr viel mehr als in der Vergangenheit Eigenverantwortlichkeit und Beteiligung am Kapitalstock der Volkswirtschaft Maßstab sein wird. Wenn wir das durchhalten miteinander, können wir jenes Maß an Sicherheit garantieren, daß insbesondere die Menschen brauchen, die wir mitnehmen wollen in den Veränderungsprozeß, den Wolfgang Clement beschrieben hat.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, liebe Genossinnen, liebe Genossen, die Frage, die wir uns stellen müssen ist die, ob es die Situation, vor der wir stehen, historisch in ähnlicher Weise schon einmal gegeben hat. Das hilft ja gelegentlich, sich darauf zu besinnen und daraus zu entwickeln, was zu tun ist. Viele von Euch werden die Zeit noch kennen, und die meisten werden hier angefangen haben, als es in Deutschland darum ging, die Trümmer des CDU-Staates aufzuräumen. Das war Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre. Und der Slogan, den die Sozialdemokraten einer abgewirtschafteten CDU-Regierung seinerzeit gegenüber setzten, dieser Slogan hieß Wir schaffen das moderne Deutschland. Das ist 30 und mehr Jahre her. Und interessant für mich ist, daß wir es nach 16 Jahren Regierung Kohl wieder zu tun haben mit einer verbrauchten Regierung und mit den in Unordnung gekommenen Strukturen. Daß wir wieder einmal vor einem Modernisierungsprozeß stehen wie seinerzeit auch, und daß wenig dafür spricht, wie seinerzeit auch, daß die Konservativen diesen Modernisierungsprozeß, vor diesem wir wieder einmal stehen, bewältigen können. Denn bewältigen kann man ihn nur dann, wenn man nicht nur für Modernitäten, für Fortschritt, steht, sondern für soziale Gerechtigkeit auch. Ich glaube daran, daß die Menschen in Deutschland bereit sind, sich den Veränderungen, die sich aus der Globalisierung von Wirtschaft vor allen Dingen resultieren, auch zu stellen. Daß sie bereit und fähig sind, diese Herausforderungen anzunehmen und zu bewältigen. Aber gerade weil das so ist, plädiere ich dafür, daß wir, die deutschen Sozialdemokraten, in diesem Prozeß die Führung übernehmen, bereit sind die Führung zu übernehmen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, das ist unsere Verantwortung und das müssen wir erreichen. Vielen Dank.